



Deutschland und Israel Ein Symposium





Auswärtiges Amt

Deutschland und Israel Ein Symposium

Edition Diplomatie



Inhalt

	Editorische Vorbemerkung	5
1	Über die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen: Die Rolle des Gedächtnisses	6
	Georg Dick (Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amts)	7
	Michael Brumlik (Direktor des Fritz Bauer Instituts)	10
2	Gedenkpolitik und Gedenkkultur in Deutschland und Israel von der Nachkriegszeit bis heute	12
3	Universalisierung der Holocausterinnerung – Globales Lernen für die Menschenrechte	46
4	Gedächtnis, Ressentiment und Diplomatie – Deutsch-israelische Beziehungen zwischen historischer Verantwortung und Realpolitik	68
5	Gesellschaftliche und pädagogische Perspektiven Eine Denkschrift Micha Brumlik	100
	1. Die Perspektivität der historischen Betrachtung bietet im Fall der deutsch-israelischen Beziehungen eine Erkenntnischance	101
	2. Deutschland: Wachsender Antisemitismus der Mittelschichten und die Verschärfung der sozialen Krise als Demokratie gefährdende Faktoren	102
	3. Israel: Gesellschaft unter Stress	104
	4. Praktische Vorschläge aus bildungspolitischer Sicht	105

6 Liste der Teilnehmer

Gastgeber, Referenten, Kommentatoren und Moderatoren	110
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion	111
Impressum	112

Editorische Vorbemerkung

Für den 18. Februar 2005 hatten der Planungsstab des Auswärtigen Amtes und das Fritz Bauer Institut nach Berlin zu einem Symposium eingeladen, auf dem „Über die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen: Die Rolle des Gedächtnisses“ diskutiert wurde. Das Symposium fand im Europasaal des Auswärtigen Amtes statt.

Die einleitenden Referate und Kommentare zu den drei Panels und die anschließenden Diskussionen werden in dieser Broschüre an Hand der Tonbandaufzeichnung des Symposiums dokumentiert. Die Beiträge wurden behutsam redigiert. Der Charakter der mündlichen Auseinandersetzung sollte erhalten bleiben. Von Idith Zertals Referat im ersten Panel lag uns eine englische Fassung schriftlich vor. Sie wurde ins Deutsche übersetzt.

Die drei Panels hatten als Thema:

- Gedenkpolitik und Gedenkkultur in Deutschland und Israel von der Nachkriegszeit bis heute
- Universalisierung der Holocausterinnerung – Globales Lernen für die Menschenrechte?
- Gedächtnis und Diplomatie – Deutsch-israelische Beziehungen zwischen historischer Verantwortung und „Realpolitik“

Berlin, Mai 2005

Über die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen: Die Rolle des Gedächtnisses

1

Begrüßung

Georg Dick (Leiter des Planungsstab des Auswärtigen Amts):

Herzlich willkommen zu dem heutigen Symposium. Gewiss versuchen wir auch sonst in den Fachgesprächen und Konferenzen, die wir als Planungsstab veranstalten oder unterstützen, eingefahrene Gleise zu vermeiden und keiner Routine zu verfallen. Aber das Symposium, zu dem wir heute zusammen mit dem Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main eingeladen haben, setzt uns vom Thema her und von den Beiträgen, die wir in den drei Diskussionsrunden erwarten, unter außergewöhnliche Spannung, ja Anspannung.

Unser Symposium „Über die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen: Die Rolle des Gedächtnisses“ zwingt uns Ausschau zu halten und weist zugleich darauf, dass wir dies nicht einfach von heute aus tun können, sondern dass dieses Heute und auch die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen von Verbrechen überschattet und geprägt bleiben, die vor dem Vernichtungswüten des Dritten Reichs der Deutschen undenkbar schienen.

Die Verantwortung, der sich Deutsche und Juden beim Erinnern und Gedenken gegenüber sehen, unterscheidet sich freilich grundsätzlich.

Lassen Sie mich an dieser Stelle – meine Damen und Herren – kurz anmerken, dass soweit ich in meiner Ausführung „Deutsche“ und „Juden“ gegenüberstelle, sich – wie ich denke – aus dem Kontext ergibt, dass hier deutsch den Verantwortungszusammenhang mit den Tätern anspricht und keineswegs übersieht, dass es mehr und mehr Deutsche jüdischen Glaubens gibt. Dies erläutern zu müssen, zeigt schon, dass es nicht leicht ist, sich unserem Thema so „unverkrampt“ zu nähern, wie es der frühere Bundespräsident Herzog einmal vorschlug.

In der Bundesrepublik Deutschland leben immer weniger Menschen, die direkt und schuldhaft in die Verbrechen der Nazizeit verstrickt sind. Heute müssen keine Schuldbekennnisse abgegeben werden, die rechtzeitig und von den richtigen Leuten nur allzu selten zu hören waren. Heute geht es um die Übernahme von Verantwortung an deutscher Geschichte, die nicht in persönlicher Schuld begründet ist, sondern nur durch öffentliches Bewusstsein vermittelt werden kann. Es bleibt eine Verantwortung für unerhörte Verbrechen deutscher Staatspolitik. Die Gründung der Bundesrepublik basierte auf dem Bruch mit dieser Politik und doch konnte und kann sich



die Bundesrepublik als neuer deutscher Staat aus der Verantwortung für die Verbrechen, die Deutsche unter der Herrschaft der Nationalsozialisten begangen haben, nicht lösen. Als Staatsbürger teilen die Deutschen diese Verantwortung persönlich. Nur wenn dies geschieht, wird ihr Staat seinen Verpflichtungen dauerhaft nachkommen.

Ein Problem wird sichtbar: Laufen wir in Deutschland nicht Gefahr, diese Verantwortung ganz zu verwässern oder umgekehrt, sie ethnisch zu fundamentalisieren? Die Deutschen sind ja heute, anders als es die Nazis wollten, nicht durch ethnische Homogenität definiert, sondern durch die Staatsbürgerschaft. Die Staatsbürgerschaft erwächst nicht mehr allein aus Herkunft. Wie also teilen wir die Verantwortung, ohne eine gemeinsame Herkunft voraus zu setzen, aber auch ohne die je nach Herkunft und Familienbande unterschiedliche emotionale Prägung dieser Verantwortung zu negieren und aufzugeben? Was heißt unter diesen Bedingungen „deutsche Vergangenheitsbewältigung“ zum Beispiel in einer Schulklasse, die zu zwei Dritteln von Kindern aus Immigrantenfamilien besucht wird?

In der Auseinandersetzung mit dem Anti-Israelismus unter islamischen und arabischen Immigranten darf die Kritik an den spezifisch abendländischen und deutschen Wurzeln des Antisemitismus nicht verloren gehen. Beide Formen von Hass und Hetze dienen sich gegenseitig als Verstärker. Wie können wir gegenüber diesen Strömungen die staatsbürgerliche Verantwortung für die deutsche Vergangenheit stärken? Was besagt hier die Behauptung von Bundespräsident Köhler, die „Verantwortung für die Shoa ist Teil der deutschen Identität“? Verantwortung als Sollen kann wohl nicht der eigenen, erst recht keiner kollektiven Identität entspringen, sondern ist universellen Werten und Regeln verpflichtet und lässt sich eben deshalb teilen.

Besteht also deutsche Verantwortung darin, sich den Verbrechen deutscher Geschichte zu stellen und insofern mit dieser Geschichte zu brechen, um die Opfer dieser Verbrechen würdigen zu können, müssen wir sehen, dass es auf jüdischer Seite und damit auch für den israelischen Staat wohl vornehmlich darum geht, die Würde der Opfer der Verbrechen durch Erinnerung zu wahren und damit Kontinuität zu setzen und Legitimation zu sichern.

Die durch Vernichtung und Völkermord gebrochenen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden werden auch in Zukunft verhindern, dass das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, diesen nach dem II. Weltkrieg neu gegründeten Staaten, jemals ein ganz normales

Verhältnis zwischen ganz normalen Staaten werden wird. Mögen die beiden Staaten früher oder später auch zu ganz normalen Mitgliedern der Staatenwelt geworden sein, ihr Verhältnis zu einander wird prekär und wie Botschafter Stein jüngst sagte, „befangen“ bleiben. Oder kann die gegensätzlich geprägte Erinnerung doch das gemeinsame Gedenken an ein Verbrechen gegen die Menschheit hervorbringen, dem die universelle Verpflichtung entspringt, der Gefahr einer Wiederholung schon in den Anfängen zu begegnen? Gemeinsam und überall?

Viele oder vielleicht alle hier im Raum haben in persönlichen Verbindungen erfahren, dass die durch Vergangenheit objektiv begründete Befangenheit aktuell überwunden werden kann. Und in solchen persönlichen Verbindungen werden die deutsch-israelischen Beziehungen für die Zukunft eine gute Grundlage erlangen. Ohnehin sind wir Nachbarn, die das Interesse an einer freien und demokratischen Umgebung teilen.

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden gehen natürlich nicht im zwischenstaatlichen Verhältnis Deutschlands und Israels auf. Sie sind für uns in Deutschland einerseits eine Sache unter deutschen Bürgern – Staatsbürgern – und andererseits eine weltbürgerlich-kosmopolitische Herausforderung an die Gesellschaft. Von den deutsch-israelischen Beziehungen trennen lässt sich weder das eine noch das andere.

In keinem anderen Fall von zwischenstaatlichen Beziehungen sind diese so eng mit inneren Entwicklungen der Bundesrepublik verknüpft wie im deutsch-israelischen Verhältnis. Selbstverständlich sind Juden in Deutschland, den USA und anderswo, selbstverständlich ist Israel aufgeschreckt durch Wahlerfolge der NPD und durch Naziaufmärsche am Brandenburger Tor. Wir sind selbst erschreckt. Doch indem in der deutschen Politik auf solche Ereignisse gleichsam von außen geschaut wird, liegt ein doppeltes Versehen nahe: einerseits den Neonazismus herunter zu spielen, um außenpolitisch zu beruhigen, und ihm andererseits in erster Linie symbolisch und in Gesten, d.h. von Moment zu Moment entgegenzutreten, statt ihn direkt und nachhaltig zu bekämpfen. Die Staatsmacht kann in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nazismus nicht neutral sein.

Auf deutscher Seite ist es schwierig, gelegentliche Kritik an israelischer Regierungspolitik und die grundsätzliche Verantwortung gegenüber Israel als Staat der Juden unter einen Hut zu bekommen. Mit Kritik an israelischer Besatzungspolitik wird manchmal unter der Hand auch das Recht auf Selbstverteidigung Israels in Frage gestellt. Das ist inakzeptabel. Deutsch-israelische Befangenheit kann freilich auch dazu führen, dass schon be-

scheidene Kritik an bestimmten Entscheidungen Israels unter Antisemitismusverdacht gerät – oder glaubt, sich gegen diesen Verdacht wehren zu müssen –, weil auf Grund der Vergangenheit und einer anhaltenden fundamentalen Bedrohung Israel ein fast uneingeschränktes Recht auf Verteidigung eingeräumt wird. So entzündet sich gerade in Deutschland immer erneut eine innere, oft vergiftete und vergiftende Auseinandersetzung, die politische Abwägung in konkreten Streitfragen erschwert.

So kann man wohl sagen, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Gesichtspunkten an einer Lösung des Nahost-Konflikts brennend interessiert ist. Die Erleichterung über die neu in Gang gekommenen Friedensbemühungen speist sich auch aus diesem Gefühl.

40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen geben zu einer Routine-Veranstaltung keinen Anlass. Dass dieses Symposium eine werden könnte, ist nicht zu befürchten. Zukunft und Gedächtnis zusammen genommen signalisieren, dass es notwendig bleibt, die deutsch-israelischen Beziehungen mit Bewusstsein und Willen zu gestalten. Um dazu beizutragen, haben wir zusammen mit dem Fritz Bauer Institut zu diesem Symposium eingeladen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort an Micha Brumlik, den Direktor des Fritz-Bauer-Instituts.

Micha Brumlik (Direktor des Fritz Bauer Instituts):

Meine Damen und Herren, auch ich darf Sie sehr herzlich begrüßen. Erlauben Sie mir, da ich nachher Gelegenheit haben werde, ausführlicher zu den hier verhandelten Themen Stellung zu nehmen, ein paar kurze, pessimistische Bemerkungen.

Es kann nämlich durchaus sein, dass das, was wir heute morgen verhandeln, von der Mehrheit der Bundesbevölkerung nicht mehr geteilt wird. Wenn man die jüngste Studie von Wilhelm Heitmeyer und dem Bielefelder Zentrum für interdisziplinäre Gewaltforschung über die deutschen Zustände liest, dann wird man sehen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen westlichen postindustriellen Gesellschaften auch den üblichen Bodensatz von 20% Rechtsextremisten gibt. Es gibt freilich unter den vielen Fragen und „Items“, wie die Soziologen es nennen, eine, die weitaus höher Juden- bzw. Israel-feindliche Antworten provoziert hat als sämtliche andere Fragen. Gefragt wurde: Stimmen Sie der Aussage zu, dass das, was der Staat

Israel den Palästinensern antut, im Prinzip dasselbe ist wie das, was die Nationalsozialisten mit den europäischen Juden gemacht haben? Auf dieses Item, als einzigem unter vielen einer ganzen Fragenbatterie, antworteten mehr als 50% einer nun wirklich repräsentativ ausgewählten Stichprobe positiv. Und dabei war es völlig egal, ob die Leute politisch links oder rechts standen, ob sie alt oder jung waren, ob sie gebildet oder ungebildet waren. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass mehr als 50% der bundesdeutschen Bevölkerung entweder den Nationalsozialismus und seine Verbrechen in einer grotesken Art und Weise verharmlost oder die gewiss in vielem kritikwürdige Außen- und Besatzungspolitik des Staates Israel perhorresziert, wie es der Sache in keinem Falle entspricht. Also, was wir heute verhandeln, wird offensichtlich von der Mehrheit der Bundesbevölkerung nicht mehr geteilt. Das sind Haltungen und Meinungen, die heute noch vor allem eine Gefahr für die deutsche Demokratie sind. Aber man kann sich vorstellen, dass, wenn Vertreter dieser von rechts bis links reichenden Mehrheit irgendwann einmal die Kommandohöhen auch der auswärtigen Politik erreichen werden, auch für den Staat Israel selbst ernste Gründe zur Besorgnis entstehen. Soviel zu der Frage, inwieweit wir hier am Ende in einem Glashaus sprechen, von dem aus wir die Bevölkerung oder, wie wir immer sagen, „die draußen im Lande“ überhaupt nicht mehr erreichen. Und damit darf ich jetzt für Ihre Aufmerksamkeit danken und an Joscha Schmierer übergeben, der unser erstes Panel moderieren wird.

Gedenkpolitik und Gedenkkultur in Deutschland und Israel von der Nachkriegszeit bis heute

2

Joscha Schmierer:

Unser Thema im ersten Panel ist „Gedenkpolitik und Gedenkkultur in Deutschland und Israel von der Nachkriegszeit bis heute“. Dieses Thema scheint ja ganz auf die Vergangenheit gerichtet zu sein. Aber da von *Gedenkpolitik* und *Gedenkkultur* die Rede ist, richtet es sich natürlich auch in die Zukunft. Ich will kurz die Panelisten vorstellen. Rechts von mir Frau Zertal. Sie lehrt in Tel Aviv an der Universität und hat ein Buch geschrieben, „Death and the Nation“, das jetzt auch auf Deutsch erschienen ist: „Nation und der Tod – der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“. Dieses Buch hat in Israel eine heftige Diskussion hervorgerufen. Wir freuen uns, dass Frau Zertal heute hier ist. Links von mir sitzt Götz Aly. Er ist bekannt geworden durch mehrere Bücher zur Geschichte und Vernichtungspolitik des Dritten Reiches. Das erste heißt „Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung“. Weitere Bücher sind gefolgt, u. a. „Die Endlösung“ und auch eine Auseinandersetzung mit Größen der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung. Gerade ist im S. Fischer Verlag sein Buch „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“ erschienen.

Der dritte Panelist und Kommentator ist Rudi Karl Pahnke. Er kommt vom Institut Neue Impulse. Er ist in der DDR aufgewachsen, hatte in der DDR seine ersten Erfahrungen mit deutsch-israelischen Beziehungen, mit Gedenkpolitik und Gedenkkultur gemacht und wird diesen Aspekt in seinem Kommentar berücksichtigen.

Frau Zertal, ich darf Ihnen das Wort geben.

Idith Zertal:

An den Beginn meiner Bemerkungen möchte ich ein Zitat von Primo Levi stellen:

„So schlug auch die Stunde der Freiheit für uns ernst und lastend und erfüllte unsere Seelen mit Freude und zugleich einem schmerzlichen Schamgefühl, um dessentwillen wir gewünscht hätten, unser Bewusstsein und unser Gedächtnis von dem Gräuel, den es beherbergte, reinzuwaschen: und mit Qual, weil wir spürten, dass es nicht möglich war, dass nie irgend etwas so Gutes und Reines kommen könnte, das unsere Vergangenheit auslöschen würde, und dass die Spuren der Versündigung für immer in uns bleiben würden, in der Erinnerung derer, die es miterlebt haben, an den Orten, wo es geschehen war, und in den Berichten, die wir darüber abgeben

würden. Daher – und dies ist das ungeheuerliche Privileg unserer Generation und meines Volkes – hat niemals jemand besser als wir die unheilbare Natur der Versündigung begreifen können, die sich ausbreitet wie eine ansteckende Krankheit. Es ist unsinnig, zu glauben, sie könne durch menschliche Gerechtigkeit getilgt werden. Sie ist eine unerschöpfliche Quelle des Bösen: Sie zerbricht Körper und Seele der Betroffenen, löscht sie aus und erniedrigt sie; sie fällt als Schande auf die Unterdrücker zurück, schwelt als Hass in den Überlebenden fort und wuchert weiter auf tausend Arten, gegen den Willen aller, als Rachedurst, als moralisches Nachgeben, als Verleugnung, als Müdigkeit ...“¹.

Eine tiefe Demütigung gehe nie vorüber, sagte der Auschwitz-Häftling Primo Levi, eine maßgebliche Autorität auf diesem Gebiet. Aus der Erinnerung an die Erniedrigung erwachsen Bosheit und Hass, an denen Körper und Seele zerbrechen, und sowohl die Überlebenden als auch die Täter sind davon gezeichnet. Diese Erkenntnis ist in gewisser Weise Primo Levis Vermächtnis, das er nach seiner Befreiung aus dem Todeslager niedergelegt hat. In einem verspäteten Akt der Selbstzerstörung nahm sich Levi schließlich das Leben und lieferte so seinen Worten den furchtbaren Beweis nach.

Wie in jedem anderen Staat vollzog sich auch im Staat Israel Erinnern und Vergessen des Vergangenen im Einklang mit nationalen Mythen, Idealen und aktuellen politischen Bedürfnissen.² Der Akt des Erinnerns, d.h. die Bewahrung der Opfer und der Überlebenden vor dem Vergessen sowie davor, ganz aus der geschichtlichen Erinnerung zu verschwinden, war, wie dies immer der Fall ist, auf das erinnernde Subjekt selbst gerichtet: ein Subjekt, das sich durch die Objekte des Erinnerns definierte. „Mal ambivalent, mal schrill war das offizielle Gedenken an den Holocaust in Israel lange hin- und hergerissen zwischen der gleichzeitigen Notwendigkeit, zu erinnern und zu vergessen,“ so James E. Young, „zwischen der enormen Aufbaufarbe der frühen Staatsgründer und den Ursachen, warum ein solcher Staat notwendig geworden war, zwischen der Opfer-Erinnerung der Überlebenden und der Kämpfer-Erinnerung des Widerstands. Einerseits betrachteten frühe Repräsentanten des Staates wie David Ben Gurion den Holocaust als Endresultat jüdischen Lebens im Exil; er stand also symbolisch für die Diaspora, die nicht nur verdient hatte, unterzugehen, sondern auch verges-

¹ Primo Levi „Die Atempause“ (Deutsch von Barbara und Robert Picht), München 1991 (S. 8f. der dtv-Taschenbuchausgabe)

² James E. Young, „The Texture of Memory. Holocaust Memorials and Meaning“, New Haven und London 1993, S. 210

sen zu werden. Andererseits war sich der Staat auch bewusst, dass er dem Holocaust auf perverse Weise etwas verdankte: Dieser hatte letztlich doch wohl den Beweis für die zionistische Behauptung erbracht, dass Juden im Exil ohne einen Staat und ohne die Macht, sich zu verteidigen, stets Gefahr liefen, Opfer einer solchen Vernichtung zu werden. Folglich sahen die frühen Staatsführer kaum einen Grund dazu, in einer Weise an den Holocaust zu erinnern, die über seine unmittelbare Funktion als eine Ursache der Staatsgründung hinausging.“³

Viele Jahre lang waren das Gedenken an den Holocaust und die Trauer um seine Opfer gleichsam ausgesetzt. Freilich hatten die psychologischen und politischen Folgen der Shoah, zumindest unterschwellig, ihre Wirkung. Doch die anderthalb Jahrzehnte vor der Ergreifung und Verurteilung Adolf Eichmanns waren in Israel und auch in anderen Ländern wie Frankreich und den Vereinigten Staaten durch das Schweigen der Öffentlichkeit und eine gewisse staatliche Verweigerungshaltung gegenüber dem Holocaust gekennzeichnet.⁴ Der Staat Israel, die größte Errungenschaft der zionistischen Revolution, war in seinem ersten prägenden Jahrzehnt ein Bollwerk selektiver Amnesie und der Ausblendung bestimmter Kapitel der jüdischen Geschichte, die ihn in seinen Aufbaumühungen behindert und im Widerspruch zum staatlichen Gründungsmythos von Stärke und Neuanfang gestanden hätten. Kollektive Trauer über den Mord an einem Drittel des jüdischen Volkes – an Millionen von Menschen, oft ganzen Familien – und der damit verbundene Schmerz hätten die Verwirklichung der Vision von einem neuen Staat und seinen Überlebenskampf buchstäblich erschüttern können. Junge Gesellschaften, die noch im Werden sind, versuchen oft schon den bloßen Gedanken an den Tod auszublenden. Gerade eine Gesellschaft, die um ihr Territorium kämpft und ihrer Jugend die Bereitschaft abverlangt, ihr Leben für die Heimat zu opfern, mag ein Bedürfnis nach einem solchen Ausblenden haben. Deshalb gab es eine beinahe konzertierte Anstrengung, die jüngste unerträgliche Vergangenheit vom Erinnern auszuklammern.⁵ Die niederdrückende Bürde der beispiellosen Katastrophe konnte man während der allgemeinen Anstrengung, nach dem Krieg wieder ein gewisses

³ Young, „The Texture of Memory“, S. 211

⁴ Alain Finkielkraut, „La memoire vaine“, [dt.: „Die vergebliche Erinnerung“], Paris 1989; Deborah Lipstadt, „America and the Memory of the Holocaust, 1950-1965“, in: Modern Judaism 16 No 3 (Oktober 1996), S. 195-214

⁵ Den englischen Begriff „disremember“ habe ich bei Ighes Sodre entlehnt, die ihn in ihrem Gespräch mit A.S. Byatt über Toni Morrisons „Beloved“ verwendete, siehe: A.S. Byatt und Ighes Sodre „Imagining Characters“, New York 1995, S. 196

Alltagsleben und eine Art Normalität aufzubauen, nicht bewusst auf sich nehmen. Die Monstrosität des Erlebten schloss jedes normale Gespräch über das Ereignis aus, und schon das bloße Weiterleben – dies war besonders für die Überlebenden von Bedeutung – erforderte, dass Gefühle unterdrückt wurden.

Gedenkveranstaltungen für den Holocaust fanden nur selten und unregelmäßig statt. In der staatlichen Gedenkpraxis, in offiziellen Veröffentlichungen, in der Literatur, der Geschichtsschreibung und den Schulbüchern wurden, wenn überhaupt, nur die sehr wenigen Ghetto-Kämpfer und Partisanen gefeiert. Selbst die Festlegung eines Gedenktages an den Holocaust, der später zum großen Gleichmacher und Einiger in der politischen Kultur Israels werden sollte, wurde zunächst vielfach hinausgeschoben.⁶ Als der Tag im israelischen Nationalkalender förmlich zum gesetzlichen Feiertag erhoben wurde, wählte die regierende Elite dafür den 19. April, den ersten Tag des jüdischen Aufstands im Warschauer Ghetto, und so erhielt dieser Akt des Gedenkens dessen besondere heroische Mitgift. Der Staat verschob auch die Schaffung einer offiziellen staatlich finanzierten Einrichtung, die das Gedächtnis des Holocaust und seiner Opfer bewahren sollte. „Nicht nur die Welt vergisst, auch wir tun dies“, erklärte ein Knesset-Abgeordneter 1950 in einer Debatte.⁷

In einer solchen entstehenden, beziehungsweise wiedererstehenden Gesellschaft, die mit einer von Mythen umrankten fernen Vergangenheit verbunden ist, aber keinen Zugang zu ihrer näheren Vergangenheit hat, gab es für die Geschichte des Holocausts und für die Träger der direkten Erinnerung an ihn – die Überlebenden – im öffentlichen Raum keinen Platz. Und obwohl zwischen 1945 und 1955 fast 300.000 dieser Überlebenden nach Israel kamen und äußere Gestalt wie innere Struktur der Gesellschaft veränderten⁸, waren sie in Bezug auf ihre Vergangenheit doch nur stillschweigende Mitbürger.⁹ Es war die Zeit der Helden, nicht die der Opfer.¹⁰

⁶ James E. Young: „When a Day Remembers“, *History and Memory* 2, No. 2 (Winter 1990) S. 54–75

⁷ Protokoll der Knesset 5713 (1952/1953), 1313

⁸ Idith Zertal „From Catastrophe to Power: Holocaust Survivors and the Emergence of Israel.“ Berkeley 1998, S. 263–274. Statistisch stellten die Holocaust-Überlebenden für eine gewisse Zeit in den frühen 50er Jahren fast die Hälfte der israelischen Bevölkerung.

⁹ Im Original „absent presentees“, ein Begriff, der eine umkehrende Anspielung auf die Bezeichnung „present absentees“ ist, mit der die im Krieg von 1948 aus ihren Häusern und Dörfern verjagten oder geflohenen Palästinenser bezeichnet wurden, die damals zu Vertriebenen im eigenen Land wurden.

¹⁰ Alain Finkielkraut „La memoire vaine“, S. 37

Viele Überlebende erzählen, dass ihnen noch als Gefangenen in den Lagern der Nazis, wo sie sich doch an jede kleinste Hoffnung auf ein Weiterleben klammerten – vor allem, um in das Reich der Lebenden zurückkehren und Zeugnis ablegen zu können – klar war, dass dort draußen niemand auf ihre Aussagen wartete oder sie auch nur hören wollte.¹¹ Die Berichte der Überlebenden waren inakzeptabel, weil sie eine so beunruhigende, zersetzende Wirkung auf die bekannte Realität ausübten und weil der Überlebende durch seine bloße Anwesenheit, durch die Tatsache seines Überlebens allein die trügerische Fassade der Normalität der menschlichen Existenz ins Wanken bringen musste. Alles in den Aussagen der Überlebenden lief darauf hinaus, die dunkle, barbarische Kehrseite dieser Normalität, der zivilisierten Existenz, der Werte und Ideale einer scheinbar aufgeklärten modernen Gesellschaft zu beschwören. Doch umgekehrt war dieser Überlebende ja ein lebendiger, atmender Beweis dafür, dass die von ihm bezeugten Ereignisse gar nicht wahr sein konnten. Die totale Wirklichkeit von Auschwitz¹² wurde durch die schiere Unmöglichkeit, über sie zu reden und sie zu beschreiben, ausgelöscht. „Nicht umsonst ist Auschwitz das Vernichtungslager genannt worden. (...) Millionen menschlicher Wesen wurden dort vernichtet. Vernichtet wurde überdies eine Vielzahl von Mitteln, um das Verbrechen oder sein Ausmaß zu beweisen“,¹³ schrieb der französische Philosoph Jean-François Lyotard. An anderer Stelle schrieb er: „Aber mit Auschwitz ist etwas Neues in der Geschichte passiert, das nur ein Zeichen und keine Tatsache sein kann, nämlich dass die Tatsachen und Zeugenaussagen, die die Spur des *Hier* und des *Jetzt* trugen, die Dokumente, die auf die Bedeutung(en) der Tatsachen schließen ließen, dass die Namen und letztendlich die Möglichkeit verschiedenartiger Sätze, deren Zusammenschluss die Wirklichkeit ausmacht, dass das alles so weit wie möglich vernichtet wurde.“¹⁴

Doch es wurde nicht nur die Erinnerung an den Holocaust unterdrückt – auch seine Einzigartigkeit wurde infrage gestellt. Normalität, das lang ersehnte Ziel des Zionismus, und Realpolitik gaben seinerzeit die Sprachregelungen vor. Der Aspekt der Rache wurde zwar erwähnt, aber aus der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeklammert. Nachdem es für kurze Zeit unmittelbar nach dem Krieg halb im Geheimen Anstrengungen gegeben hatte, Nazi-Funktionäre aufzuspüren und zu liquidieren, distan-

¹¹ Primo Levi, „Die Untergegangenen und die Geretteten“, Vorwort

¹² „Auschwitz“, schreibt Jean-François Lyotard, ist „die wirklichste Wirklichkeit“, „Der Widerstreit“ 2. Aufl. München 1989, S. 107

¹³ a.a.O., S. 104

¹⁴ Lyotard a.a.O., S. 106

zierte sich Israel ausdrücklich von der Nazi-Jagd, in deren Rahmen ja alle möglichen illegalen Handlungen hätten ausgeführt werden müssen. Solche Aktivitäten hätten auch die staatlichen Bemühungen konterkariert, „eine Nation unter anderen Nationen“ zu werden und umfassende diplomatische Beziehungen zur Völkergemeinschaft zu etablieren. Ben Gurion selbst glaubte nicht an historische Abrechnungen mit früheren Feinden oder an Vergeltung, und er war sich der Nutzlosigkeit der Rachegedanken und -erklärungen vieler seiner Mitstreiter bewusst. In Reaktion auf die Gegner des Entschädigungsabkommens mit der Bundesrepublik, die unter anderem forderten, die Deutschen wie die Amalekiter vom Antlitz der Erde zu tilgen, sagte Ben Gurion: „*Das Andenken an Amalek austilgen* ist für uns ein sinnloser Vers.“¹⁵ Wäre Israel in der Lage gewesen, Strafaktionen gegen Länder durchzuführen, so hätte Ben Gurion zuallererst Rache an realen, gegenwärtigen Feinden geübt, die er als schwere Bedrohungen der Existenz und des Wohles Israels betrachtete. „Selbst wenn ich es [Rache nehmen] könnte, würde ich doch zuerst gegen den Irak vorgehen,“ erklärte er vor der Parteiversammlung im Zusammenhang mit den Entschädigungen im Dezember 1951. Als pragmatischer Politiker und Voluntarist konzentrierte sich Ben Gurion stets auf das Erreichen wichtiger Einzelziele. Die 50er Jahre waren für ihn das Jahrzehnt des Staatsaufbaus und der Stärkung seiner Infrastruktur, und zwar auch mit deutschem Geld; die Juden des Exils sollten im Lande gesammelt, eine Armee aufgebaut und Israels Rang als legitimer Staat unter anderen Staaten gesichert werden.

Rache und Vergeltung waren, wenn sie überhaupt zum Tragen kamen, nach innen gerichtet. Hierum ging es in Wirklichkeit beim Gesetz zur Bestrafung von Nazis und deren Helfershelfern (1950). Das Gesetz, das feierlich von der Knesset verabschiedet wurde, war nie dazu bestimmt, Nazis vor Gericht zu bringen, sondern richtete sich eigentlich gegen jüdische „Kollaborateure“, kleine, elende jüdische Kapos. Das Gesetz zielte hochtrabend auf höhere Chargen, traf aber die Niedrigen und Belanglosen. Dieses Gesetz, das nach der Erklärung des Justizministers vor der Knesset dazu bestimmt war, „die Revolution zum Ausdruck zu bringen, die sich in der politischen Lage des jüdischen Volkes ereignet hat“, und ein Mahnmal für die Toten sowie ein Instrument zur Abrechnung mit der Vergangenheit zu sein („wir werden weder vergeben, noch vergessen“), für das die israelischen Parlamentarier bewusst von den Normen des Strafrechts abwichen, diente nicht dazu, Nazi-Kriegsverbrecher oder ihre ukrainischen, lettischen, estnischen, französischen oder sonstigen Helfershelfer in Israel vor Gericht zu stellen.

¹⁵ David Ben Gurion vor dem Zentralkomitee der MAPAI am 13. Dezember 1951, Archiv der Arbeitspartei 23/51; siehe auch: Tom Segev, „Die siebte Million“, Hamburg 1995, S. 281

Es zielte im Wesentlichen darauf ab, die trivialsten Täter zu bestrafen – unbedeutende „Kapos“, die Blockältesten der Konzentrationslager, selbst Opfer der Nazis, waren die eigentliche Zielgruppe, und das Urteil stand schon fest, bevor überhaupt Anklage erhoben wurde.

„Man wird annehmen können“, gestand der Justizminister zu, „dass Nazis, die sich der im Gesetz genannten Straftaten schuldig gemacht haben, es nicht wagen werden, nach Israel zu kommen...“. Das Gesetz, so führte er aus, „gilt aber auch denen, die die Befehle der Nazis ausgeführt haben, und leider können wir nicht sicher sein, dass nicht manche von ihnen unter uns leben, wenn ihre Zahl auch zweifellos klein ist. Aber selbst wenn es nicht mehr als die ... Gerechten sind, die in Sodom *vergeblich* gesucht wurden, selbst wenn es nur um wenige Verbrechen geht, ist das Gesetz doch gerechtfertigt.“¹⁶ So wurde feierlich ein Gesetz gegen „Kriegsverbrecher“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“¹⁷ verkündet, das sich in der Praxis gegen Juden richtete, die selbst Opfer des Holocaust waren.

Was dem Gesetz jedoch zugrunde lag, so möchte ich meinen, war das ganz elementare Bedürfnis nach Vergeltung und, durch diese Vergeltung, nach Erlösung vom Schrecken und von der Schuld, die mit der Shoah verbunden waren. Diese Vergeltung, von der ohnehin keine Erleichterung oder innere Ruhe zu erwarten war, wurde, da sie sich nicht gegen die Haupttäter richten konnte, nach innen umgelenkt, auf die Opfer selbst. „Was ist der Sinn all dieser harschen [Rechts-]Vorschriften?“¹⁸ fragte Shneour Zalman Heshin, Richter am Obersten Gerichtshof, der den Vorsitz bei dem Berufungsverfahren eines der verurteilten Kapos gegen die vom Distriktgericht verhängte Gefängnisstrafe hatte. „Es kann nur eine Antwort geben ... Die verhängten Strafen ... dienten im Wesentlichen nicht dazu, den Täter zu bessern oder potenzielle Täter abzuschrecken, sondern – wie der Name des Gesetzes nahelegt – an den Feinden Israels *Rache zu nehmen*.“¹⁹

¹⁶ Pinchas Rosen, Protokoll der Knesset, Sitzung 131, S. 1148 (Hervorhebung von der Verfasserin)

¹⁷ Es gibt nur wenig publizierte historische Forschung zum Gesetz über die Bestrafung von Nazis und deren Helfershelfern sowie seine Anwendung durch die Gerichte. Das erschienene Material akzeptiert in der Regel die offizielle Lesart, derzufolge das Gesetz den Bedürfnissen der Überlebenden entsprach.

¹⁸ Mit „harschen Vorschriften“ meinte Richter Heshin die Abweichungen vom anerkannten Strafgesetzbuch, die Eingang in das Gesetz über die Bestrafung von Nazis und deren Helfershelfern gefunden hatten, so z.B. die erneute Anklage von Personen, die wegen derselben Straftat bereits vor Gericht gestanden hatten, die Abschaffung der Verjährung, die Abschaffung der Begnadigung bei minderschweren Straftaten, die Abweichung von den Beweisregeln und natürlich die Rückwirkung des Gesetzes und seine exterritoriale Geltung.

¹⁹ Yaakov Honigmann gegen den Generalstaatsanwalt, Berufung in der Strafsache Nr. 52/22, Gesetzessammlung Bd. 7 1953, S. 303/304 (Hervorhebung von der Verfasserin)

Vor allem jedoch sollte das Gesetz den Abscheu der israelischen Gesellschaft über das „jüdische Verhalten“ während des Holocaust beschwichtigen. Nicht zur Bekämpfung des Nazismus führte Israel abnorme Bestimmungen in sein Recht ein, nicht um „uns von der Schmach des infamen Deutschland zu befreien“, wie ein Knesset-Abgeordneter, der selbst ein Überlebender war, behauptete,²⁰ sondern um den neuen und „reinen“ Staat²¹ von jüdischer Scham rein zu waschen. „*Möge unsere Heimstatt rein sein*“, erklärte der Justizminister am Ende seiner Rede.²² Die junge israelische Gesellschaft die sich der beispiellosen Realität des Holocausts und den Überlebenden nur in Form der Verehrung des dünn gesäten Widerstands oder in Form der pauschalen Verurteilung des jüdischen Verhaltens zuwandte, versuchte so, sich zu läutern und reingewaschen zu werden, das bösartige Gespenst des Holocausts zu bannen. Zu diesem Zweck wurden die unbedeutendsten, randständigen „Helfershelfer“ der Nazis auf dem Altar der Rechtsprechung, dem Ort höherer moralischer Autorität, dem säkularen Heiligtum, geopfert.

Alle bis zum Eichmann-Prozess 1961 nach diesem Gesetz Angeklagten (mit einer unbedeutenden Ausnahme) waren jüdische Bürger, Neueinwanderer, unglückliche und elende Individuen, selbst Überlebende des Holocausts, die in manchen Fällen zufällig bei ihrer Ankunft in Israel von anderen Überlebenden erkannt und angezeigt wurden. Das israelische Rechtssystem stellte sie nach dem gleichen Gesetz vor Gericht, nach dem es ein Jahrzehnt später den SS-Offizier Adolf Eichmann anklagte, einen Nazi, der eine zentrale Rolle in der Logistik der deutschen Diktatur gespielt hatte, den Hauptverantwortlichen für den Transport der europäischen Juden in die Todeslager.

Während der 50er und frühen 60er Jahre wurden rund 40 Prozesse nach diesem Gesetz angestrengt. Die Klageschriften, Beweismittel und Urteile zeichneten in unterschiedlichster Form – in klarer, einfacher Sprache, in trockener Rechtsterminologie und durch die mühsamen, stockenden Zeugenaussagen der Überlebenden – ein Bild der alltäglichen menschlichen Verwüstungen, die der Holocaust angerichtet hatte. Sie machten das System des routinemäßigen Terrors, der Unterdrückung und des Missbrauchs in den Ghettos und Lagern deutlich, wo die Menschlichkeit und moralische Integrität der Insassen zerstört worden waren, lange bevor man ihre Körper ver-

²⁰ Mordechai Nuruk, Protokoll der Knesset, Sitzung 131, S. 1148

²¹ Dieser Ausdruck wurde zur Beschreibung des jungen Staates vom damaligen Generalstaatsanwalt Chaim Cohen in Bezug auf die Affäre Kastner verwendet, zitiert in Yehaim Weitz, „The Man who was Murdered Twice. The Trial and Death of Israel Kastner“, Jerusalem 1993, S. 102 [hebräisch]

²² Pinchas Rosen, Protokoll der Knesset, Sitzung 131, S. 1147–1148 (Hervorhebung von der Verfasserin)

nichtete, und sie brachten die von den Nazis geschaffene existenzielle und moralische Hölle ans Licht, diese auf monströse Weise verkehrte Welt, in der Verfolgte zu Verfolgern, Opfer zu widerwilligen Tätern und zu Komplizen ihrer eigenen Unterdrückung gemacht wurden.

Diese grauenvollen und verstörenden Erinnerungen, diese bitteren neuzeitlichen Erzählungen der Verzweiflung konnten niemals in das israelische Holocaust-Gedächtnis integriert werden; bis heute liegen sie als namenlose Akten in den israelischen Gerichtsarchiven. Diese erlittenen Geschichten wurden weder damals (die Presse berichtete nur kurz und selektiv) noch später nacherzählt. Sie konnten nicht Teil der lebendigen Überlieferung werden, die von Generation zu Generation weitergegeben wird²³, und sie flossen nicht in den Geschichtsunterricht ein. Diese Literatur des Holocausts wurde nicht tradiert, weil sie damals – und auch heute noch – aufgrund der Gewöhnlichkeit der dargestellten „Verbrechen“ und der Durchschnittlichkeit der Menschen, die sie verübten, als enorme Bedrohung wahrgenommen wird. Denn die Täter waren ganz normale Juden, gewöhnliche Menschen wie du und ich. Menschen, die in unlösbaren Zwangslagen gefangen waren, aus denen es keinen Ausweg außer dem Selbstmord gab. Menschen, die für einen kurzen aus der „normalen“ Zeit gefallenen Augenblick zu Verfolgern wurden und andere Menschen schlugen, peitschten und peinigten, um selbst etwas mehr Nahrung zu erlangen, weniger hart arbeiten und weniger Leid ertragen zu müssen, um überleben zu können, und die so ihren Platz in der Welt für immer verloren. Und gerade weil es in diesen Berichten um gewöhnliche, ganz normale Menschen geht und in ihnen so klar zum Ausdruck kommt, wie verwischt und unbestimmbar die Grenzlinie zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht war, und dass mancher sich im Niemandsland verirrt hatte – dessen Existenz man zur Zeit der Prozesse nicht wahrhaben wollte –, konnte ihre verstörende Botschaft nicht Pflichtstoff für eine Nation sein, die sich selbst als das absolut Gute, als Gegenbild zum absolut Bösen des Holocausts verstand und definierte.

Die Haltung Ben Gurions zu dieser Frage ist schwer zu durchschauen und verdiente eine längere Einzelanalyse. An dieser Stelle sei nur erwähnt, dass für Ben Gurion die Errichtung des jüdischen Staates, seines eigenen

²³ Wie erwähnt sind nur wenige Artikel über dieses Thema erschienen, und sie zitieren nicht die ausführlichen Zeugenaussagen während der Prozesse: Tom Segev erwähnt die Prozesse kurz in seinem Buch „Die siebte Million“; interessant ist auch der Dokumentarfilm *Kapo 2000* von Danny Siton und Tor Ben Mayor, in dem der frühere Richter Chaim Cohen unter anderem sagt, dass diejenigen, die nie in einem Nazi-Lager eingesperrt waren, kein Recht hätten, Taten und Verhalten der Juden, die dort gewesen sind, zu verurteilen.

Geschöpfes, ein „Überspringen von Jahrhunderten“ darstellte, wie er es selbst bezeichnete. Er war tatsächlich der Auffassung, dass historische Sprünge möglich seien. In seiner Antwort auf den Philosophen Nathan Rottenstreich von der Hebräischen Universität, der argumentiert hatte, dass die weit zurückliegende Vergangenheit allein keine Nation zusammenhalten könne und dass aus einem Ausblenden der jüngeren Vergangenheit nur eine Verflachung oder eine Auflösung des Geschichtsbildes resultieren würde, schrieb Ben Gurion: „... und im Unabhängigkeitskrieg haben wir uns den Tagen des Jehoschua angenähert; die Sprüche Jehoschuas sind unserer Jugend näher und verständlicher als alle Reden der zionistischen Kongresse. Die 'nahe Vergangenheit' existiert, zu unserem großen Leidwesen, nicht mehr, da das Judentum der 'nahen Vergangenheit' vernichtet wurde.“ Ben Gurion versuchte somit, nicht nur das Jahrhundert vor der Gründung Israels, sondern die gesamte Periode der jüdischen Diaspora auszublenden. „Die ferne Vergangenheit ist uns näher als die nahe Vergangenheit der letzten zweitausend Jahre“, schrieb er.²⁴ In der Antwort auf eine Einladung, bei einer Gedenkveranstaltung vor Opfern eine Rede zu halten, schrieb er 1951, „das einzig passende Mahnmal für das Gedenken an die europäischen Juden ... ist der Staat Israel...“. Im gleichen Jahr sagte er zu seinen Parteigenossen, die bezüglich der Frage der Entschädigungsleistungen seitens der Bundesrepublik zerstritten waren: „Was wir über die Dinge, die sie [die Nazis] uns angetan haben, sagen müssen, werden wir sagen, wenn es an der Zeit ist ... wir werden das aussprechen, wenn die Gelegenheit dazu kommt, aber vorzugsweise weder zu früh noch zu oft, denn wenn man dies täte, erntete man nur Geringschätzung ... wenn ein neuer Jeremia erscheint, wird er zu Wort kommen.“²⁵

Von einem sehr frühen Stadium an hat Ben Gurion auf komplexe und eher unbewusste Weise den Weg dafür geebnet, dass die Verantwortung der Deutschen für die Vernichtung der Juden auf andere übertragen wurde. Bereits 1947 hörte man von ihm die Gleichung „die Araber sind wie die Nazis“, während er die arabischen Führer mit der Personifikation des Bösen, nämlich mit Adolf Hitler, verglich. Auf dem zionistischen Kongress in Zürich Ende August 1947 konfrontierte Ben Gurion seine Kollegen mit düsteren Voraussagen eines unmittelbar bevorstehenden Krieges in Palästina. Er malte die Möglichkeit einer neuerlichen jüdischen Katastrophe aus, die diesmal in Israel selbst stattfinden könnte, und stellte den lokalen Feind als Reinkar-

²⁴ Ben Gurion an Rottenstreich am 9. Januar 1957, *Chazut* 33, 1957 [hebräisch]

²⁵ Ben Gurion vor dem Zentralkomitee der MAPAI am 13. Dezember 1951, Archiv der Arbeitspartei 23/51

nation der Nazis dar. „Es sind nicht die politischen Widersacher [d.h. die Briten], die gegen uns vorgehen werden, sondern die Schüler, ja die Lehrmeister Hitlers, die nur *eine* Lösung der Judenfrage kennen – totale Vernichtung.“²⁶ Der Wunsch, den er den Arabern zuschrieb und der anscheinend ja vorhanden war, nämlich die vollständige Vernichtung des zionistischen Projekts, wurde so zum festen Bestandteil seines politischen Vokabulars. Er verwendete diese Redensart üblicherweise in internen Gesprächen mit den politischen Führern des Landes, gegenüber dem Militär und in seiner Privatkorrespondenz. Vor allem in Zeiten politischer und persönlicher Krisen griff er auf diese Redefigur zurück, wenn er meinte, sie als ultimative Waffe im politischen Kampf einsetzen zu müssen, entweder um seine Macht zu erhalten oder um seinen Mitstreitern seinen Willen aufzuzwingen. Doch die Grundidee, dass die arabische Bedrohung der durch die Nazis gleichkomme, wurde zur vorherrschenden Denk- und Redeweise. Einige Jahre später spielte Ben Gurion diese Karte erneut aus, als er fast allein und gegen starken Widerstand von Rechts und Links beschloss, dass der Staat Israel finanzielle Entschädigung von der Bundesrepublik annehmen solle. Während er Deutschland gewissermaßen Absolution erteilte, indem er ständig wiederholte, dass Adenauers Deutschland „ein anderes Deutschland“ sei, erklärte er vor dem Zentralkomitee seiner Partei, dass „sie [die Araber] uns morgen in diesem Land niedermetzeln können ... Wir wollen nicht noch einmal die Erfahrung machen, die Ihr [die Holocaust-Überlebenden] ertragen musstet. Wir wollen nicht, dass die arabischen Nazis kommen und uns abschlachten.“²⁷

Auch für seine geheimen Bemühungen zur Entwicklung der ultimativen Waffe – einer israelischen Atombombe –, die in den frühen 50er Jahren einsetzten, berief er sich auf den Holocaust. In der Atombombe sah er das einzige Gegengewicht, um das verhängnisvolle zahlenmäßige wie machtpolitische Ungleichgewicht zwischen Israel und der arabischen Welt auszugleichen und den arabischen Wunsch zu vereiteln, Israel vollständig auszulöschen. Seine Korrespondenz mit Präsident John F. Kennedy zu diesem Thema im Frühjahr 1963 ist sehr aufschlussreich, weil er in seinem Plädoyer für das Recht Israels, seine Sicherheitsinteressen selbst zu definieren und die Bombe zu entwickeln, den Holocaust so unverblümt benutzte.

²⁶ Ben Gurion auf dem Kongress der Zionistischen Exekutive, Zürich, 26. August 1947, Zionistisches Zentralarchiv S5/320, s. I. Zertal „From Catastrophe to Power“ S. 242

²⁷ Ben Gurion vor dem Zentralkomitee der MAPAI am 13. Dezember 1951

Doch noch vor diesem Briefwechsel war es der Eichmann-Prozess, der zum Wendepunkt im Hinblick auf die organisierte konkrete Instrumentalisierung des Holocausts durch die israelische Politik und Staatsführung wurde, insbesondere im Kontext des israelisch-arabischen Konflikts. Hannah Arendts prophetische Worte in einem Brief an Karl Jaspers, kurz bevor sie nach Jerusalem reiste, um über den Prozess zu berichten, in dem sie auf die Befürchtungen ihres Briefpartners hinsichtlich der Art, wie Israel den Prozess für seine politischen Ziele ausnützen werde, antwortet, waren nur eine blasse Vorahnung in dieser Hinsicht: „Dass man bestimmte Dinge dabei der israelischen Jugend und (schlimmer) der Weltöffentlichkeit wird beweisen wollen, ist ziemlich sicher. Unter anderem, dass Juden, die nicht Israeli sind, eben in die Lage kommen, sich wie Schafe abschlachten zu lassen. Ferner: Dass die Araber mit den Nazis im engsten Einvernehmen standen. Es gibt mehr Möglichkeiten, die Sache selbst zu entstellen.“²⁸

Um Eichmanns Schuld zu beweisen, hätte es nicht des „spektakulären Prozesses“ bedurft, den Ben Gurion inszenierte. Um Gerechtigkeit herzustellen und den Verbrecher zu bestrafen, hätte es „ausgereicht, wenn die Anklage Eichmanns Verantwortung für einen einzigen Todestransport, den er geplant und angeordnet hatte, bewiesen hätte“, schrieb Nathan Alterman, der israelische Nationalschriftsteller und enge Vertraute Ben Gurions.²⁹ Doch der Prozess sollte anderen Zwecken dienen: Er war als gezielter Geschichtsunterricht für seine Landsleute sowie die internationale Gemeinschaft gedacht. „Ich möchte, dass sie das wissen“, sagte Ben Gurion mehrfach in seinen Interviews. Die wichtigste Lektion, die er zu erteilen gedachte, betraf Israels berechtigtes Streben nach Macht. Der Wunsch, dieses Machtstreben zu legitimieren, stellte den Subtext des gesamten Prozesses und des sich aus ihm ergebenden Diskurses dar. „Es ist notwendig, dass unsere Jugend sich daran erinnert, was dem jüdischen Volk widerfahren ist ... Sie sollen die Lektion lernen, dass Juden keine Schafe sind, die man abschlachten kann, sondern Menschen, die sich ihrer Haut wehren können – so wie es die Juden im Unabhängigkeitskrieg getan haben.“³⁰

²⁸ Hannah Arendt, Karl Jaspers: Briefwechsel 1926–1969, Hg. von Lotte Köhler und Hans Sauer, 2. Aufl., München 1987, S. 452

²⁹ Nathan Alterman, „The Seventh Column“, *Davar*, 12. Mai 1961. Später sollte Alterman nahezu das Gegenteil schreiben, wenn er behauptete, „der Prozess von Jerusalem war ein historischer Prozess, weil er antihistorisch war und zum ersten Mal das Massaker an den Juden nicht im Rahmen von historischen Abhandlungen, sondern im Rahmen eines jüdischen Strafprozesses mit dem Aktenzeichen Strafsache 41/60 behandelte“, *Davar*, 7. Juni 1961

³⁰ Ben Gurion „The Eichmann Case“, *The New York Times Magazine*, 18. Dezember 1960

Auf die Frage des Journalisten, was er damit meine, durch den Prozess sollten einige Tatsachen über Israels arabische Nachbarn offengelegt werden, antwortete Ben Gurion, er beziehe sich „besonders auf Ägypten, wo sich viele Nazis versteckt halten. Wenn ich in den Reden des ägyptischen Präsidenten höre, dass das Weltjudentum Amerika und den Westen kontrolliere, dann kommt es mir vor, als hörte ich Hitler sprechen.“³¹ In einem anderen Interview sagte Ben Gurion, der Prozess werde „dazu beitragen, weitere Nazis aufzustöbern – zum Beispiel die Verbindung zwischen Nazis und einigen arabischen Herrschern.“³²

Die Übertragung der Holocaust-Erfahrung auf die Realität im Nahen Osten, die zwar für Israel hart und feindselig, aber doch vollkommen anderer Natur war, erzeugte nicht nur das den Tatsachen widersprechende Gefühl einer unmittelbar drohenden Massenvernichtung. Es führte auch zu einer stark verzerrten Wahrnehmung des Holocausts, verharmloste die von den Nazis verübten Gräueltaten, trivialisierte das unvergleichliche Leid der Opfer und der Überlebenden und dämonisierte die Araber und ihre Führer radikal. Die Übertragung der einen Erfahrung auf die andere geschah vor und während des Prozesses auf zwei spezifische Arten: Zum einen, indem ständig auf die Umtriebe von Nazi-Wissenschaftlern und -Beratern in Ägypten und anderen arabischen Ländern, auf die fortgesetzten Verbindungen zwischen arabischen Führern und Nazi-Größen und auf die nazi-ähnlichen Absichten und Pläne der Araber, Israel zu vernichten, verwiesen wurde. Zum anderen wurden in der Presse, im Radio und in politischen Reden systematisch der frühere Mufti von Jerusalem, Haj Amin El-Husseini, und seine Verbindungen zum Nazi-Regime im Allgemeinen und zu Eichmann und seiner Dienststelle im Besonderen erwähnt. Dadurch wurde er als wichtiger Mitgestalter der „Endlösung“ und bedeutender Nazi-Kriegsverbrecher dargestellt. Die Taten Eichmanns – und auch anderer Nazi-Verbrecher – wurden nur selten ohne Verweis auf die Kollaboration von Arabern und Nazis genannt. Die Verbindung, die zwischen dem Mufti und der Shoah hergestellt wurde, war eindeutig. Während des Prozesses selbst blieb der Ankläger trotz der ausdrücklichen Einsprüche der Richter dabei, die Rolle des Muftis bei der Planung und Durchführung von Nazi-Verbrechen aufzublähen und dieser Thematik wertvolle Verhandlungsstunden zu opfern.

³¹ David Ben Gurion, „Wenn ich Nasser zuhöre, kommt es mir vor, als hörte ich Hitler sprechen“, *Jediot Acharonot*, 6. Juni 1960

³² „The Eichmann Case“ as Seen by Ben-Gurion

Paradoxerweise wurde so Eichmann selbst, der Haupttäter und paradigmatische Repräsentant der beispiellosen Nazi-Verbrechen, während des Prozesses gewissermaßen immer unscheinbarer und immer mehr zu einem „Rädchen im Getriebe“, was genau der unbedeutenden Rolle im Rahmen der Endlösung entsprach, die ihm sein Verteidiger so eifrig zusprechen wollte. Einige Tage vor der feierlichen Prozesseröffnung erklärte Ben Gurion bereits, „das Schicksal Eichmanns als Person interessiert mich überhaupt nicht. Wichtig ist das Exempel.“³³ Die wahren Protagonisten des Prozesses waren einerseits die lange, sich wiederholende jüdische Geschichte des Antisemitismus und der Pogrome, in der der Holocaust nur als ein weiterer, wenn auch von der Dimension her enormer Anschlag auf die Juden wahrgenommen wurde, und andererseits der Staat Israel und seine aktuellen Feinde.

Schon Hannah Arendt hat die Tatsache beklagt, dass alle Teilnehmer am Projekt des Prozesses sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gerichtssaals und die Öffentlichkeit insgesamt das Phänomen des Massenmords an den europäischen Juden durch das Nazi-Regime in Begriffen zu fassen versuchten, die dem beispiellosen Charakter der Gräueltaten und ihrer vollkommen neuen Qualität nicht gerecht wurden. Und da sie „Eichmann“ und „Auschwitz“, den Nationalsozialismus und den Holocaust lediglich im Lichte ihrer eigenen, jüdischen Geschichte betrachteten, so Arendt, verstanden diejenigen, die den Prozess durchführten, und das Publikum diese Phänomene auch nur in den Begriffen der ältesten Verbrechen, die sie kannten, und erinnerten sie als „schrecklichstes Pogrom in der jüdischen Geschichte“; somit konnten sie „Auschwitz“ nicht im Sinne des neuen Phänomens eines mörderischen Totalitarismus im 20. Jahrhundert, als Verbrechen neuen Typs sehen, das nicht nur der Dimension nach, sondern in erster Linie seinem Wesen nach beispiellos war. Auf diese Weise, so legte Arendt dar, sei „keiner der Beteiligten je zu einem klaren Verständnis des wahren Schreckens von Auschwitz gelangt“.³⁴

Gleichzeitig wurde der aus der versuchten Vernichtung des jüdischen Volkes hervorgegangene und sich als dessen Antithese darstellende neue jüdische Staat als Rächer des Blutes von Millionen ermordeter Juden betrachtet („Wir, das souveräne jüdische Volk in Israel, rächen das Blut von sechs Millionen Juden“, sagte Ben Gurion) und so als nachträgliche Sinnstiftung

des Holocausts präsentiert. Dieser Staat interpretierte die Shoah als Teil des großen teleologischen Prozesses der Erlösung Israels, dieses weltlichen Wunders der Schaffung eines jüdischen Staates. Aus Ben Gurions Sicht diente der Prozess „weniger der Bestrafung eines besonders abscheulichen Kriminellen, sondern vielmehr der Darstellung einer *geheiligten Erfahrung* in der Geschichte Israels“.³⁵ Indem er den Prozess als ein historisches, fortdauerndes Moralschauspiel inszenierte, stellte Ben Gurion nicht nur die nachträgliche Beziehung zwischen der geschichtslosen israelischen Jugend und ihren ermordeten Großeltern her, er knüpfte auch die teleologisch unerlässliche Verbindung zwischen der Agonie und dem Tod der jüdischen Diaspora und der Gründung bzw. dem Existenzrecht des Staates Israel, einschließlich seiner alltäglichen Praxis, insbesondere der militärischen. So gab der Prozess dem Kampf gegen den arabischen Feind und dem Risiko, in diesem Kampf zu sterben, einen neuen Sinn – die nachträgliche Wiedergutmachung der Hilflosigkeit der Väter angesichts des nazistischen Feindes. Der eine Feind wurde mit dem anderen zusammengedacht. Die Landesverteidigung geriet zur heiligen Mission, die das ganze Gewicht der ultimativen Katastrophe zu tragen hatte. Und eine ganze Generation junger Israelis, für die der Prozess die erste, erschütternde Begegnung mit dem Holocaust war, die noch Jahre nachwirkte, lernte diese Lektion und prägte sie sich ein.

Weil „Auschwitz“ als Geschichte, als vergangene Wirklichkeit, als Symbol und Metapher so unvorstellbar und unbeschreiblich war, konnte es nun, auf ganz verzerrte Weise, zur rhetorischen Figur, zu einem leicht verfügbaren Gebrauchsartikel werden. Gerade aufgrund ihrer Nichtdarstellbarkeit wurden „Auschwitz“ und seine beispiellosen Täter zu Platzhaltern, die für die verschiedensten, ganz andersartigen historischen Ereignisse und Themen stehen konnten. Ein junger israelischer Satiriker brachte diesen verblüffenden Fall von Übertragung auf brillante Weise zum Ausdruck, als er in einer populären Fernsehshow während des jüngsten Besuchs des Bundespräsidenten in Israel ausrief: „Und es gibt doch ein anderes Deutschland – Frankreich!“

Götz Aly:

Ich bin 1947 in Heidelberg geboren. Das war unzerstört. Da gab es viele Amis. Die Kinder von denen hatten Spielplätze und Schaukeln, wir nicht. Wir durften da nicht hin. Das war beidseitig. Dann im Alter von 8 Jahren

³³ Interview mit Premierminister David Ben Gurion, Jedioth Acharonot, 31. März 1961

³⁴ H. Arendt: „Eichmann in Jerusalem“, S. 390, zitiert nach: I. Zertal „Nation und Tod“, Göttingen 2003, S. 229

³⁵ Hugh Trevor-Roper, „Behind the Eichmann Trial“, *Sunday Times*, 9. April 1961

sind wir nach Leonberg bei Stuttgart gezogen. Sie kennen es von dem Autobahndreieck her. Und da trafen wir uns ganz regelmäßig zum Spielen nach der Schule. Und die Verabredung lautete immer ganz klar und eindeutig: „Gan ge mer auf's KZle?“ Es hat sich niemand gestört an dieser geografischen Beschreibung, diesem Flurnamen, den das sozusagen hatte. Das hat uns auch niemand erklärt. Es stand da ein ziemlich robustes, rau verputztes Betonkreuz, gelblicher Rauputz. Ich glaube, es gab keine Inschrift, höchstens: „Den Opfern der Gewalt“. Und da trafen wir uns. Das erinnerte an ein Außenlager des KZs Nazweiler Strudhoff, das im Frühjahr 1944 im Engelberg-Tunnel angelegt worden ist. Die Häftlinge dort haben für Messerschmidt Flugzeuge gebaut. Das war das sogenannte Jäger-Programm. Ich habe erst vor einigen Jahren im Rahmen des Buches über die Deportation der ungarischen Juden nach Auschwitz, das ich mit Christian Gerlach zusammen geschrieben habe³⁶, davon erfahren. Da kommt dieses Außenlager Leonberg vor, weil man dorthin eben auch ungarisch-jüdische Häftlinge deportiert hat. Da zitieren wir die Aussage von einem Otto Robiscek³⁷ aus Oradea, dem heutigen Rumänien. Und er sagte, er hätte da 18 Stunden täglich in diesem Tunnel gearbeitet, hätte an Schlafmangel gelitten und sei von einem Zigeuner-Kapo misshandelt worden. Mein Mitautor hat dann darauf bestanden, dass aus dem Zigeuner-Kapo ein Roma-Kapo wurde. Dennoch, und das ist interessant, habe ich bis zum Beginn dieser Woche gedacht, dieses Lager Leonberg sei ein verhältnismäßig harmloses gewesen. Irgendwie hat sich in meinen Kopf festgesetzt, es habe so etwa 40 Tote gegeben. Tatsächlich waren es 373 Tote, die da in ganz kurzer Zeit im Frühjahr 1945 gestorben sind. Soviel also zum relativen Wert dessen, was man unter Historikern „Zeitzeugenschaft“ nennt.

In Leonberg hießen die kleinen roten Kracher, die wir zu Silvester angezündet haben, noch ganz normal „Judenfürzle“. Da gab es gar nichts. Auch die Weinreben, die wir heimlich geraucht haben, waren „Judenfürzle“. Wenn es in der Schule irgendwie laut zuzuging, ging es zu „wie in einer Judenschule“, und wenn es bei uns zu Hause unaufgeräumt war, sah es aus „wie bei den Hottentotten“. Das war eigentlich alles völlig klar. Und wenn Sie diesen Zustand nehmen, dann können Sie sagen, wir haben es heute irgendwie weiter gebracht.

Und es gab da noch allerhand Baracken, die während des Krieges mit Zwangsarbeitern gefüllt waren. Die eine Barackensiedlung hieß „Klein-

³⁶ Götz Aly und Christian Gerlach (2002): Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, Deutsche Verlagsanstalt: München.

³⁷ S. 382 Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma

Moskau“, die andere „Klein-Warschau“. Sie können daraus schließen, welche Zwangsarbeiter dort jeweils waren. Jetzt wohnten dort Flüchtlinge aus dem Sudetenland, die bald ausgetauscht wurden, weil sie in Neubauten zogen, gegen sogenannte Fremdarbeiter. Das waren die italienischen Arbeitsimmigranten, die dann dahin kamen. Nun könnte man denken, dass das eine Situation war, in der einfach das Leid der anderen völlig verdrängt wurde und dem eigenen Leid, dem Selbstmitleid, Tür und Tor geöffnet wurden. So habe ich das überhaupt nicht in Erinnerung. Ziemlich nebenan auf der Anhöhe an der Solitude über Stuttgart wuchs der Trümmerberg aus der weithin zerstörten Stadt. Es gab – ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern – keine Trauer über die vernichteten Baudenkmäler, über die Bombenopfer, sondern wir bewunderten diesen Berg. Er wurde immer größer, sozusagen im Vollgefühl des Trümmerstolzes, nach dem Motto „hau weg den Dreck“. Und so hießen diese Berge ja auch in Deutschland. In Stuttgart hieß er Monte Scherbelino, in Berlin Mont Klamott. Die wenigen unserer Lehrer und auch Verwandten, die über die Soldatenzeit sprachen, sprachen darüber in launiger Weise. Einer unserer Lehrer beschrieb den Krieg immer als „Reiseunternehmen des kleinen Mannes“ und als Zeit, in der es sehr viele glückliche Fügungen und allerhand seltsame Überraschungen gegeben hätte, die man sonst im Leben auf keinen Fall erlebt. Niemand sprach damals von den Schrecken des Krieges. Für mich hat sich das 1960 geändert, also im Alter von 13 Jahren, und zwar bei den christlichen Pfadfindern. Unser „Stammesführer“ – so hießen die, der hatte wirklich diesen Titel, wir hatten damals auch noch Gaue und Gauführer bei den Pfadfindern – trug am Lagerfeuer, und das war noch weit vor dem Auschwitz-Prozess, Zeugenaussagen über die Massenerschießung der Kiewer Juden vor, also die Erschießung von 33.000 Menschen an der Schlucht von Baby Jar. Es geschah völlig zusammenhanglos. Es hat uns vorher und nachher keiner erklärt. Aber ich kann mich heute auch an Details ganz genau erinnern.

Eine andere Geschichte: Genau in derselben Zeit auf der Schwarzwaldhütte meines Großvaters fanden wir in einem Zwischenboden das gerahmte Bild Hitlers, „Mein Kampf“ und einen SA-Dolch. Das gehörte meinem Großvater. Er hatte es da offensichtlich versteckt in Erwartung besserer Zeiten. Wir brachten ihm das und wir wurden, was es sonst nie gegeben hat und auch völlig ohne Erklärung, wegen dieses Fundes in ein Café zu Kakao und Kuchen eingeladen. Wir sind dann nach München umgezogen, zu Beginn der Oberstufe. Es waren junge CSU-Lehrer, die uns dort in aller Systematik und Direktheit aufgeklärt haben. Wir haben sämtliche Filme von Erwin Leiser zu sehen bekommen, insbesondere die über das Warschauer Ghetto. Und natürlich hat das auch bei mir zu Hause zu der Frage geführt, die ja bei vielen meiner Generation eben im Eklat mit den Eltern endete: „Ihr habt das

gewusst. Ihr müsst das gewusst haben“. Das hat eigentlich das Verhältnis zu meinen Eltern über Jahrzehnte zerstört. Am wenigsten über die NS-Zeit erfuhr ich, bzw. habe ich mir selbst angeeignet, während der Studenten-Bewegung. Ich war Aktivist derselben. Und es war ganz einfach so, dass wir alle Leute, die uns irgendwie nicht passten, als Faschisten bezeichneten, die USA ja in toto, „USA, SA, SS“ war der mit Abstand beliebteste Slogan des deutschen Protestes gegen den Vietnam-Krieg, des gesamtdeutschen Protestes gegen den Vietnam-Krieg, kann man durchaus sagen. Ich erinnere mich, dass das durchaus ein Berührungspunkt mit unseren nazistischen Eltern gewesen ist. Wir kannten uns als Teil einer politischen Bewegung, wussten alles besser und hingen Revolutionsvorstellungen an, die den so bezeichneten Massen mit Gewalt zum Glück verhelfen sollten. Ich selbst habe im Mai 1971 den Re-Immigranten Richard Löwenthal – natürlich in einem anonymen Flugblatt, vieles ist anonym damals geschrieben worden und deswegen braucht sich auch heute keiner mehr dafür verantwortlich zu erklären – ich habe ihn jedenfalls als reaktionäres Schwein bezeichnet, das unbedingt, und das wurde dann da auch zeichnerisch dargestellt, auf den Misthaufen der Geschichte gehöre.

Je länger ich heute über die 68er Bewegung nachdenke, desto mehr sehe ich die Studentenbewegung als Ausläufer des Zeitalters des Totalitarismus, mich und meine damaligen Mitstreiter als aktionistische und hochideologisierte Wiedergänger unserer Eltern. Ich war noch relativ glücklich dran, weil wir damals schon Kinder hatten. Ich führte ein Kadergespräch und wurde aber nicht genommen. Mit den Worten eines heute bedeutenden Professors und einer NDR-Journalistin, die das Kadergespräch geführt haben: „Leute mit Kindern können wir für die Revolution nicht gebrauchen.“ Das war also Glück.

Für mich als Historiker heute ist diese totalitäre Welterfahrung eines der wichtigsten Hilfsmittel zur Analyse des 20. Jahrhunderts. Es ist eigentlich das Wichtigste, was ich gelernt habe.

Wenn man sich für die heutige Gedenkpraxis der Generation interessiert, die den Zweiten Weltkrieg noch mitgemacht hat, also, meiner Eltern, unserer Lehrer, dann ist man ganz gut versorgt, wenn man die Frankfurter Allgemeine Zeitung liest, und zwar nicht den redaktionellen, sondern den nichtredaktionellen Teil mit den Todesanzeigen. Da haben wir immer diese schönen Eisernen-Kreuz-Anzeigen. Wenn man beispielsweise den 14. Februar dieser Woche nimmt, dann ist das eigentlich alles recht harmlos. Da wird an einen Dr. Ernst Kegel erinnert, der in der Dresdner Bombennacht offenbar als 70-jähriger ums Leben kam. Das erfährt man allein aus dem Todesdatum

und dem Todesort. Es ist völlig wortlos. Darunter waren dann drei Anzeigen mit dem Eisernen Kreuz. Da gedenkt ein älterer Herr eines 24-jährigen Majors der Reserve, der nicht weit von Dresden im Reserve-Lazarett, wie es heißt, Teplitz-Schönau Sudeten, ums Leben kam. Natürlich ist diese Ortsbezeichnung Sudeten völliger Quatsch. Die hat es nie gegeben. Teplitz hieß in den zwanziger Jahren Teplitz-Böhmen im Unterschied zu Teplitz-Mähren. Sudeten, der Begriff Sudeten-Land, ist ein Begriff, der überhaupt erst mit der Nazipolitik in die deutsche Sprache gekommen ist. Sie finden den Begriff in einem Lexikon der zwanziger Jahre nicht. Ich bevorzuge auch heute den schönen, alt-österreichischen Begriff Böhmen, der die Sache sehr viel besser und vernationalistisch definiert. Die nächste in-memoriam-Anzeige erzählt uns von Alfred Fleckenstein. Er starb als Neunzehnjähriger. Sein Zwillingsbruder schreibt: in den Beskiden Ost-Oberschlesien. Und er sei auf dem Friedhof in Buschkowitz begraben, das danach, so heißt es in der Todesanzeige, Polnisch-Bukovice geheißen habe. Man könnte jetzt denken, der Ort gehört in das Ost-Oberschlesien, das vom Versailler Vertrag abgetrennt wurde, nein, nein. Buschkowitz gehörte bis 1918 zum Habsburgischen Galizien, dann zur Republik Polen und ist erst 1939 von Deutschland annektiert worden. Dann sind im Herbst 1940 aus dieser kleinen Ecke der Beskiden 17.413 Polen deportiert worden, um Platz zu machen für 800 deutsche Bergbauernfamilien, 800. Das Aussiedlungsverhältnis war 1:4 (!), vier polnische Familien für eine deutsche. Die vierte mit dem Zweiten Weltkrieg verbundene Traueranzeige in der FAZ dieser Woche ist einem jungen Bremer Leutnant gewidmet. Von seinem Neffen, der ihn wohl nie gekannt hat, und das ist der Einzige, der einen Schnörkel anhängt, der etwas Persönliches bedeuten soll, nämlich „in dankbarem Gedenken“.

Wir haben ja im Moment in Deutschland diese Debatte, was sollen wir mit dem Kriegsende tun. Sollen wir auch der deutschen Toten gedenken? Natürlich. Es gibt doch da überhaupt keine Frage. Wir müssen dieser eigenen Opfer gedenken, sonst hat das ganze andere, was die Deutschen den anderen angetan haben, ja überhaupt keinen historischen Bezugspunkt. Es ist ganz ausgeschlossen, das nicht zu tun. Und es ist auch nicht schwierig, das in vernünftiger Weise zu tun. Unser Bundeskanzler hat das etwa am Grabe seines Vaters Fritz in Rumänien vorgeführt. Das ist möglich. Und ich meine, wir sollten das überall, wo das ansteht, auch machen. Es gibt gar keine Schwierigkeit, dafür die richtigen Worte zu finden. Natürlich gibt es Grenzen, und gerade, weil wir im Auswärtigen Amt sind, will ich über eine dieser Grenzen sprechen. Über dem Gardasee liegt der deutsche Soldatenfriedhof Costa Mano mit einigen Zehntausend deutschen Soldaten, die dort sozusagen versammelt worden sind vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge. Und es ist die Aufgabe des deutschen Generalkonsuls in Mailand, dort all-

jährlich einen Kranz niederzulegen am Volkstrauertag. Im Jahr 1988 hat sich unser Generalkonsul in Mailand geweigert, das zu tun, und zwar, wie ich finde, mit Recht. Er hat das demonstrativ getan. Der Mann heißt Manfred Steinkühler. Er ist längst im Ruhestand. Dieser deutsche Generalkonsul hatte erfahren, dass auf diesem Friedhof Christian Wirth liegt. Christian Wirth ist durch Partisanen erschossen worden in der Nähe von Triest. Das war der erste Leiter des Vernichtungslagers Belzec, und dann der Inspekteur der „Aktion Reinhard“, also zuständig für die Sonderkommandos der SS in den Lagern Sobibor und Treblinka. Der deutsche Generalkonsul hat gesagt: „Für diesen Mann lege ich keinen Kranz nieder. Und entweder machen wir das deutlich oder es geschieht nicht“. Das Auswärtige Amt in der Ära Genscher hat sich entschieden, die Sache von oben aus, von einem willigen anderen Beamten erledigen zu lassen. Mich würde interessieren, wie Sie heute hier im Auswärtigen Amt das Problem Costa Mano/Christian Wirth regeln. Zwar war es durchaus Zufall, ob man als Siebzehnjähriger 1944 bei der Wehrmacht oder bei der Waffen-SS landete. Wir können das nicht unterscheiden, wenn wir an die Kriegstoten erinnern. Ein Maler wie Bernhard Heisig war bei der Waffen-SS und hat uns deswegen die besten Kriegsbilder gemalt. Er kam als Siebzehnjähriger dahin. Aber es gibt Grenzen. Und Costa Mano/Christian Wirth bezeichnet eine solche Grenze. Es würde mich interessieren, wie damit heute umgegangen wird.

Wenn man sich die Gedenkstättenlandschaft in Berlin, wie man das so barock und merkwürdig nennt, anschaut, dann ist das, obwohl sie gerade durch eine Bundesstiftung bestärkt worden ist, ziemlich enttäuschend. Ich habe mich in Vorbereitung auf diese heutige Sitzung noch mal informiert. Ich bin also in den letzten Tagen durch das Haus der Wannsee-Konferenz gegangen, durch die Gedenkstätte deutscher Widerstand in der Stauffenberg-Straße. Natürlich war die Gedenkstätte deutscher Widerstand das Erste, was wir an Gedenkstätten hier hatten. Fangen wir aber mit der Topographie des Terrors an. Dass wir da Probleme haben mit dem Neubau, brauchen wir hier nicht zu erörtern. Die Ausstellung in der Topographie ist siebzehn Jahre alt. Obwohl diese Topographie des Terrors glänzend mit Angestellten und Etat ausgestattet ist, ist seit siebzehn Jahren nicht ein einziges Bild an dieser Ausstellung verändert worden. Das letzte Buch, das die gemacht haben, ist von 1991. Der Katalog in 14 Auflagen ist faktisch niemals geändert worden. Die letzten Literaturangaben, die hier empfohlen werden, sind aus dem Jahr 1987. Wenn Sie dann in den Informationscontainer dort gehen, dann erhalten Sie zwei Bröschüren in so einem Komsomolzen-Layout, sonst nichts. Es gibt keinen Büchertisch, keinen Museums-Shop, nichts. Übrigens können Sie in keiner dieser Berliner Gedenkstätten ein einziges vernünftiges Buch über den Holocaust, über das Dritte Reich kaufen,

sondern immer nur, was diese Gedenkstätten selbst gemacht haben, also z.B. die eigenen bürokratischen Jahresberichte mit Bildchen der Beteiligten: Was haben wir alles geleistet, wie weit haben wir es gebracht, usw. Es präsentiert sich auch die gewerkschaftliche Selbstorganisation der Gedenkstätten-Mitarbeiter mit einem Gedenkstätten-Rundbrief. Dann gehen Sie nach unten, schauen sich diese Ausstellung an, die wie gesagt, völlig unverändert ist. Vorne haben Sie ein Viertel, sagen wir mal ein Fünftel, hinten ein anderes Fünftel, das erzählt die Baugeschichte des Ortes: Da war also mal ein Park von Lenné, und der Architekt hat da ein Schlösschen gebaut usw. Hinten werden die Trümmer gezeigt, es war alles zerstört. Damit ist mehr als ein Viertel des Platzes weg. Ein weiteres Viertel des Platzes wird für prominente Deutsche beansprucht, die in diesem Hausgefängnis entweder länger oder für ein paar Stunden sicherlich schrecklich misshandelt worden sind. Das sind Helden unserer Nation. Das ist überhaupt keine Frage. Darauf kommt es mir überhaupt nicht an. Aber Sie sehen in dieser Ausstellung ungefähr siebzig Köpfe, 35 von denen sind sehr gut und 35 sehr schlecht und böse. Aber was der Sicherheitsdienst der SS nun wirklich gemacht hat, dafür bleibt höchstens eine Hälfte des Ausstellungsraumes. Die Deportation von 400.000 ungarischen Juden hat den gleichen Platz wie eine kleine Karte des Parks von Lenné. Die Vernichtungslager, die ja vom SD betrieben worden sind, die kommen überhaupt nicht vor in dieser Ausstellung, also Sobibor, Treblinka, Belzec, das gibt es nicht dort. Das alles ist völlig disproportioniert. Diese Ausstellung ist sozusagen ein Denkmal ihrer selbst. Das war eben zu Beginn der 80er Jahre der Stand unseres deutschen Bewusstseins. Das war sozusagen die Spitze des aufklärerischen Fortschritts. Heute ist sie das nicht mehr. Und die Ausstellung müsste längst geändert werden. Wenn so getan wird, als wäre das irgendwas Besonderes, dann ist das völliger Quatsch. Wenn Sie im Holocaust Memorial Museum in Washington sind, dann haben Sie da eine sehr viel breitere, sehr viel genauere, präzisere Information und im Übrigen eine sehr viel bessere Betreuung. Sie erfahren dort auch alles über den Fortschritt der deutschen Forschungen. Dort können Sie Bücher einkaufen. Sie können sich versorgen. Das können Sie an keiner Berliner Gedenkstätte.

Ich kam zum Haus der Wannseekonferenz und geriet erst in eine Führung. Da wurden also in Sobibor, wo sozusagen alle, die ankamen, sofort vergast worden sind, wenn man der Führerin folgte, die Leute zur Arbeit selektiert. Und Einige wurden dann eben auch geduscht, ja richtig geduscht, so die Führerin. Ich habe mir gedacht, um Gottes Willen, wo bin ich hier gelandet? Ich bin dann zu einer anderen Führung gegangen. Und das stimmte mich wieder versöhnlich. Es war großartig. Ich bin glücklich, dass das in Deutschland passiert. Da waren Berliner Polizisten des unteren

Dienstes, etwa 40, die dort für einen Tag fortgebildet wurden. Sie wurden von einem Herrn Dr. Klein, der an der zweiten Wehrmachtausstellung mitgearbeitet hat, in einer glänzenden Weise durch zwei Räume geführt. Es wurde Ihnen sehr viel erklärt. Diese Polizisten, darunter viele aus Ost-Berlin, waren den Tränen nahe und völlig geschockt. Also, es geht auch anders. Dann haben wir diese Gedenkstätte in der Stauffenberg-Straße. Da sehen Sie diese schreckliche Geschichtsfeigheit, mit der wir uns hier herum-schlagen. Natürlich wissen wir ganz genau, was es mit dem Widerstand auf sich hatte. Das war in Deutschland das Einzige, was wir hatten an Widerstand. Wir können uns den nicht aussuchen. Er war so. Und natürlich sind diese Leute zu würdigen und nicht als reaktionäre Offiziers-Clique, wie es in der DDR geschehen ist, zu diskreditieren. Wenn ein Mann wie Erich Höppner, Panzergeneral, der von Hitler abgesetzt worden ist im Winter 1941, weil er Moskau nicht erobert hat, wenn dieser Mann 1944 am 20. Juli hingerichtet wurde, dann verdient er, dass das dort dargestellt und erwähnt wird. Aber dass dieser selbe Mann im Sommer 1941 in der Sowjetunion die ekelhaftesten antijüdischen Befehle ausgegeben und unterschrieben hat, darf man doch in einer solchen Ausstellung nicht unterschlagen. Das geschieht dort auf Schritt und Tritt. Auf Schritt und Tritt werden die Biographien geglättet hin zu etwas, was angeblich ganz einfach ist. Und dann entstehen verrückte Konstellationen. Sie haben dort z.B. einen Raum der Sinti und Roma. Aber es ist ja völlig verrückt, wenn wir anfangen, alle deutschen Opfer unter deutsche Widerständler zu subsumieren. Der einzige Ort, wo Sie in Berlin etwas über die Menschen erfahren, die als Zigeuner diskriminiert und verfolgt wurden, ist das deutsche Widerstandsmuseum in der Stauffenberg-Straße. Am Wannsee kommen die logischerweise nicht vor und in der Topographie des Terrors nur mit so einer kurzen, unterbelichteten Plakette. Das hat ein groteskes Eigenleben. Dann steht da, es hätte 500.000 Opfer gegeben unter den Sinti und Roma. Das ist einfach nicht wahr. Es sind nicht 500.000 ermordet worden. Romani Rose³⁸ will diese Zahl, er will die halbe Million, weil die halbe Million irgendwie zu den 6 Millionen besser passt, 140.000, das nimmt sich nicht gut aus. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Herrn Steinbach steht da also 500.000, während die Bundesregierung gleichzeitig versucht, diese Zahl aus dem Denkmal, das für die Sinti und Roma im Tiergarten errichtet werden soll, herauszubringen.

Wo liegt eigentlich das Problem? Dieser Ansammlung von Gedenkstätten fehlt ein Anker. Nirgends in Berlin erfahren Sie etwas über den Nationalsozialismus. Sie erfahren nur über ganz segmentierte Dinge etwas,

von Widerstand und extremem Terror. Dazwischen ist nichts gewesen. Es gibt seit 25 Jahren z.B. eine zweibändige Geschichte „Der Nationalsozialismus in Stuttgart“, ganz glänzend. Über Berlin gibt es nichts, nichts, nichts. Es gibt hier keine Ausstellung, in der Sie lernen, wie das war mit der Volksgemeinschaft. Warum haben die das gemacht? Wie hängt das mit dem anderen zusammen? Und dieses immer weitere Segmentieren der Erinnerung führt zu einem absoluten Geschichts- und Aufklärungsverlust. Langer Rede kurzer Sinn: Ich glaube, dass diese Institutionen, so wie sie sich entwickelt haben, bei allem Engagement, was in ihnen steckt und zu würdigen ist, in Berlin heute gegenaufklärerisch wirken, weil sie die geschichtlichen Zusammenhänge zerstören. Sie informieren nicht, woher denn der Nationalsozialismus seine ungeheure Popularität in Deutschland bezogen hat, wie das überhaupt zustande kam. Wie es überhaupt möglich war, dass 17 Millionen Männer bis zum Kaukasus marschieren und bis zum Nordkap, und was dafür die Voraussetzungen waren. Und um das Ganze zu kontextualisieren und verständlich zu machen: Wenn Sie in Köln in das ehemalige Gestapo-Haus gehen, dann erfahren Sie erst mal ganz viel über Köln im Nationalsozialismus, wie die Volksgemeinschaft funktioniert hat, wie die katholische Kirche sich verhalten hat, wie sich ein katholisches Waisenheim mit jüdischen Möbeln, also mit von Juden enteigneten Möbeln versorgt hat. Das erfahren Sie alles.

In Berlin finden Sie dazu nichts. Kein Wort, auch kein Wort über Arisierung. Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen. Über die wichtigsten Aspekte des Nationalsozialismus und wie es überhaupt dazu kam, finden Sie nichts. Und bis heute drückt sich Deutschland, an einer Stelle klar zu erklären: Was war der Nationalsozialismus? Wie gehört er in die deutsche Geschichte? Und wie muss das Ganze „einsortiert“ und dargestellt werden? Diese Aufgabe steht eigentlich an. Ich fürchte freilich, dass, so wie das Ganze organisiert ist, selbstzufrieden und mit immer denselben Beiräten, die sich angeblich gegenseitig kontrollieren, in diesem etwas halb gewerkschaftlichen, halb uninteressierten Gedenkstätten-verwalteten Zustand, daraus nichts wird und das eigentliche Ziel, die Aufklärung, verfehlt wird. Man dürfte ja entscheidenden, auch schwierigen geschichtlichen Fragen nicht aus dem Wege gehen. Man müsste ja auch über den Krieg und dann auch über den Bombenkrieg sprechen, usw. Doch der Verbindung von verschiedenen Phänomenen, die zu der ganzen Kriegszeit gehören, wird systematisch und geschichtsfeige, wie ich das nenne, ausgewichen. Damit wird der Rechtsradikalismus eher begünstigt als bekämpft. Danke.

³⁸ Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma

Rudi-Karl Pahnke:

Ich will mal eine Parallele ziehen. Ich war 1955 in Ost-Berlin in einer illegalen Gruppe der christlichen Pfadfinderschaft, die sich der Deutschen Jungenschaft zugehörig fühlte. Ich war zwölf Jahre alt und habe in dieser Gruppe ähnliche Erfahrungen gemacht wie Sie. Und da habe ich angefangen, mich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Das war einerseits familiär bedingt. Meine Familie war völlig zerspalten. Da gab es permanent Streit zwischen den Leuten, die in der SA und Nazis waren, und einer Großmutter, die jüdische Wurzeln hatte.

1968 ist ein anderes Stichwort, da will ich auch mal anknüpfen. Damals marschierten die Russen in Prag ein mit ihren Panzern und setzten die Reformer ab. Ich habe das alles mitverfolgt als Student an der Humboldt Universität. Für uns war Prag das Stichwort für '68. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte war mit der Frage verknüpft, ob deutsche Soldaten, die NVA-Soldaten, mit in die Tschechoslowakei einmarschieren oder nicht. Also es gibt da interessante Parallelen, aber auch gravierende Unterschiede zu Westdeutschland. Das ist ganz deutlich. Ich war seit 1970 Pfarrer der Evangelischen Kirche, vor allem Jugendpfarrer in Prenzlauer Berg, dann Dozent in der Ausbildung für Sozialpädagogen bei der Kirche und danach verantwortlich für die Jugendarbeit der Evangelischen Kirche zum Ende der DDR hin. Alles, was da von kirchlicher Seite, evangelischer Seite, passiert ist, war sozusagen in meinem Verantwortungsbereich. Dann war ich einige Jahre Studienleiter an der Evangelischen Akademie und habe begonnen, die Beziehungen nach Israel aufzubauen. Im Rahmen der Evangelischen Akademie habe ich ein Institut aufgebaut, um vor allem Leute aus dem Osten auf Begegnungen vorzubereiten, ihnen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die sie brauchen, um die deutsch-israelischen Beziehungen zu vertiefen. Diese Arbeit mache ich heute noch.

Meine Erinnerung zu unserer Thematik setzt eigentlich 1955/1956 ein. Als Erstes begegnete mir während der Suez-Krise die Bezeichnung Israels als „Brückenkopf des Imperialismus“. Das hat sich bei vielen Leuten bis heute festgehakt. Dieselben Worte begegneten mir also immer wieder. 1967 z. B., angesichts des 6-Tage-Krieges, da war es das entscheidende Stichwort. Wir sollten als Studenten eine Resolution unterschreiben gegen Israel. Ich weiß nicht genau, wohin die gehen sollte, aber sie war wahrscheinlich mehr eine Ergebnissadresse an die Staatsführung. Uns wurden auch Sanktionen angedroht, wenn wir das nicht unterschreiben. Viele Kommilitonen haben damals nicht unterschrieben. Unter den akademischen Lehrern, die das mitgetragen haben, waren auch einige Theologie-Pro-

fessoren. Kaum erkennbar war, und das, finde ich, ist ein gravierender Punkt, in der Propaganda und Agitation der DDR, dass Israel irgend etwas mit der deutschen Geschichte und mit dem in der DDR beschworenen Anti-Faschismus zu tun hat oder dem europäischen Judentum, das Nazi-Deutschland vernichtet hat. 1973, als ich Jugendpfarrer in Prenzlauer Berg war, überschlug sich die Propaganda gegen Israel aufs Neue. Es war die Zeit des Jom-Kippur-Krieges. 1975, zwei Jahre später, als in der UNO der Zionismus als Rassismus verurteilt wurde, waren Pfarrer von Berlin eingeladen zu einem Symposium mit Staatsvertretern nach Hessenwinkel bei Berlin, einem besonders schönen Ort. Die SED-Funktionäre hatten sich im Vorfeld plötzlich mit Theodor Herzl beschäftigt. Sie haben „Der Judenstaat“ gelesen und wollten, dass Israel jetzt von der gesamten Pfarrerschaft verurteilt wird. Wir sollten mit einstimmen oder zumindest stillhalten. Einige taten sich, wie üblich, im Sinne der Erwartung des Staates hervor. Andere in dieser Frage Engagierte verweigerten ihre Zustimmung und widersprachen. Es gab heftige Diskussionen. Die Propaganda der DDR war undifferenziert anti-israelisch. Dabei blieb vieles ausgeblendet. Einen Höhepunkt erreichte die Propaganda 1982 während des Libanon-Krieges und in der Zeit der ersten Intifada. Beim Camp-David-Abkommen hat es Differenzierungen gegeben. Aber Israel war und blieb in der Propaganda, man kann sich drehen und wenden wie man will, ausschließlich der abscheuliche Aggressor, der das um seine Freiheit kämpfende palästinensische Volk unterdrückt. Am Ende der DDR zeichnete sich eine neue Tendenz ab. Honecker wollte nach Amerika reisen, und er hatte die Absicht, das, was die SED damals die jüdische Lobby nannte, für sich zu benutzen. Deshalb wurden auch die Pläne zum Wiederaufbau der Synagoge in der Oranienburger Straße konkretisiert und verwirklicht. Das ist der eine Teil der Erinnerung.

Über das Judentum wurde nach meiner Erinnerung in der DDR-Schule kaum gesprochen. Allenfalls darüber, dass Hitler die Juden umbringen ließ. Dies war wohl auch bei einem großen Teil der ehemaligen DDR-Bevölkerung alles, was sie über das Judentum wussten. Man hatte keine äußere Veranlassung zu fragen. In den Familien, auch in den Kirchen, wurde geschwiegen. Ich beispielsweise bin 1957 von einem Pfarrer konfirmiert worden. Der war ein netter Mann. Der saß mit meinem Vater und meiner Großmutter zusammen. Mein Vater hatte kommunistische Neigungen vor 1933. Nach '45 nicht mehr, da hat es so einige Ereignisse gegeben mit Russen und meiner Mutter. Die hatten ihn überzeugt, dass der Kommunismus vielleicht doch nicht die ganz richtige Weltanschauung ist. Er war dann zum Zyniker geworden. Er und meine Großmutter mit ihrer Geschichte saßen mit Pfarrer Walter Steiner zusammen. Jahre später, ich glaube 1994, habe ich in einer Ausstellung das Bild dieses Mannes wieder entdeckt. Er war ein führender „deutscher Christ“

und SA-Mann. Mit seinem SA-Sturm, das ist auch dokumentiert, hat er die Synagoge am Fränkel-Ufer in Kreuzberg zerstört. Und der hat mich konfirmiert. Der saß in unserer Familie. Das war ein Schock. So war es mit dem Schweigen der Kirche, auch in dieser Sache.

Wo ist das Gedächtnis gewesen auch für den Holocaust, die Shoa? Die Kirchen haben da eine Rolle gespielt, zumindest eine Reihe von Leuten. Von der Aktion Sühnezeichen kann man hier reden. Sie ist 1957/58 entstanden und hat das Thema aufgenommen. Von engagierten Menschen ist es weitergetragen worden hin zu der jungen Generation. Mit meinen Konfirmanden bin ich zum Beispiel in der Synagoge in der Riekestraße gewesen. Ich war in Prag in der Alt-Neu-Synagoge. Ich war in der Nähe der Beskiden, von denen Sie gesprochen haben, in der Nähe von Zakopane. Da haben wir einen Davidstern, einen Stein aus einer Synagoge gefunden. Man hatte die Steine, das Geröll genutzt, um die Wege zu befestigen. Und dann sprachen wir in der Gruppe, in der ich da war, über uns. In meiner Jugendgruppe war der Enkel von Heydrich. Der hat plötzlich erzählt, wie er sich mit dieser Geschichte quält. Das heißt, hier hat es eine Bearbeitung oder eine Thematisierung all dieser Dinge gegeben. Und das war wichtig für uns alle. Wir sind da ein Stück weitergekommen für uns.

An die Geschichtsvermittlung in der DDR muss man sehr kritische Rückfragen stellen. Vor einigen Jahren machte ich in der Nähe von Berlin den Versuch, mit einem Skinhead zu reden. Er erklärte mir nach sehr kurzer Zeit, dass er Ausländer und Juden eklig findet. Ich fragte ihn, ob er wisse, was Juden seien und ob er welche kenne. Das verneinte er, verwies aber auf Israel. Das weiß man doch, das weiß man doch! Hier schloss sich der Kreis für mich. Die DDR-Propaganda gegenüber Israel und den Juden hatte eine begründende Funktion für rechtsextreme politische Einstellungen. Ich fragte noch einmal nach, was er in der Schule über Israel erfahren hätte. Da sagte er nur: Kapitalisten-Pack. Das brachte mich nun dazu, einmal genauer nachzuschauen, was in den Geschichtsbüchern der DDR steht, z.B. zum Thema Shoa. Im Geschichtsbuch der 9. Klasse, 1970, fünfte Auflage, das sich im Wesentlichen nicht mehr verändert hat, heißt es, ein besonders schweres Los hatten die Kommunisten, Antifaschisten und aus rassischen Gründen Verfolgten, vor allem Juden, die von den Faschisten in den Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden. Hunderttausende sowjetische Bürger kamen zu den Häftlingen aus allen Teilen Europas, aber auch Deutschlands hinzu. Über 8 Millionen Menschen der verschiedenen Nationen und Klassen, in erster Linie Arbeiter, Kommunisten, Sowjetbürger, progressive Angehörige der Intelligenz und Juden wurden in den Konzentrationslagern ermordet. Diesen Satz muss man mal auf sich wirken lassen und fragen, was er bewirkt.

Er beinhaltet eine schlimme Geschichtsklitterung. In den Gedenkstätten der ehemaligen KZs auf dem Boden der DDR fehlt die besondere Erwähnung der ermordeten jüdischen Menschen auf den Gedenksteinen. Sie sind da nur Angehörige eines der betroffenen Völker. Man konnte sich, das ist die andere Seite, in der DDR über das Judentum, seine Sitten und Gebräuche, seine Geschichte informieren. Wenn man wollte, konnte man sehr viele Sachen lesen. Auch ist sehr viel an jiddischer und jüdischer Literatur erschienen. Aber eine äußere Veranlassung, z.B. durch die Schule, hatte man nicht. Man konnte an alledem vorüber gehen, ohne äußere oder innere Nötigung nachzufragen, was denn die in der DDR lebenden Deutschen mit der Vernichtung der Juden zu tun hatten. Ob es hier auch kleinere oder größere Nazis gegeben hat, ob diese Bevölkerung, diese 16 oder 17 Millionen, etwas mit dieser deutschen Geschichte zu tun hatten. Der Mythos Antifaschismus war der Schild, der vor der intensiven Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte schützte und der als Legitimation der anti-israelischen Politik der DDR diente. Im letzten Jahrzehnt der DDR haben Christa Wolf mit „Kindheitsmuster“ und Franz Fühmann mit seiner schonungslosen Selbstenthüllung eine andere Umgangsart mit der Geschichte eingeleitet. Beides aber kam in der DDR-Wirklichkeit nicht mehr zum Tragen, hatte also keinen Einfluss auf Propaganda und Bildungsprozesse. Der verordnete Antifaschismus verhinderte die Selbstauseinandersetzung. So konnte man zur eigenen Entlastung die eigenen Anteile an dieser Geschichte auf die andere Seite projizieren. Das war sehr gut, sehr bequem. 1994 saß ich abends in Haifa auf den Stufen des Karmelberghauses mit einem wirklich sehr netten jungen Mann aus Berlin zusammen. Wir versuchten die ersten Schritte im Erlernen der hebräischen Sprache zu gehen und sprachen über unsere Erfahrungen. Plötzlich sagte er, dessen Mutter eine Professorin für Geschichte an der Humboldt-Universität war, zu mir: „Ich muss dir gestehen, dass ich bis vor zwei Jahren noch nicht wusste, dass Israel etwas mit Juden zu tun hat.“ Man hatte keine Veranlassung, sich mit diesen fundamentalen Zusammenhängen auseinander zu setzen.

Joscha Schmierer:

Mir ist an Frau Zertals Referat vor allem aufgefallen, wie schwierig es ist, zweierlei Formen des Gedenkens zusammen zu bringen: den Versuch, die heroische Geschichte des Aufbaus Israels und die jüdische Leidensgeschichte zu verbinden, und eben auch die Gefahr, eine Situation auf die andere zu übertragen und damit der aktuellen Situation nicht gerecht zu werden. Götz Aly hat auf die merkwürdige Gleichgültigkeit der Nachkriegszeit gegenüber dem, was eigentlich geschehen war, hingewiesen. Monte Scherbelino

war da das Stichwort. Und dann das Ausweichen vor der Geschichte bis in die Gedenkstätten hinein.

Richard Herzinger:

Ich würde gerne anknüpfen an das, was Micha Brumlik ganz am Anfang gesagt hat. Möglicherweise werde das, was wir hier besprechen, von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr geteilt. Ich würde etwas ketzerisch weiterfragen, ob das überhaupt jemals der Fall gewesen ist oder ob man sich da nicht einer gewissen Selbsttäuschung hingegeben hat, weil eben das Gedenken oder das Erinnern seit den späten 70er Jahren zu so etwas wie einer offiziellen Staatsräson der Bundesrepublik geworden ist. Und ob sich dadurch nicht, ich verweise auf eine sehr interessante Studie von Harald Welzer und anderen „Opa war kein Nazi“ (Frankfurt am Main 2002), eine Kluft aufgetan hat zwischen der offiziellen Rhetorik und dem, was man offiziell zum Konsens erklärt hat einerseits, und andererseits dem, wie in der Gesellschaft über die Vergangenheit gesprochen worden ist. Welzer fand, stark verkürzt, heraus, dass die meisten Befragten selbstverständlich die Dimension der deutschen Verbrechen nicht in Abrede stellten. Aber sie hatten in ihrer Familie andere Geschichten gehört. Und es stellte sich dann heraus, dass nach dieser Befragung – ich zitiere aus dem Gedächtnis – vielleicht um die 7% wirklich Nazis waren und 27% irgendwie Widerstandskämpfer waren und ein weiterer Prozentsatz höchst widerwillig mitgemacht hat. Es wurde nicht generell geleugnet, dass Deutschland, auch die deutsche Volksgemeinschaft, da mitgemacht habe, aber die eigenen Vorfahren, die waren doch etwas anderes. So hat sich eine große Kluft aufgetan zwischen dem, was wir offiziell verlautbaren, und dem, was tatsächlich in der Gesellschaft hängen geblieben ist, bzw. wie es verarbeitet worden ist. Ich spreche nicht von offenem Geschichtsrevisionismus, der sich jetzt wieder heftiger artikuliert, sondern von der Haltung: Wir wissen das ja, wir haben das aufgearbeitet. Jetzt sind wir Spezialisten im Erinnern und müssen uns von niemandem mehr belehren lassen. Und eine letzte Bemerkung noch. Es gab große Aufregung wegen der NPD und dem Begriff Bomben-Holocaust. Dabei ist dieser Begriff Holocaust natürlich seit Jahrzehnten in der deutschen Diskussion immer wieder in völlig geschmacklose Zusammenhänge gestellt worden. Ich erinnere an die Friedensbewegung in den 80er Jahren, es drohe ein nuklearer Holocaust. Es ist eigenartig, dass erst jetzt solche Aufregung entstand, wo gewissermaßen konsequent nun auch die Neonazis den Begriff entdeckt haben.

Micha Brumlik:

Ich habe eine Frage an Idith Zertal. Ich möchte Sie bitten, noch ein paar Worte zur Instrumentalisierung von früheren Nazi-Wissenschaftlern, die etwa in Ägypten oder Syrien arbeiteten, durch die zionistische Politik zu sagen. Ich stimme zwar zu, dass das eine Instrumentalisierung war. Auf der anderen Seite denke ich, dass wir zumindest aus einer deutschen Perspektive etwas gedankliche Arbeit leisten müssen, um zu verstehen, warum das geschah und ob es nicht doch so etwas wie eine innere Vertrautheit oder Affinität zwischen bestimmten Repräsentanten des arabischen Sozialismus oder Nationalismus und diesen Nazi-Wissenschaftlern gab. Mir scheint festzustehen, dass ein Teil des arabischen Nationalismus stark mit dem europäischen Faschismus oder sogar dem Nationalsozialismus sympathisierte. Daher war es nicht nur eine Projektion ihrer Vorstellungen auf die arabische Politik, wenn zionistische Politiker die Hand auf diese Stelle legten. Nun bleibt die Frage nach dem richtigen Weg, mit diesen Tatsachen umzugehen.

Idith Zertal:

Es gab in der Tat Nazi-Wissenschaftler, die für diese arabischen Regimes gearbeitet haben. Natürlich erhielten sie dort Zuflucht und nationalistische, arabisch-nationalistische Regierungen bekamen im Gegenzug technische Hilfe, Beratung usw. Das sind harte Fakten, die nicht zu leugnen sind. Worauf ich mich bezogen habe, das waren nicht die Fakten an sich, sondern die Aufblähung dieser Tatsachen in Israel in den frühen Jahren Israels und auch im Zusammenhang mit dem Eichmann Gerichtsverfahren, das die erste große Gelegenheit war, sich wirklich mit dem Nazi-Regime zu befassen, mit der Nazi-Ära, mit dem Genozid der Nazis am jüdischen Volk. Aber Ben Gurion, der Organisator oder „Regisseur“ des Prozesses, wie Hannah Arendt es formuliert hat, war mehr daran interessiert, die Aufmerksamkeit auf gegenwärtige Bedrohungen zu richten, auf existenzielle Bedrohungen Israels, als sich wirklich mit der Nazi-Ära auseinanderzusetzen. Hannah Arendt, mit der ich übereinstimme, sagte, dass der Eichmann-Prozess in der Hinsicht ein fehlerhaftes Gerichtsverfahren war, dass dort nicht auf die eigentliche Bedeutung von Auschwitz eingegangen wurde, auf die totale Neuartigkeit des Auschwitz-Phänomens. Israel betrachtete es auf der einen Seite als das größte Pogrom, das jemals gegen das jüdische Volk unternommen wurde. Israel sah es im Kontext der jüdischen Geschichte, der Geschichte der Verfolgungen, der Pogrome.

Auf der anderen Seite stellte man die Präsenz von Nazi-Wissenschaftlern in arabischen Staaten in den Mittelpunkt der eigenen Auseinandersetzung mit der arabischen Welt. Die Präsenz der Nazis in den arabischen Ländern stellte meiner Meinung nach keine reelle, existentielle Bedrohung für Israel dar, aber sie wurde dazu benutzt, die Gefahr durch die arabische Welt für Israel zu dämonisieren, aufzublähen im Zusammenhang mit dem Gerichtsverfahren und in anderen Situationen. Ich wäre auch vorsichtiger damit, zu sagen, die arabische Welt hätte in ihrer Gesamtheit dem Faschismus zugeneigt.

Hajo Funke :

Ich habe auch eine Frage an Sie. Ich war sehr von der Beschreibung beeindruckt, wie diese Erinnerung unterdrückt wurde. Ich habe das in Interviews festgestellt, die ich gemacht habe, z.B. mit C. Bacharach. Er beschrieb das Gleiche in den frühen fünfziger Jahren, als er jung war. Und ich wollte Sie fragen, welche Auswirkungen diese Unterdrückung der Erinnerung auf die politische Kultur hatte. Nicht nur in den fünfziger und sechziger Jahren – Sie haben das beschrieben – sondern später. Sie wissen ja, die Alternative ist ebenso unbequem. Man muss die traumatisierende Erfahrung nochmals durchleben. Welche Auswirkungen hatte es also auf die Gesellschaft und was wäre heute vielleicht anders?

Idith Zertal:

Ich habe gesagt, dass es auf der einen Seite Unterdrückung der Erinnerung gab, aber auf der anderen Seite gab es einen inflationären und zusammenhanglosen Gebrauch des Holocausts in der politischen Kultur, direkt danach, schon in den späten vierziger Jahren. Menachem Begin, der Oppositionsführer, der Führer des rechten Flügels, vergleicht den Teilungsplan von 1947 mit dem Plan der Nazis zum Genozid, und er nennt diesen Plan einen Nazi-Plan. Die Regierung Ben Gurions, der den Plan akzeptiert hat, nennt er „Judenrat“.

Ich denke, das geht so weiter: es gibt diese zwei parallelen Strömungen, auf der einen Seite die Unterdrückung von richtigen Erinnerungen, Schweigen der Überlebenden, das ihnen einerseits auferlegt wird, andererseits entspricht dieses Schweigen aber auch dem spontanen Willen der Überlebenden, tatsächlich ein neues Leben zu haben, eine Familie zu gründen etc. und nicht von den Erinnerungen überwältigt zu werden. So stellen wir

also auf der einen Seite die Unterdrückung der Erinnerung fest, auf der anderen Seite den Gebrauch oder Missbrauch der Erinnerungen, der Sprache, der Bilder des Holocausts in einem völlig anderen Bereich ohne jeden Zusammenhang. Und das hat bis heute die politische Kultur in Israel verdorben. Jeder politische Rivale wird in Israel sofort mit Nazi-Größen oder Arafat oder allen zusammen verglichen. Dies war der Fall mit Izhak Rabin, einen Monat bevor er umgebracht wurde. Bei einer Demonstration der Siedler gegen das Abkommen von Oslo im Oktober '95 wurde er als Puppe mit einer SS Uniform und einem Tuch im Stil Arafats dargestellt. Ich finde das empörend und verrückt zugleich. Und heute sieht man im Zusammenhang mit dem Rückzugsplan Scharons, dass die Siedler wieder Holocaust-Bilder verwenden, um gegen den Plan zu kämpfen. Sie sehen sich selbst als jüdische Kinder während des Holocausts in den Zügen zu den Vernichtungslagern. Das ist eine völlige Verzerrung der Geschichte einerseits, der gegenwärtigen politischen Realität andererseits. Und der Holocaust spielt dabei eine Hauptrolle.

Georg Dick:

Götz Aly hat in seiner Beschreibung des Zustandes von Gedenkkultur auch die Frage nach einer gewissen Praxis des Auswärtigen Amtes aufgeworfen. Ich habe mich daraufhin erkundigt: Es ist in der Tat so, dass dort eine Gedenkfeier stattfindet, dass aber in der Gedenktafel drei Namen gelöscht worden sind, auch der von Ihnen erwähnte, und dass explizit die drei Personen und die Tatsache des Anstoßes benannt werden. Das ist die Praxis. Aber natürlich kann ich nicht behaupten, dass hier ein gemeinsames Verständnis von Gedenkkultur und Gedenkpraxis herrscht. Das sieht man nicht zuletzt daran, dass die „Nachrufdebatte“ der letzten Wochen erneut zumindest kleine Wellen geschlagen hat und keineswegs als abgeschlossene Auseinandersetzung betrachtet werden kann.

Avi Primor:

Darf ich noch eine Bemerkung zu Frau Zertal machen? Ich will ihr nicht widersprechen. Ich will, was Sie gesagt haben, nur ein klein wenig relativieren. Es stimmt vollkommen, was Sie hier beschrieben hat. Dennoch würde ich sagen, den Gegner zu verteufeln, entspricht ein bisschen der menschlichen Natur. In jeder Diskussion, in jeder Debatte, ganz bestimmt in jedem Krieg, verteufelt man den Gegner. Also in der Vergangenheit hätte man gesagt, das ist der Teufel oder die ist die Hexe. Heute sagt man, das ist ein

Nazi, weil das die Personifizierung des Teufels ist. Wir haben das auch bei uns erlebt, als die Ultra-Orthodoxen am Samstag die Straßen in Jerusalem gesperrt haben und die Polizei versuchte, die Straßen wieder zu öffnen, da nannten die Ultra-Orthodoxen die Polizisten Nazis. Aber das liegt in der menschlichen Natur. Der Grund, weshalb so etwas dennoch nicht hingenommen werden sollte, ist, weil so die Shoa und die Nazis relativiert werden. Aber die leichtsinnige Redeweise bedeutet nicht, dass man wirklich meint, dass der andere ein Nazi ist.

Universalisierung der Holocausterinnerung – Globales Lernen für die Menschenrechte

3

Jens Jessen:

Ich werde das Panel nicht im eigentlichen Sinne einleiten, sondern verspreche mir von den Impuls-Referaten die Einleitung zu einem Thema, das mir, wie ich gestehen muss, spontan nicht einleuchten will. Die Universalisierung der Holocausterinnerung – Globales Lernen, dann auch noch für die Menschenrechte, das klingt nicht gut in meinen Ohren. Spontan stelle ich mir darunter eher so eine Art Schuldumverteilungsprojekt vor. Aber auf einer rein deskriptiven Ebene wird man wahrscheinlich so etwas feststellen können, wie die langsame Verfertigung einer großen Erzählung aus den Nazi-Verbrechen, die dann in Form von Filmen und Literaturfassungen bis hin zum Comic-Strip in die Unterhaltungsindustrie dieser Welt eingespeist wird. Das gibt es ganz bestimmt und hat seine bedenklichen, aber wahrscheinlich auch unaufhaltsamen Implikationen. Ob es so etwas gibt, wie eine gute Universalisierung in dem Sinne, dass der Holocaust einen Bezugspunkt für einen moralischen und für einen Verantwortungs-Diskurs bietet, weiß ich nicht. Aber darüber werden wir uns jetzt unterhalten.

Natan Sznaider:

Vielen Dank. Hoffen wir, dass wir es vielleicht in einer halben Stunde besser wissen.

Einen Monat vor dem 11. September 2001 veröffentlichten Daniel Levy und ich gemeinsam ein Buch, wo wir das Wechselspiel zwischen nationalen Erinnerungen und der Entstehung von kosmopolitischen Gedächtniskulturen untersuchten. Wir zeigen, dass im Zeitalter der Globalisierung kollektive Erinnerung nicht mehr auf einen territorial oder national fixierten Ansatz reduziert werden kann. Stattdessen orientieren sich kosmopolitische Gedächtniskulturen an universalen Symbolen wie der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und dem Begriff des „Verbrechens gegen die Menschheit.“ Die Grundlagen für ein kosmopolitisches Gedächtnis in Europa sind über die andauernde Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung entstanden, wie man das auch sehr deutlich an dem Gedenktag der 60jährigen Befreiung von Auschwitz am 27. Januar sehen konnte. Auch Kofi Annan ist sich der Globalisierung der Erinnerung bewußt: „Das Böse, das zum Tod von sechs Millionen Juden und anderen in den Lagern geführt hat, bedroht noch heute jeden von uns“. Jede Generation müsse wachsam sein, um sicherzugehen, dass sich solche Ereignisse nicht erneut abspielten, so Annan in seiner Rede zur Befreiung von Auschwitz.

Wie verändern sich die politischen und kulturellen Formen kollektiver Erinnerung im Zeitalter der Globalisierung? Wie kann der national und ethnisch eingestellte Blick, der territoriale und dadurch nationalstaatliche Begriffshorizont für die Frage nach dem „entorteten“, sich „globalisierenden“ und damit letztlich „kosmopolitischen“ Gedächtnis geöffnet werden? Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen wird diese Transformation der kollektiven Erinnerung möglich? Das sind Fragen, die sich um globale Gerechtigkeit drehen.

Wie können also Prozesse der globalen Gerechtigkeit in Gang gesetzt werden? Ein Weg dazu führt über internationale Institutionen wie die UNO. Aber das schafft Probleme, denn als globale Form der Vermittlung von Recht und Moral ist die UNO schlecht gerüstet. Zu sehr ist auch sie in den Grundsätzen der nationalen Souveränität gefangen. Wenn man sich diese Texte genauer anschaut, erkennt man darin den Versuch, eine stabile und friedvolle politische Ordnung von Staaten zu erzeugen, die auf der Grundlage des Rechts und dem Verbot der Intervention beruht. So wird das Völkerrecht auch noch heute in den Debatten verstanden. Es sieht den Staat und seine Souveränität immer noch als heilig an. Die Souveränität ist ein zentraler Gedanke. Auf der anderen Seite, wenn wir Menschenrechtskampagnen betrachten, dann sehen wir sehr deutlich, dass Souveränität nicht das höchste Prinzip ist. Es gibt ein höheres Prinzip, das man menschliches Wohlergehen nennt und die damit verbundene Pflicht, Leiden anderer zu mildern, wo immer man kann. Nicht tatenlos zuzusehen, wenn unschuldige Menschen abgeschlachtet werden. Und das geht auf die negative Erinnerung des Holocausts zurück.

Abgesehen von dem stark normativen Aspekt der Völkerrechtstheorien, fehlt diesen Ansätzen auch der emotionale Aspekt des Kosmopolitismus. Denn ohne Emotionalität ist im globalen Zeitalter der Individualisierung keine Politik mehr möglich. Dabei handelt es sich um eine von konkreten historischen Ereignissen, politischen Kontingenzen und kulturellen Entwicklungen geförderte Realisierung des Kosmopolitismus, der einer wachsenden Zahl von Menschen zum Werthorizont und zur Lebenswelt wird. Das neue Gedächtnis ist nicht willkürlich. Krieg, Zerstörung, Katastrophen geben ihm seine Konturen. Kosmopolitismus beinhaltet dann auch universelle Werte, die Menschen emotional engagieren, die von der Stufe der abstrakten Philosophie in die Emotionen der Menschen sozusagen hinabsteigen. Diese Werte werden Teil der persönlichen Identität von Menschen und dadurch auch politisch relevant. Sie werden in Ritualen verkörpert und verstärkt und in Gemeinschaften verankert. Die politischen Rituale der Vergebung, die gerade in den letzten Jahren so häufig geworden sind, sind Ausdruck dieser

Bewegung. Aber gerade hier prallen die Gegensätze der Kulturen aufeinander, und die Selbstverständlichkeiten auch des westlichen Lebensmodells müssen sich neu rechtfertigen.

Es ist insbesondere die Erinnerung an den Holocaust, in dem sich die Dilemmata eines institutionalisierten Kosmopolitismus zeigen. Verbrechen gegen die Menschheit/Menschlichkeit werden dabei zu Schlüsselkategorien. Damit stellen sich Fragen, die sich einer schnellen Beantwortung entziehen: Wer sind bei diesen Verbrechen die Opfer – die Juden oder die Menschheit, also alle? Einschließlich der Täter?

Und hier liegt natürlich die Falle dieser Universalität. Die Erinnerung an den Holocaust wird in diesem Sinne zu einem Mahnmal an die allgegenwärtige Modernisierung der Barbarei. Darin drückt sich die historische Erfahrung der national und staatlich entgleisten Moderne aus, die das moralische, politische, ökonomische und technologische Katastrophenpotential wie im Schreckensbilderbuch des Reallabors ohne Erbarmen und Rücksicht auf Selbstzerstörung entfaltet hat. In der Erinnerung an den Holocaust gewinnt der Bruch mit der Vergangenheit Macht für die Zukunft. Die Globalisierung dieser Norm und die Kosmopolitisierung der Holocausterinnerung sind mittlerweile zu einem integralen Bestandteil der europäischen Politik und Zivilgesellschaft geworden. Die Erinnerung an den Holocaust wird zu einer europäischen Erinnerung, die Europa dazu verhelfen kann, ein eigenes (wenn auch negatives) Wertesystem zu entwickeln. Es gehört sich heutzutage nicht, sich gegen das Versöhnen zu stellen. Das Leiden der Menschen ist nun universales Gut, und damit wird „Versöhnung“ zum Gebot der Stunde. Ob es nun politisch oder moralisch Sinn macht, steht dabei nicht mehr zur Debatte.

Aber: Kollektive Erinnerung als die Erinnerung an Schuld – einst das Monopol der westdeutschen Nachkriegsgeschichte – werden immer mehr zu einem politischen Faktor in der internationalen Politik. Dies läßt sich besonders gut an der Bereitschaft von Nationen, ihre eigene Schuld anzuerkennen, beobachten. Gleichzeitig wird von ehemaligen Opfern „Vergebung“ eingefordert. „Schuld und Sühne“ werden aus ihrem theologischen Rahmen gerissen und zu einem Politikpfeiler der globalen Moderne. Das Schuldbekenntnis allein weist auf einen gewissen Verlust der Staatssouveränität hin. Man kann immer mehr Fälle von Schuld und Buße in der Politik beobachten, welche einen neuen (und globalen) moralischen Anspruch für das Verhältnis von Tätern und Opfern formulieren. Die Erinnerung an den Holocaust bietet daher die Gelegenheit, ein kosmopolitisches Gedächtnis zu schaffen, das über jeden Konflikt erhaben ist. Rechte machen sich negativ fest: Was geschieht, wenn sie gebrochen werden? Das ist die paradigmatische

Rolle, die die Holocausterinnerung für eine globale Menschenrechtspolitik spielt. Nach dem Holocaust kann der souveräne Staat nicht mehr die alleinige Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit sein. Damit wurden auch die moralischen Grundlagen für globale Institutionen der Gerechtigkeit geschaffen. Aus dem Negativen – aus der Erfahrung dessen, was nie wieder passieren darf – entstanden die UN-Konventionen der Allgemeinen Menschenrechte und der Versuch, den Völkermord als illegal zu erklären, bis hin zu dem Versuch, durch internationales Recht zukünftige „Holocauste“ zu verhindern.

Der Holocaust wurde also zum Sinnbild der Barbarei. Aber: In diesem Diskurs gibt es keine Juden und keine Deutschen mehr. Es gibt nur Menschen und Menschheit, wie das auch im Begriff der „Verbrechen gegen die Menschheit“ und der Entstehung eines moralischen und legalen Kodex gegen ‚Völkermord‘ klar wird. Der globale Umfang dieser Entwicklungen ist unverkennbar. So lassen sich etliche Referenzen zum Holocaust in Debatten über Sklaverei und Kolonialismus finden. Viele afrikanische Intellektuelle bedienen sich eines Holocaustvokabulars, um ihren Ansprüchen gegenüber den früheren Kolonialmächten ein besonderes Gewicht zu verleihen. Das UN-Kriegsgericht für Ruanda hat sich in seiner Anklage gegen Personen, denen Medienhetze und Tötungsaufträge vorgeworfen wurden, direkt auf den Nürnberger Präzedenzfall des „Stürmer“-Herausgebers Julius Streicher bezogen. Es ist also genau diese Universalisierung des Bösen, welche die metaphorische Kraft des Holocausts antreibt und die eine lokale Vereinnahmung im Falle von Menschenrechtsverbrechen ermöglicht. Dies hat mit einer Gedächtniskultur zu tun, welche sich demonstrativ an den Holocaust als einen formativen historischen Moment erinnert, wo die Rechte der Menschen völlig außer Kraft gesetzt waren und die Humanität der Opfer zum Objekt der Vernichtung wurde.

Es gibt also den globalen Trend zur Versöhnung und ihren Institutionen: all die Wahrheitskommissionen, Historikerkommissionen, Ausstellungen und Mahnmäler, zu der globalen Erinnerung an den Holocaust, in welche Menschenrechtsverletzungen, Völkermord, Bombardierungen und Vertreibungen so bequem integriert werden. Zumindest in der Zeit nach dem Kosovo, wo humanitäre Interventionen noch legitim waren. Und sie waren es wegen Auschwitz. „Nie wieder Auschwitz“ hieß ja damals die Rechtfertigung für das Eingreifen. Es war dieser besondere historische Moment in der neuen Identitätsfindung Deutschlands, wo die so genannte besondere Verantwortung Deutschlands im Einklang mit der westlichen amerikanischen und demokratischen Weltgemeinschaft stand.

Im Falle des Holocausts waren es gerade die USA, die die universalisierte Erinnerungsstruktur vorantrieben. Der amerikanische Umgang mit dem Holocaust interpretierte ihn als ein Ereignis, das der „Welt“ zustieß als ein neues, großes Verbrechen gegen die Menschheit. Und daraus entwickelte sich eine Heilsgeschichte, die sogar dem schrecklichsten aller Verbrechen noch Hoffnung und Erlösung abgewinnen konnte. Die USA universalisierten die Befreiung, um den Triumph des Guten über das Böse herauszustellen. Der zweite Golfkrieg verdeutlicht das Dilemma, in welchem die USA bzw. ihre Regierung sich befinden. Trotz, oder vielleicht gerade wegen ihres Selbstverständnisses als Träger einer Mission und der zumeist unilateralen Politik der letzten Jahre, die auf einem nationalen Verantwortungsbewusstsein basiert, hat sich das Ansehen und der Einfluss von Amerika drastisch vermindert. Dies lässt sich durchaus mit einem weit verbreitetem Anti-Amerikanismus erklären, dessen Ursprünge tiefe Quellen haben und in Europa zum Teil durch einen oftmals gesinnungsethischen, und somit verantwortungslosen Kosmopolitismus gekennzeichnet sind. Aber paradoxerweise gedeiht der Anti-Amerikanismus nicht nur auf Grund von Amerikas Weigerung, sich einer Reihe internationaler Menschenrechtsinstitutionen anzuschließen, sondern auch durch die Bereitschaft, in Krisen wie im Sudan eine humanitäre Vorreiterrolle einzunehmen. Während Europas Position zum Sudan mehr oder weniger im Netz nationaler und zumeist wirtschaftlicher Interessen gefangen ist, rufen die USA den Weltsicherheitsrat dazu auf, die Situation in Darfur als Genozid einzustufen und entsprechend zu (be)handeln. Andererseits ist das Prinzip „militärischer Humanismus“, welches im Kosovo trotz Illegalität gefeiert wurde, mittlerweile durch den zweiten Irakkrieg bei vielen diskreditiert. Diese Zweideutigkeit führt auch dazu, dass Europa sein fehlendes politisches Handeln mit einer prinzipiellen Kritik an den USA kompensiert, die oftmals auf tradierte anti-amerikanische Ressentiments zurückzuführen ist.

Gerade in Deutschland birgt die Europäisierung des Holocausts nicht nur ein emanzipatorisches Potential, sondern kann auch apologetisch gedeutet werden. Sie verfängt sich in der Kreuzung der Sonderwege. Auch, oder gerade in Deutschland haben die Koordinaten partikularer und universaler Erinnerungen Anlass zu neuen Debatten über einen „guten“ oder „schlechten“ Sonderweg gegeben. Vor allem die Generation der Mitte-Links Kritiker, für die der Holocaust die Ikone des Sonderwegs der alten Bonner Republik darstellte, sorgte sich um den Verlust dieser für einen negativen Nationalismus bestimmenden Form. Auf den ersten Blick erscheint diese Sorge eher unbegründet, zielt doch die kosmopolitische Gedächtniskultur durchaus auf eine post-nationale Konstellation. Wenn man verstanden hat, dass der Menschenrechtsdiskurs ein entkontextualisierter Diskurs ist – da er

sich der historischen Einbettung von Menschen verweigern muss, sonst wäre es ja kein Menschenrechtsdiskurs, sondern ein Bürgerrechtsdiskurs – dann wird man auch verstehen, warum der Holocaust als symbolische Repräsentation des Bösen entkontextualisiert wird. Das sollte man aber gerade in Deutschland nicht mit einem emanzipatorischen Gedächtnis verwechseln. Die massenmediale Wiederentdeckung von deutschen Opfern ist mittlerweile ein integraler Bestandteil einer neuen Geschichtspolitik, wie die Debatte um die Bombenopfer und der sich entwickelnde Diskurs über die Vertreibung deutlich zeigen. Die Mitte-Links geführte Berliner Republik zeichnet sich durch eine Entwicklung aus, die den Argumentationsmustern der Rechten während der 80er Jahre häufig ähnelt. Berufungen auf die „Gnade der späten Geburt“ ist heute kein Anlass mehr zur Kanzler-Schelte.

Dieses Paradox der Universalisierung als Voraussetzung für eine Renationalisierung entwickelt sich auch vor dem Hintergrund von tradierten Feindbildern und dem Nährboden eines Menschenrechtsdiskurses, der die internationale Politik des letzten Jahrzehntes mitbestimmt. Das sinnstiftende Potential, das durch die Entkontextualisierung des Holocausts freigesetzt wird, ermöglicht es, unterschiedliche Menschenrechtsverletzungen mit dem Holocaust gleichzusetzen. Wenn man früher wegen Auschwitz pro Israel sein konnte, kann man heute wegen Auschwitz gegen Israel sein, wobei die höchste Trumpfkarte der direkte Vergleich von Israelis und Nazis ist. Hier dann auch die ständige Verknüpfung von Israel mit Menschenrechtsverletzungen, die ja auch Teil der Holocaustikonographie geworden sind. Dies entspricht auch in zunehmendem Maße einer Affinität von Antiamerikanismus und Antisemitismus. Die oftmals damit einhergehende gesinnungsethische Haltung will um jeden Preis geopolitische Probleme in einem universalen Völkerrecht aufgehen lassen.

Besonders seit dem 11. September und dem Irakkrieg ist diese Tendenz in der politischen Kultur Deutschlands und den transatlantischen Spannungen zwischen Europa und den USA unverkennbar. Hier wird der durch eine universalgeschichtliche Deutung des Holocausts zustande gekommene Menschenrechtsdiskurs weniger zum Anlass für konstruktive politische Lösungsvorschläge, sondern eher zum Auslöser von tiefliegenden Ressentiments gegen die ursprünglichen Opfer des Holocausts und diejenigen, die ihn universalisiert haben. Im Namen der Demokratie und der Menschenrechte kann man sich nun verpflichtet fühlen, Antizionist und Antisemit zu sein.

Damit zeigt sich: Die Suche nach Normalisierung, die gerade nach der Einigung und Europäisierung Deutschlands so deutlich wird, ist, gelinde

gesagt, unangemessen. Es bedeutet auch, die Tragik der eigenen Geschichte zu verleugnen. Und das ist ja auch einer der großen Kritikpunkte in Deutschland in Richtung Israel. Hat denn Israel, haben denn die Juden aus der Geschichte nichts gelernt? Sind sie durch ihr Leid nicht bessere Menschen geworden? Und auch in Deutschland will man, wie in aller Welt, der eigenen Opfer gedenken. Und wer kann es verdienen? Das ist die Globalisierung des Opferdaseins. Auch ist dieser Normalisierungsdruck nicht an Israel vorbei gegangen. Auch dort will man normal sein. Wenn Israel behauptet, dass es an anderen Maßstäben gemessen wird als andere Länder, hat es natürlich Recht. Aber dass es an anderen Maßstäben gemessen wird, geht gerade aus dieser Tragik der Geschichte hervor. Beide Staaten können nicht mit gleichen globalen Maßstäben gemessen werden. Es sind genau diese verschiedenen Maßstäbe, die meiner Meinung nach vielleicht die besondere Beziehung dieser beiden Länder ausmachen. Alles andere wäre unangemessen. Beide Länder leiden darunter, in ihrer Geschichte gefangen zu sein. Und beide Länder können und sollen gar nicht erst versuchen, daraus auszubrechen.

Jens Jessen:

Ganz augenscheinlich hat es keine gute Wirkung auf den Menschenrechtsdiskurs, wenn man ihn nur führen zu können glaubt, indem man sich auf den Holocaust beruft. Übrigens, um einen sehr praktischen, etwas vortheoretischen Gedanken noch nachzuschieben, auch deswegen, weil es ja ganz augenscheinlich möglich sein muss, einen Genozid verwerflich zu finden, ohne sich auf den Holocaust zu berufen. Der Genozid müsste schon in sich etwas Schreckliches haben. Und welche Auswüchse und Konsequenzen diese ständige und dann auch so eine schlechte Abstraktheit mit sich bringende Berufung auf den Holocaust hat, haben wir, glaube ich, recht eindrücklich zu hören bekommen. Herr Brumlik, jetzt haben Sie das Wort.

Micha Brumlik:

Ich will mit einer kurzen Anekdote beginnen. Dann versuche ich, auf ein paar Paradoxien des Holocaust-Diskurses und seiner menschenrechtlichen Ankoppelung hinzuweisen und schließlich werde ich auch einige aktuelle Probleme im deutsch-israelischen Verhältnis ansprechen. Auch für mich war 2001 wichtig, zumal die letzten Wochen vor dem 11. September. Ich war damals auf der Antirassismus-Konferenz der UNESCO in Durban, wo es viele wichtige Dinge zu besprechen gab. Die Anliegen der Kastenlosen im

demokratischen Indien, die Probleme der von Russland unterdrückten Tschetschenen, die wichtige Frage, ob die Schwarzen der USA eine Art Wiedergutmachung von den Erben der Sklavenhalter beanspruchen können oder nicht. Aber die ganze Konferenz wurde von einem Thema überschattet, nämlich der israelischen Besatzungspolitik in der Westbank. An ihrem Rande hatte ich ein Gespräch mit zwei Menschenrechtlern aus, ich glaube, Simbabwe, die ein halbes Jahr vorher, wenn ich mich richtig erinnere, in Korea auf einer Konferenz gewesen waren. Davon erzählten sie mir: „Well, those people said, maybe it could be that this whole Holocaust story is just a master narrative of the Christians, but even if the Muslim world listened to it, that would not really impress anybody in South East Asia“. Das hat mir natürlich zu denken gegeben. Dennoch haben Natan Sznajder und Daniel Levy in ihrem Buch wohl zu Recht festgestellt, dass die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland tatsächlich zu so einer Art Meistererzählung der Kritik und Verdammung von Menschenrechtsverbrechen geworden ist.

Wie Sie wissen, bin ich Erziehungswissenschaftler. Wir Erziehungswissenschaftler tragen eine Hypothek mit uns, seit Theodor W. Adorno in seinem berühmten Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz“ den Pädagogen mit auf den Weg gegeben hat, alles zu tun, auf dass Auschwitz sich nie wiederhole. Sowohl in pädagogischer als auch in politischer Hinsicht ist das das wirklich entscheidende Problem. Zunächst muss man sich Rechenschaft darüber ablegen, was „Auschwitz“ als Sammelbegriff überhaupt gewesen ist und was es mit unserer Bundesrepublik Deutschland und ihrem Grundgesetz zu tun hat. In Auschwitz und allen anderen nationalsozialistischen Vernichtungslagern wurden Menschen nicht nur ermordet, sondern darüber hinaus in einer bis dahin nicht gekannten Weise ihrer Würde beraubt. Um diesen Begriff der Würde ein bisschen genauer zu umreißen, kann man an Kant anschließen, der in seiner „Metaphysik der Sitten“ geschrieben hat: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes gesetzt werden. Was dagegen über allen Preis erhaben ist, das hat eine Würde.“ Menschen, und zwar ausnahmslos alle Menschen, wie jeder einzelne Mensch, haben nach Kant diese Würde, weil menschliches Handeln dem Prinzip unterliegt, dass Menschen einander immer auch als Zweck ansehen und behandeln müssen und niemals nur als bloße Mittel. Nichts anderes als zum bloßen Mittel degradiert zu werden, ist aber den Opfern in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern widerfahren: Von der Eintätowierung einer Nummer in den Unterarm, der Vergasung, einer Tötungstechnik, die aus der Schädlingsbekämpfung kam, bis hin zur Verwertung der Leichen, ihrer Haare, ihrer Zähne zu Filz, Matratzen und Goldbarren. Wer es zufällig überlebt hat, hat diesen Verlust der Würde als aufgenötigte

Selbstinstrumentalisierung erfahren. „Mensch ist“, so notierte der bereits von Frau Zertal zitierte Primo Levi für den 26. Januar 1945, einen Tag vor der Befreiung des Lagers, „Mensch ist, wer tötet, wer Unrecht zufügt oder erleidet. Kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich ohne Schuld“ – Sie sehen, wie schwierig diese Dinge für Primo Levi gewesen sind – „vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als der rohste Pygmäe und der grausamste Sadist.“ Unter solchen Bedingungen wie denen von Auschwitz schwindet dann auch die natürliche Neigung zur Nächstenliebe. Primo Levi fährt fort: „Ein Teil unseres, hier muss man sagen, normalen Seins wohnt in den Seelen der uns Nahestehenden. Darum ist das Erleben dessen ein Nichtmenschliches, der Tage gekannt hat, da der Mensch in den Augen des Menschen ein Ding gewesen ist“.

Sie können, wenn Sie einer sehr starken Interpretation des Grundgesetzes zuneigen, das gewissermaßen als die Erfahrung, als die Erzählung ansehen, die hinter diesem Artikel I des Grundgesetzes steht, der alle andere Gesetzgebung, und ich würde vermuten, auch jede politische Exekutive leiten soll. Wer sich des Sinns dieser Berufung auf die Menschenwürde im Hinblick auf Auschwitz versichern will, gerät freilich in mindestens drei paradoxe Konstellationen, die offensichtlich nicht zu vermeiden sind: in ein Erkenntnisparadox, ein Darstellungsparadox und ein Handlungsparadox, also in Paradoxien der theoretischen, ästhetischen und der praktischen Vernunft.

Das Erkenntnisparadox wird durch die Behauptung der Singularität von Auschwitz provoziert. Es besteht darin, dass jede Einzigartigkeitsbehauptung, ob sie es nun will oder nicht, Vergleiche nach sich ziehen muss, wobei natürlich „vergleichen“ nicht mit „Gleichsetzung“ identisch ist. Aber um etwas in seiner Singularität festhalten zu können, muss es mit Anderem, mit Ähnlichem verglichen werden. Diesem Singularitätsparadox verdankt eine der Würde des Menschen verpflichtete politische Kultur ihre wachsende Sensibilität für historische und aktuelle Genozide und in der Folge auch eine vergleichende Genozid-Forschung. So komplex diese Debatte unter Bezug auf die industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland auch ist, so steht doch eines wohl heute schon fest: Von einem singulären Leiden aus der Perspektive der Opfer lässt sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht angesichts etwa des jungtürkischen Genozids an den Armeniern, der Verbrechen des Stalinismus an ganzen Völkern oder des Rassen- und Klassenmordes der Roten Khmer in Kambodscha so einfach jedenfalls nicht sprechen. Wohl aber davon, dass im

Falle des nationalsozialistischen Deutschland auf bisher einzigartige Weise, das ist in meiner Sicht die Singularität, eine hochzivilisierte bürgerliche Nation nicht zuletzt in wesentlichen Teilen ihres Bildungsbürgertums derartige Verbrechen arbeitsteilig begangen hat.

Auf das Darstellungsparadox will ich hier nur kurz eingehen. Wir reden ja immer davon, wie völlig unvorstellbar, letzten Endes überhaupt nicht nachempfindbar, Auschwitz gewesen ist. Damit korrespondiert eine geradezu obsessive Sucht, die Judenvernichtung doch immer wieder zu bebildern. Da gibt es gelungene Beispiele, etwa Claude Lanzmanns „Shoa“ und weniger gelungene wie Spielbergs „Schindlers Liste“. Zuletzt haben wir sogar die Kamera bis in die Gaskammern hineinfahren sehen.

Schließlich gibt es das Aktualisierungsparadox. Hier kann ich direkt auf Probleme der jüngsten deutschen Politik zu sprechen kommen. So hat sich das Aktualisierungsparadox an den Stellungnahmen zu den Kriegen im früheren Jugoslawien verdeutlicht. In dem gemeinsamen Buch von Natan Sznajder und Daniel Levy wird eine interessante Anzeige großer jüdischer Organisationen im Holocaust-Museum in Washington und in großen US-amerikanischen Zeitungen zitiert. Dort wurde die Verfolgung der bosnischen Muslime durch Serbien ausdrücklich mit den nationalsozialistischen Untaten gegen die Juden in Beziehung gesetzt und gefolgert, dass unter solchen Umständen, eben damit Auschwitz sich nicht wiederhole, auch – ich paraphrasiere – bewaffnete Interventionen in Kauf zu nehmen sind. Sie werden sich alle noch gut erinnern, ein Teil war für Intervention, ein Teil war gegen Intervention. Jedenfalls endete diese Auseinandersetzung mit der Bombardierung der serbischen Zivilbevölkerung ausgerechnet an dem Tag, an dem einige Jahrzehnte vorher die deutsche Luftwaffe Belgrad bombardiert hatte. Ich war damals entschieden für den Krieg, aber genau so entschieden war ich gegen den Luftkrieg. Ich war für einen Bodenkrieg, obwohl mir darauf alle militärischen Fachleute geantwortet haben, das koste noch viel mehr Opfer. Jedenfalls war ich der Meinung, dass man die Zivilbevölkerung nicht in Haftung nehmen darf.

Rudolf Scharping, der damals einen vom bulgarischen Geheimdienst gefälschten Hufeisen-Plan in der Tasche hatte, und auch Außenminister Fischer haben diese Intervention unter Berufung auf Auschwitz gerechtfertigt. War das legitim? Haben die beiden irgend etwas missverstanden? Hätten sie erkennen müssen, dass die Vergewaltigungslager der paramilitärischen serbischen Soldateska und die stacheldrahtumzäunten Lager in Omarska zwar furchtbare Menschenrechtsverletzungen gewesen sind, aber eben doch nicht mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern

gleich zu setzen waren, auch wenn diese nicht in jedem Fall Vernichtungslager waren? Oder hätten sie intervenieren können, und das auch mit gutem Gewissen, wenn sie wenigstens darauf verzichtet hätten, Auschwitz herbeizuzitieren, oder, das ist ein weiteres Erkenntnisproblem, warum haben sie eigentlich überhaupt Auschwitz herbeizitiert? Hätte es nicht auch ein bisschen weniger getan? Wahrscheinlich nicht. Das Tabu in der Bundesrepublik Deutschland, an der bewaffneten Intervention gegen ein anderes Land teilzunehmen, ließ sich wohl um einen geringeren Preis nicht brechen. Das nenne ich das Aktualisierungsparadox: Wenn man qua Erkenntnis so weit gekommen ist, irgendetwas als Auschwitz-ähnlich zu identifizieren, dann scheint daraus auch die Ermächtigung zu allen möglichen Gegenmaßnahmen zu folgen.

Aus der Weltpolitik komme ich zum Schluss zurück in die brandenburgische Provinz. Vor drei Wochen konnte man von einem Skandal in der Schulpolitik des Landes Brandenburg lesen. Angeblich auf Intervention des türkischen Generalkonsuls habe der sozialdemokratische Regierungschef von Brandenburg, Matthias Platzeck, auf sein Schulministerium eingewirkt, aus einem Curriculum, in dem es um Genozide ging, einen eher undeutlichen Verweis auf den jungtürkischen Genozid an den Armeniern zu entfernen. Es ging dann hin und her. Jetzt steht der Hinweis wieder drin. In der historischen Forschung gibt es eine interessante Debatte darüber, ob und wenn ja, was der jungtürkische Genozid an den Armeniern mit der nationalsozialistischen Massenvernichtung der Juden zu tun hat. Von Adolf Hitler ist eine Äußerung überliefert, die sich nicht eindeutig interpretieren lässt. Ein paar Tage vor dem Überfall auf Polen hatte er seine Generäle zusammen gerufen und ihnen dann gesagt: „Na ja, also wer denkt denn heute schon noch an die Armenier“. Wenn es nicht unbedingt sinnvoll ist, den Holocaust global zu universalisieren, ist er doch Teil der Mordgeschichte des 20. Jahrhunderts, die womöglich mit diesem jungtürkischen Genozid begonnen hat.

Ich komme auf ein paar Spezifika deutsch-israelischer Beziehung. In der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung von dieser Woche las ich, im Armenien gebe es eine wachsende antisemitische Bewegung. Der Autor rätsoniert dann, woran das liegen könnte. Ich persönlich bin der Meinung – das glaube ich wirklich – dass, was Israel tut oder lässt, allenfalls eine katalysatorische, nie eine verursachende Funktion für Antisemitismus haben kann. Unbestritten ist freilich, dass der israelische Botschafter im April 2003 der armenischen Regierung mitgeteilt hat, Israel erkenne den jungtürkischen Genozid an den Armeniern nicht als Genozid an. Und damit haben wir ein Problem. Es könnte sein, dass es also nur eine einzige Tat gibt, die wir mit Auschwitz vergleichen und gleichsetzen können. Das ist Auschwitz selbst.

Alles andere wäre mit sehr viel mehr Zurückhaltung zu beurteilen. Was aber heißt es dann, Auschwitz in seinen Anfängen zu wehren? Denn um das tun zu können, bleibt uns natürlich nichts anderes übrig, als entsprechende Untaten zu identifizieren. Da fragt man sich dann schon, warum Ruanda im Nachhinein als Genozid anerkannt ist und man sich so Gott verdammt schwer damit tut, Darfur jetzt als solchen zu benennen. Hier wirken offensichtlich realpolitische verantwortungsethische Gesichtspunkte in die Urteilsbildung hinein. Ihnen gegenüber würde ich dann doch eher für eine Gesinnungsethik zweiter Stufe plädieren.

Jens Jessen:

Herzlichen Dank Herr Brumlik. Ich entnehme auch aus Ihrem Vortrag, dass man sich besser nicht in legitimatorischer Absicht auf den Holocaust beruft, u.a. deswegen, weil sich die Menschenrechte als Universales nicht auf etwas Singuläres, auch nicht etwas negativ Singuläres berufen können. Wäre der Holocaust aber nichts Singuläres, wäre er erst recht nicht als Argument tauglich. Solche Fragen wollen wir im Anschluss diskutieren. Jetzt bitte ich zunächst Herrn Zülch um seinen Kommentar.

Tilman Zülch:

Ich will eigentlich nur ein Thema ansprechen: Gerade in Deutschland sind unheimliche Energien, unheimliche Anstrengungen auf das Holocaust-Gedenken konzentriert, in Instituten, mit Gedenkstätten, in den Medien, in den Schulen. Zugleich bleibt eine Menschenrechtsorganisation, die sich konkret mit Gruppenverfolgung von ethnischen und religiösen Gemeinschaften beschäftigt, wie die *Gesellschaft für bedrohte Völker*, in der Regel einsamer Rufer in der Wüste. Es sind interessanterweise, wenn man Bosnien, Biafra, den Süd-Sudan und das Schicksal der Kurden nimmt, immer wieder jüdische Persönlichkeiten, die auf vielfältige Weise die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen unterstützt haben. Ich denke an Simon Wiesenthal, an Marek Edelman, an die drei französischen Philosophen, die nicht nur schriftlich protestiert haben, sondern auch konkret Menschenrechtsorganisationen unterstützt haben. Wir, die wir so eine Arbeit tun, hegen die vielleicht etwas naive Erwartung, dass diese unheimlichen Energien, auch von Geld, von Gehältern, von intellektuellem Potenzial, die für Vergangenheitsbewältigung aufgebracht werden, auch für solche aktuellen Bedrohungs- und Verfolgungssituationen mobilisiert werden. Diese Erwartung wird immer wieder enttäuscht. Dabei müsste doch, wie Heinrich Böll in einem

Gespräch mit der *Gesellschaft für bedrohte Völker* sagte, Auschwitz zum Anlass und nicht zur Bremse für Brüderlichkeit werden. Und ich möchte nur ganz kurz drei Ereignisse, drei Verfolgungssituationen, darstellen und vielleicht vorher noch erwähnen, dass der jetzige Außenminister 1982 einmal gesagt hat, die Linke, die anti-imperialistische Bewegung habe eigentlich zu allen Genoziden geschwiegen, es sei denn, es wären Linke betroffen gewesen. Und in den meisten Fällen seien eben Linke nicht betroffen. Jedenfalls fällt auf, dass Millionen von progressiven linken sozialdemokratischen und grünen Deutschen auf der Straße waren, als eine internationale Koalition Kuwait zurückeroberte. In dem Augenblick, als dieser Krieg aufhörte, verschwanden die Millionen von den Straßen, obwohl jetzt das eigentliche Verbrechen erst begann. Heute wissen wir das alles. Etwa 400.000 Schiiten sind im Irak Opfer von Genozid geworden und noch einmal zehntausende von Kurden. Die Aufklärungsarbeit haben in dieser Situation die internationalen Medien geleistet sowie die genannten Persönlichkeiten und natürlich Menschenrechtsorganisationen. Aber aus dieser gewaltigen Armee auf der Straße beteiligten sich nur wenige.

Dann Bosnien: In Bosnien, was heute unbestritten ist und was man auch während des Krieges hätte wissen müssen, ist zum ersten Mal seit Ende des Dritten Reiches in Europa eine religiöse Gemeinschaft Opfer nicht nur von Verfolgung, sondern von ethnischer Säuberung und Völkermord geworden. Zehntausende sind in diesen serbischen Konzentrationslagern gestorben. Tausende von Frauen sind über Monate in Vergewaltigungslagern gehalten worden. Sarajewo ist vier Jahre lang bombardiert worden und hatte 12.500 Tote zu beklagen. Schließlich endete das Ganze mit Srebreniza und soweit ich mich erinnere haben ganz wenige, übrigens auch wenige aus der grünen Partei, sich dagegen engagiert. Europa ließ es geschehen. Schließlich griff Amerika ein, viel zu spät und mit einer sehr schlechten Lösung, aber immerhin. Und Marek Edelman, mit dem wir in Buchenwald eine große Veranstaltung mit 3.000 bosnischen Flüchtlingen und Vertriebenen gemacht hatten, sagte damals: „Europa hat aus dem Holocaust nichts gelernt“. Bestandteile des Holocausts lassen sich bei diesem Verbrechen erkennen. Und das dritte Beispiel betrifft uns aktuell. Die *Gesellschaft für bedrohte Völker* hat damals die Namen Sinti und Roma durchgesetzt, hat den Völkermord bekannt gemacht, den damaligen Bundeskanzler und den Bundespräsidenten bewegt, sich zu entschuldigen. Mit 35 Jahren Verspätung. Ernst Tugendhat, der bekannte Philosoph, hat sinngemäß gesagt: Die Juden wurden als Untermenschen behandelt. Das ist vorbei. Heute, es wird vielleicht nicht ausgesprochen, aber es ist Praxis, werden Sinti und Roma weiter als Untermenschen behandelt.

Und es hat eigentlich niemand bemerkt, dass im Bosnien-Krieg die bosnischen Roma das gleiche Schicksal erlitten haben wie die Muslime, wenn sie nicht rechtzeitig geflüchtet sind. Und wenn man jetzt vor diesen Massengräbern steht, dann werden immer wieder auch Skelette von Roma exhumiert und müssen die Angehörigen in ganz Europa gesucht werden.

Nun zum Kosovo. Wir haben die militärische Intervention mit dem fragwürdigen Bombenkrieg erlebt. Sie hat ja immerhin anderthalb Millionen Menschen befreit. Aber kaum war das vorbei, wandten sich traurigerweise große Teile der albanischen Bevölkerung gegen die neuen Minderheiten. Die albanischen Nationalisten zerstörten die Häuser der Roma und vertrieben bis heute 80% dieser Menschen. Wenn sie heute als Menschen mit brauner Hautfarbe im Kosovo auf die Straße gehen, sind sie gefährdet. Die Romakinder können oft keine Schulen besuchen und Roma haben große Schwierigkeiten, wenn sie krank sind, weil albanische Krankenhäuser sie meist abweisen. Es ist immer gut, wenn sie begleitet werden. Wir haben ein vierköpfiges Team da, einen amerikanischen Journalisten, der hat gerade den Weimarer Menschenrechtspreis bekommen, und drei junge Roma. Passierte das einer jüdischen Gemeinschaft, würde es, hoffe ich jedenfalls, einen Aufschrei in ganz Europa geben. Und meine Frage ist, was Holocaust-Gedenken bedeutet, wenn sich hier so wenig Protest erhebt und so wenig Solidarität bewiesen wird. Wenn Holocaust-Gedenken etwas bedeutet, müsste es die Konsequenz haben, dass wir gegen Völkermorde aktiver werden. Und ein Letztes: Deutsche Firmen haben Saddams Giftgas-Industrie mit aufgebaut. Wir wissen heute, dass Saddams Giftgas-Offensive 182.000 assyrische, assyrisch-chaldäische und kurdische Opfer das Leben gekostet hat. Viele Aktivisten haben in der Pfalz amerikanische chemische Waffen bekämpft, die nicht angewandt wurden. Aber gegen Saddams Giftgaseinsätze gab es wenig Protest. Was wir in der *Gesellschaft für bedrohte Völker* uns wünschen würden, ist, dass Vergangenheitsbewältigung auf die Gegenwart bezogen wird. Und dann wären wir z. B. bei Darfur, wo – nachdem sich die UNO entschuldigt hat wegen Bosnien, wegen Ruanda – in diesen Tagen wohl die Zahl von 120.000 Opfer erreicht wird und ein Völkermord passiert, ohne dass die progressiven Massen in Deutschland von Unruhe befallen wären.

Jens Jessen:

Herzlichen Dank, Herr Zülch. Ich glaube, Sie haben ein sehr hilfreiches Stichwort in die Debatte gebracht. Sie haben den Vorwurf zitiert, Europa habe aus dem Holocaust und von Auschwitz nichts gelernt. Und in der Tat glaube ich, dass die Gedankenfigur „Von Auschwitz lernen“ im Hintergrund

dessen herumspukt, womit wir uns beschäftigen. Faktisch hat natürlich niemand von Auschwitz gelernt. Die Menschheit hat sich nicht gebessert. Wir alle wissen, dass schreckliche Dinge immer weiter geschehen. Aber man protestiert jetzt gegen sie, indem man auf Auschwitz Bezug nimmt, und zwar, wie Sznajder und Brumlik für mich überzeugend dargelegt haben, durchaus nicht zum Guten. Man beruft sich auf Auschwitz nur unter billiger Inkaufnahme schwerer Denkfehler in schlechter Verallgemeinerung oder schwerer Paradoxien, wie Brumlik das genannt hat. Und ich erlaube mir, eine These in unsere Diskussion zu werfen, vielleicht ist es doch so, dass man sich keineswegs auf den Holocaust beruft, um gegen Verbrechen zu protestieren oder humanitäre Einsätze zu legitimieren, denn das wäre ganz augenscheinlich gar nicht nötig. Dass das verbrecherisch ist, das wissen wir auch so. Sondern ich fürchte, man beruft sich deswegen auf den Holocaust, um dem Holocaust einen Sinn zu geben, also um zu sagen, wir haben etwas daraus gelernt. Jetzt werden wir es besser machen. Und diese Frage möchte ich gleich an unseren ersten Referenten zurückgeben. Steht hinter diesen verqueren Bezugnahmen auf den Holocaust als Legitimationsinstrument letztlich das Motiv, ihm dadurch einen Sinn geben zu wollen, sozusagen einen pädagogischen?

Natan Sznajder:

Pädagogischer Sinn, das ist die Abteilung von Micha Brumlik, ich bin Soziologe. Ich weiß nicht, ob das, was Sie zum Lernen gesagt haben, stimmt. Sicher hat man gelernt, obwohl man natürlich mit diesen Metaphern vorsichtig sein soll. Ich habe das schon in meinem Referat gesagt. Eine der Konsequenzen aus diesem, sagen wir mal, politischen Lernprozess ist, dass die Souveränität, die vor 1945 wirklich ein heiliges Prinzip der internationalen Ordnung war, kein heiliges Prinzip mehr ist. Nun kann man natürlich sagen, und Herr Zülch hat das sehr deutlich gemacht, dass nicht genug gelernt wurde. Allerdings sind solche Genozide zur Angelegenheit aller in einer globalen Welt geworden, womit im tiefsten Sinne das Souveränitätsprinzip in Frage gestellt ist. Gleichzeitig gibt es auch einen neuen Renationalisierungsprozess, der gerade hier in Deutschland so deutlich wird. Durch so eine Universalisierungsmaschine kann man sich praktisch in die Reihen der Opfer einreihen. Der Prozess der Universalisierung des Holocausts mit seiner Tendenz zur Relativierung des Souveränitätsprinzips liegt im gewissen Sinne quer zu den Konsequenzen, die man in Israel aus der Vergangenheit gezogen hat. Denn gerade dort wird verständlicherweise, wenn man Israel u.a. auch als das Kollektiv der Opfer ansieht, nicht die Konsequenz gezogen, die staatliche Souveränität zu relativieren. Weil man annimmt, dass nur

diese staatliche Souveränität einen weiteren Genozid an Juden in der Zukunft vermeiden kann, wird sie geradezu hervorgehoben. Hier gibt es eine israelische Erinnerung, die in gewissem Sinne quer liegt zu den Prozessen, die hier in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten stattgefunden haben. In dieser Verrücktheit, „verrückt“ nicht im Sinne von „crazy“, sondern verrückt im Sinne von verschoben, liegt gerade die große Problematik. Aber ich glaube nicht, dass man ins Lamentieren verfallen sollte, dass man nichts gelernt hätte. Man hat ungeheuer viel gelernt. Und das Menschenrechtsregime, das heute existiert, könnte ohne diese Erfahrungen überhaupt nicht existieren. Das sieht man auch ganz deutlich an der Präambel der Universal Declaration of Human Rights, wo ja die Menschenrechte nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass ein universales Kantianisches Modell der Welt angeboten wird. Stattdessen werden die Menschenrechte negativ dadurch legitimiert, indem darauf verwiesen wird, was der Welt passiert, wenn sie nicht mehr gewährleistet sind. Aber es gibt in diesem Diskurs natürlich immer Fragen der Angemessenheit und der Unangemessenheit. Und wenn Micha Brumlik vorhin diese jüdischen Organisationen zitiert hat, die während des Bosnien-Konflikts den Vergleich mit Auschwitz gezogen haben, dann ist das etwas anderes, als wenn man in Deutschland denselben Vergleich anstellt. Das heißt, Universalisierung ist nicht gleich Universalisierung, sondern muss auch in nationalen und kulturellen Kontexten verstanden werden. Und da kann man nur mit „propriety“, einem Begriff aus der britischen Moralphilosophie, argumentieren. Ins Deutsche könnte er vielleicht am besten als „Angemessenheit“ übertragen werden.

Jens Jessen:

Herr Brumlik, was ist angemessen?

Micha Brumlik:

Also ich muss Wasser in diesen Wein gießen: Es klingt ja schön und gut, wenn man sagt, unter dem Menschenrechtsregime gilt die nationalstaatliche Souveränität nicht. Aber das stimmt überhaupt nicht. Militärisch schwache Menschenrechtsverletzer wie etwa Serbien haben natürlich keine Souveränität, militärisch starke Menschenrechtsverletzer wie etwa Russland in Tschetschenien genießen alle Souveränität, die sie haben wollen. Und das sollte uns doch ein bisschen nachdenklich machen, wenn wir sagen, wir haben hier so gewaltige Lernfortschritte gemacht. Vielleicht muss man schmerzlicher Weise doch daran erinnern, dass kein einziger alliierter

Soldat, vielleicht mit Ausnahme jüdischer Soldaten, in den Zweiten Weltkrieg gezogen ist, um die Juden Europas vom Nationalsozialismus zu befreien, kein Einziger.

Jens Jessen:

Diese Legende existiert ja ohnehin nur bei bestimmten Publizisten. Ich bitte nun um Stellungnahmen aus dem Plenum.

Richard Herzinger:

Ich hätte eine Frage an Micha Brumlik. Muss man, um aus dem Holocaust zu lernen, den Holocaust instrumentalisieren, um so den nächsten Genozid zu verhindern? Ist das noch so eine Paradoxie? Sie haben selbst Darfur erwähnt. Dazu kann man im New Yorker und anderswo lesen, dass dies alles übertrieben sei und man eben nicht von Genozid reden könne. Und dann fragt man sich, übertreibt man hier lieber und nimmt man nur die Quellen, die einem zupass kommen, oder ist man hier ganz redlich? Auf welcher Seite irrt man hier lieber? Benutzt man also das Wort Genozid im Zusammenhang mit Darfur, ohne zu wissen, ob es zutrifft, nur um Interventionen zu erreichen?

Micha Brumlik:

Das entscheidende Kriterium, um bei Massentötungen von Genoziden zu sprechen, ist die Nachweisbarkeit einer Absicht. Das wird natürlich in Darfur derzeit noch schwierig sein. Ansonsten habe ich mir angewöhnt, in solchen Fällen zu sagen: im Zweifel gegen den Angeklagten. Also ganz gegen die bürgerliche, privatrechtliche, strafrechtliche Rechtsordnung. Meine persönliche Erfahrung ist, dass ich, aus welchen Gründen auch immer, die im Reader's Digest abgedruckten Greuelgeschichten aus Kambodscha geglaubt habe und nicht der Meinung war, dass das irgendwelche Desinformationen der CIA gewesen sind. Mit so einem Zweifelsprinzip fährt man besser als mit einem Prinzip des Wohlwollens undemokratischen Staaten gegenüber.

Tilman Zülch:

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass in fast allen Fällen dieser Kette der Genozide gezweifelt worden ist, dementiert worden ist und gleichzeitig geplant und gemordet worden ist. Für Darfur sind unsere Schätzungen, dass bisher mindestens 120.000 Menschen ermordet worden sind. Daran, dass die verschiedenen militärischen Formationen der sudanesischen Regierung das durchführen, besteht kein Zweifel. Dafür gibt es genug Augenzeugen, auch internationale.

Richard Herzinger:

Ich wollte auf die tückische Kehrseite dieser Universalisierung des Holocausts noch mal eingehen, weil diese Universalisierung eben doch die Spezifik oder auch die Singularität, ganz wie man will, dieses Holocausts gleichzeitig sehr stark verwischt. Herr Brumlik hat eine Definition der Singularität ange-schnitten. Ich versuche, eine noch weitergehende zu geben, die über diese besondere Entwürdigung hinausgeht: Hier wurde, noch jenseits des Rassismus, zum ersten Mal eine Gruppe von Menschen als angebliche Ursache des Weltübels ausgemacht, um mit der vollständigen physischen Auslöschung dieser Gruppe auch gleichzeitig ein verhasstes Prinzip aus der Weltgeschichte zu tilgen. Genau das würde ich noch jenseits der besonderen Grausamkeit und der besonderen Entwürdigung als einen einmaligen Vorgang bezeichnen, allenfalls noch vergleichbar mit der leninistisch-stalinistischen Vernichtungspolitik, die mit der Ausrottung der Bourgeoisie den neuen Menschen schaffen wollte. Aber selbst hier gab es noch Spielräume, dass man sich irgendwie doch umerziehen lassen konnte. Wenn diese relativ abstrakte, auch der sinnlichen Darstellung entzogene Singularität zutrifft, dann tritt ein tückischer Effekt ein. Dadurch, dass der Holocaust in einer besonderen Weise hervorgehoben wird, auch medial, weltweit, also eine ungeheuerliche Aufmerksamkeit auf sich zieht, ohne dass verstanden wird, warum, tritt eine Opferkonkurrenz in Kraft. Jeder, der schlimmes Leid erfährt, will dann in diese Kategorie einrücken, damit er die gleiche Aufmerksamkeit erhält, die dem Holocaust zuteil wird. Und dann wird eine letzte Stufe der Tücke erreicht. Der Vorgang wurde gut illustriert durch Herrn Brumliks Bemerkung zu einem neuen Antisemitismus in Armenien. Die Aggression richtet sich gegen die Juden, weil sie auf der Singularität des Holocausts bestehen. In dem Moment, wo Israel sagt, wir erkennen die Verbrechen gegen andere Völker nicht als gleichrangig mit dem Holocaust an, bricht Antisemitismus in Armenien aus. Ich habe das eben zum ersten Mal gehört, aber ich glaube, dass da diese tückische Dynamik wirkt.

Jens Jessen:

Vielen Dank. Ich weiß nicht, ob es in Armenien so ist, aber von meinen Reisen her weiß ich, dass es Antisemitismus als Opferkonkurrenz gibt. Selbst dort, wo man gar kein verschärftes Opferbewusstsein erwartet, zum Beispiel in Griechenland, ist mir das mehrfach entgegen geschlagen: Niemand denke über das Leid der Griechen nach, weil alle über die Juden nachdenken.

Hajo Funke:

Was Götz Aly heute morgen über die Erinnerung an den Holocaust und was Sie, Frau Zertal, gesagt haben, sollte eigentlich Opferkonkurrenz ausschließen. Man sollte also mit schneller Universalisierung vorsichtig sein. Was Primo Levi beschreibt, ist so verstörend, dass es im Grunde eine Mindestempathie auch in der Öffentlichkeit geben müsste, die eine solche „Opferkonkurrenz“ vermeiden hilft. In einer zu schnellen Universalisierung, die bis in die UNO hinein betrieben wurde, geht das Spezifische unter oder wird jedenfalls nicht angemessen erinnert. Man hat ja in der Nachkriegsgeschichte angemessene universale Begriffe gebildet wie in der Genozid-Konvention. Man braucht nicht diesen vorschnellen, leichten Vergleich mit dem, was nicht so schnell vergleichbar ist. Und so ist es ja auch versucht worden im Falle Bosniens, wenn auch mit langjährigen Verspätungen. Dass das eine böse Absicht war, mit dem Ziel der Ermordung von Menschen in Omarska, steht inzwischen fest und stand auch damals für viele ganz außer Zweifel. Insofern Völkermord ja, Genozid ja, und viele haben ja daran erinnert, dass es etwas war, was es seit 1945 in Europa nicht mehr gab. Das reicht doch völlig für die Interpretation des Gewichts dieser Verbrechen. Nach all dem, was wir heute Nachmittag gehört haben, wäre ich dafür, die Paradoxien eher stärker zu machen, als die Vergleichung und schnelle Universalisierung zu fordern.

Götz Aly:

Die Universalisierung läuft ja immer unter der Frage, was können wir daraus lernen, was machen wir damit usw. Dies wird meiner Ansicht nach dadurch erschwert, dass wir den Holocaust gleichsetzen mit Auschwitz und damit Gaskammer und absolute Vernichtung verbinden. Was davor gewesen ist, das Ganze von Diskriminierung und Judenverfolgung, wenn wir es mehr auffächern und uns ins Bewusstsein rufen, fügt sich sehr viel zwangloser zumindest in die europäische Geschichte, aber auch in viele andere ge-

schichtliche Prozesse ein. Und so würde ich, auch wenn man das nicht so einfach durchsetzen kann, für eine gewisse Verbreiterung des Begriffs von dem, was wir unter Holocaust verstehen wollen, plädieren. Ich kann vielleicht zwei, drei Beispiele geben. Das erste antisemitische Gesetz im modernen Europa gab es in Ungarn 1921. Von ungarischen Studenten ist damals durchgesetzt worden, dass die Zahl der jüdischen Studenten in Ungarn dem jüdischen Bevölkerungsanteil entsprechen sollte. Das war ein „*numerus clausus*“. Das ist etwas ganz Modernes. Da gab es Quotierungsbeauftragte für magyrische Gerechtigkeit in den Immatrikulationsbüros. Das ist uns nichts Fremdes. Das wissen wir irgendwie. Und dies hat sich dann fortgeschrieben in diesen Generationen und ist gesetzlich ausgebaut worden hin zur Quotierung von Berufszugängen usw. Das hat es in Europa alles gegeben. Und das gehört mit zu den Voraussetzungen des Holocausts in Europa. Darüber muss man reden. Mittlerweile werden z.B. die Schriften, das können Sie im Internet nachschauen, der Polnischen Londoner Exilregierung zur Judenfrage im Zweiten Weltkrieg veröffentlicht. Mit diesen Dokumenten muss man sich auseinandersetzen. Keines dieser Dokumente fordert die Vernichtung in der Gaskammer. Aber viele dieser Dokumente fordern die Ausgrenzung, die Lösung der Judenfrage im Nachkriegspolen. Dann die Sache mit den Armeniern. Die Gaskammer war, geschichtlich gesehen, sozusagen das letzte Mittel. Weniger als die Hälfte der Juden ist tatsächlich so ermordet worden. Die meisten sind erschossen worden und ein großer Teil, mindestens eine halbe Million ist verhungert in den Ghettos, umgekommen einfach, unter den schlechten Bedingungen. Es hat z.B. in der besetzten Sowjetunion den Versuch gegeben, Juden in die Sümpfe zu treiben. SS-Leute berichten, sie versinken nicht. Wenn wir das oder den Madagaskar-Plan, also kollektives Aussiedeln, ethnische Homogenisieren in den milderen Formen etwas mehr öffnen, auch im Bewusstsein, dann werden uns die allgemeinen geschichtlichen und auch die menschenrechtlichen Bezüge, das, was daran universell ist und was wir aus ganz anderen politischen und geschichtlichen Zusammenhängen kennen, sehr viel schneller klar, als wenn wir immer, was sicherlich auch richtig ist, aber die Erkenntnis erschwert, auf das Stichwort Auschwitz fokussieren.

Ralf Fücks:

Götz Aly hat sehr gut die Frage artikuliert, ob nicht gerade, wenn wir die Singularität des Holocausts so weit treiben, dass wir ihn entkontextualisieren, dass wir ihn also nicht nur aus der genozidalen Geschichte des 20. Jahrhunderts sozusagen herauslösen, sondern auch aus seiner Vorgeschichte von Antisemitismus, rassistischer Diskriminierung und aus der Vorgeschichte des

politischen Darwinismus, wir dann aus ihm umso weniger politische Lehren für die Gegenwart ziehen können. Wenn man die Einzigartigkeit so weit treibt, dass man den historisch-politischen Kontext, in dem der Holocaust entstehen konnte und entstanden ist, übersieht, gerät man in eine Falle. Wenn man über Holocaust-Pädagogik und über politisches Lernen sprechen will, muss man wohl umgekehrt eher einer Kontextualisierung das Wort reden.

Rudi-Karl Pahnke:

Ich möchte über zwei konkrete Begegnungen sprechen. Ich habe 1999 zum Datum des Kriegsbeginns gegen Polen eine Jugendbegegnung mit zehn Israelis, zehn Polen und zehn Deutschen organisiert. Wir waren in der Ukraine, wir waren in Auschwitz und in Krakau, in Kreisau, in Berlin und in Israel in Jad Vashem. Ein Thema, das permanent zwischen Deutschen, Polen und Israelis und speziell zwischen Polen und Israelis diskutiert worden ist, waren die Opfer der Polen: „Wenn ihr über Holocaust sprecht, dann sprecht ihr gar nicht mehr über uns. Wir sind dann nur noch die Antisemiten. Und das ist unangemessen. Also wenn ihr den Holocaust nur für euch sozusagen vereinnahmt und diesen Begriff singularisiert, dann bagatellisiert ihr unser Leiden durch Nazideutschland völlig“. Diese Problematik kann in einer konkreten Begegnung äußerst delikat, äußerst schwierig werden. Eine andere Begegnung mit palästinensischen Jugendlichen: Ich habe in Jerusalem mit einer sehr bunten Truppe Hebräisch gelernt. Fünf Araber, die sich als Palästinenser fühlten, aus Ost-Jerusalem, fünf Ultra-Orthodoxe aus Amerika, fünf argentinische sozialistische Kibbuzniks, die den Kommunismus retten wollten und ich. Wir waren zusammen in Jad Vashem. Anschließend haben mich die Palästinenser gebeten, ich solle doch mal zu ihnen nach Hause kommen und ihnen erklären, ob es den Holocaust so wirklich gegeben hat oder ob das eine Erfindung der Juden ist. Denn sie würden doch dasselbe erleiden, was die Juden von den Deutschen erlitten haben. Und dies ist eine brisante Frage für Jugendbegegnungen, wie man sich da verhält. Was rät der Erziehungswissenschaftler Leuten, die solche Gruppen leiten?

Jens Jessen:

Herzlichen Dank. Wir beenden dieses Panel und machen eine kleine Pause.

Gedächtnis, Ressentiment und Diplomatie – Deutsch-israelische Beziehungen zwischen historischer Verantwortung und Realpolitik

4

Micha Brumlik:

Wir kommen nun zum dritten Panel des heutigen Tages. Auf dem ersten Panel haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie die Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und Israels individuell mit der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Judenvernichtung umgegangen sind, auch wie sie diese Geschichte entweder für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert oder für ihre politischen Zwecke unterdrückt haben. Im zweiten Panel haben wir uns dann mit der Frage auseinander gesetzt, ob der Holocaust universalisierbar ist, mit anderen Worten, ob die Meistererzählung vom Holocaust in der globalen Welt tatsächlich und wenn, um welchen Preis eine Verbesserung der Menschenrechtslage erzielen kann? Nun wollen wir im dritten Panel noch einmal auf die deutsch-israelischen Beziehungen im engeren Sinne zurück blicken und vor dem Hintergrund dieser sehr komplexen Vergangenheit, in der die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Vernichtung eine unauslöschliche Gegebenheit ist, nach den Möglichkeiten der Weiterentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen fragen. Ich freue mich sehr, Herrn Avi Primor hierzu begrüßen zu können, der, wie Sie alle wissen, lange Jahre Botschafter des Staates Israel in Deutschland gewesen ist. Und ich freue mich darüber hinaus, so renommierte Publizisten und Journalisten wie Alan Posener von der „Welt am Sonntag“, Richard Herzinger von der Schweizer „Weltwoche“ und Jan Ross von „Die Zeit“ als Kommentatoren und Anreger einer Diskussion mit Herrn Primor begrüßen zu können.

Herr Primor, wir freuen uns auf Ihr Referat.

Avi Primor:

Vielen Dank. Herr Brumlik, ich glaube, dass „Gedächtnis, Ressentiment und Diplomatie: die deutsch-israelischen Beziehungen zwischen historischer Verantwortung und Realpolitik“ wirklich ein passender Titel für das Panel ist. Ich glaube nicht, dass es viele Beispiele in der internationalen Diplomatie gibt, wo Fragen des Gedächtnisses und Ressentiments eine so große Rolle gespielt haben, aber Realpolitik letzten Endes die Oberhand gewann. Die Franzosen sagen ja: „Les États et les gouvernements sont des monstres froids“. Staaten und Regierungen sind kalte Monstren. Das heißt, dass Staaten und Regierungen keine Gefühle haben, sie haben nur Interessen. Also sollten in der internationalen Landschaft eigentlich nur Interessen gelten. Aber es gibt natürlich Ausnahmen. Es gibt sogar mehr Ausnahmen als man denkt. In den deutsch-israelischen Beziehungen überwiegen die Ausnahmen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte in Israel eine allgemeine Stimmung, von Deutschland nichts mehr wissen zu wollen. Der Holocaust hat für uns eine ganz besondere Bedeutung gehabt. Zunächst einmal die Bedeutung, die er für alle Juden in der Welt hat, nämlich die größte Tragödie der jüdischen Geschichte aller Zeiten. Aber für uns Israelis warf der Holocaust darüber hinaus die Frage auf: Wer waren wir eigentlich? Wir waren, so wollten wir es sehen, eine ganz neue Generation des jüdischen Volkes, eine Generation von Juden, die die Komplexe der Minderheiten nie kannten, die außer aus Studien, Schulen und Geschichten keinen Antisemitismus kannten und ihn jedenfalls persönlich nicht zu spüren bekommen hatten. Wir waren sehr stolz auf uns. Wir dachten, wir sind eine neue Generation. Wir können wieder Landwirtschaft betreiben, was den Juden in Europa vielfach untersagt war. Wir waren diejenigen, die sich verteidigen können, stolze Kämpfer, also eine ganz andere Generation. Das lernen wir aus der Tragödie des jüdischen Volkes. Die jungen Israelis stellten sich immer die Frage: Wir haben Millionen von unseren Brüdern in Europa verloren. Wie? Auf welche Art und Weise haben wir sie verloren? Sie sind ja nicht so wie die anderen auf dem Schlachtfeld gefallen. Sie wurden wie Lämmer zur Schlachtbank geführt, ja schlimmer noch, sagten wir, sie ließen sich wie Lämmer zur Schlachtbank führen. Wir haben damals wenig von den Bedingungen in Europa unter der Nazi-Herrschaft gewusst. Wenig wussten wir auch vom jüdischen Widerstand. Für uns war das eine schmerzhaft Demütigung. Was konnte man dagegen tun? Wirklich wenige dachten an Rache. Diejenigen, die an Rache dachten, die Rache ausüben wollten, blieben Anekdote. Die autonomen Behörden der jüdischen Gemeinschaft in Palästina lehnten das ab. Für die Mehrheit der Israelis kam Rache ohnehin nicht in Frage.

Wir sann nicht auf Rache. Zunächst einmal gingen wir davon aus, dass wir zu schwach und zu klein dafür waren. Bei uns herrschte keine Stimmung wie in Osteuropa, in Russland, in Polen, wo man wirklich Rache ausüben wollte und auch ausgeübt hat, oder in Tschechien. Rache war für uns kein Thema, das wussten wir. Was konnte man aber dann gegen den Schmerz tun? Wir konnten nur abschalten, sagen, es gibt kein Deutschland mehr. Wir wollen von Deutschland überhaupt nichts mehr wissen. Wir wollen von Deutschland nichts mehr hören. Es gibt kein Deutschland mehr für uns. Deutschland ist bloß noch ein weißer Fleck auf der Landkarte. Und so soll es auch bleiben. Für eine solche Ächtung gab es Beispiele in unserer eigenen Geschichte. Besonders oft wurde damals an Spanien erinnert. Die Juden wurden 1492 aus Spanien vertrieben, obwohl sie dort wie in keinem anderen Land des damaligen Europas integriert waren und sich für große spanische Patrioten hielten. Dennoch wurden sie vor die Wahl gestellt, sich taufen zu lassen oder das Land zu verlassen. Die Mehrheit wollte ihrer Reli-

gion treu bleiben. Die jüdische Gemeinschaft verhängte dann einen Bann über Spanien, einen Bann, der 500 Jahre lang hielt, ehe 1992 der israelische Staatspräsident Jaime Herzog und der spanische König beschlossen, ihn zu beenden. Wir bezogen uns also auf dieses Vorbild aus unserer Geschichte. Was die Spanier uns angetan hatten, war freilich nichts verglichen mit dem, was die Nazis uns antaten. Damals konnte ein Jude sein Leben retten. Er hätte sich ja taufen lassen können. Und Vertreibung muss keine Vernichtung bedeuten. Und wenn wir gegenüber Spanien einen Bann aussprechen konnten, dann müssen wir im Minimum auch gegen Deutschland einen Bann verhängen. Das war die allgemeine Stimmung.

Dass diese Stimmung nicht gehalten hat, ist das Verdienst von Ben Gurion gewesen, den Idith Zertal heute mit Recht mehrmals erwähnt hat. Ben Gurion behauptete nach Gründung der Bundesregierung, und versuchte es uns einzubläuen, dass jetzt ein anderes Deutschland entstehe. Sehr oft hat man in Israel Ben Gurion verhöhnt wegen seiner Behauptung, es entstehe ein anderes Deutschland. Wir wollten Ben Gurion damals nicht verstehen. Ja, er war unser Held, unsere historische Gestalt. Er hatte Macht besessen, wie sie kein Ministerpräsident in Israel jemals wieder hatte. Aber in dieser Sache konnte man ihn nicht verstehen. Warum? Wussten wir nicht, dass es kein Nazi-Deutschland mehr gab? Das wussten wir natürlich. Wussten wir nicht, dass die Bundesrepublik eine echte, parlamentarische Demokratie war? Das wussten wir auch. Vielleicht hatten die Alliierten die demokratische Entwicklung erzwungen, aber die Deutschen machten sich die Demokratie ehrlich zu eigen. Das wusste man. Das hat man auch zugegeben. Was uns am meisten gestört hat, ich spreche vor allem von der jungen Generation, aber nicht nur, war, was wir damals immer wieder gehört haben: Die Deutschen würden die eigene Vergangenheit total verdrängen, vollkommen ignorieren und leugnen. Oder sie würden sagen, Nazi-Verbrechen habe es zwar gegeben, aber während des Krieges hätten sie keine Ahnung davon gehabt. Wir hielten das zumindest für Heuchelei. Selbst diejenigen, die Ben Gurion trotzdem verstehen wollten, fragten doch, wie man einen Dialog mit Menschen führen könne, die die eigene Identität verschleiern. Das kann doch nicht gehen. Also war es am besten, von Deutschland gar nichts wissen zu wollen und Abstand zu halten. Deutschland interessiert uns nicht.

Aber was heißt schon, Deutschland interessiert uns nicht? Als Ben Gurion sagte, es wäre unsere moralische Pflicht, diejenigen, die sich in Deutschland um ein anderes Deutschland bemühen, diejenigen, die sich bemühen, der deutschen Jugend eine andere Erziehung zu gewähren, moralisch zu unterstützen, da konnten wir den Entwicklungen in Deutsch-

land gegenüber nicht wirklich gleichgültig bleiben. Wir wollten es nicht, aber wir haben ja verstanden, dass Deutschland auch von Interesse für uns ist. Deutschland wird ja nicht verschwinden. Und dann kam Ben Gurion mit der Idee, Gespräche über Wiedergutmachung mit den Deutschen zu führen. Das konnte er tun, weil Adenauer selber vor dem Bundestag gesagt hatte, die deutsche Nation werde in der internationalen Gemeinschaft nicht wieder angenommen, wenn sie sich nicht zunächst mit den Juden versöhne. Das hat zumindest Ben Gurion als Zeichen empfunden. Es gab hinter den Kulissen Gespräche, und nur hinter den Kulissen, im Geheimen, weil Ben Gurion selber die eigene Bevölkerung fürchtete, die sich dem widersetze. Wenn ich sage, dass die Bevölkerung sich dem widersetze, ist das eine Untertreibung. Aber warum bestand Ben Gurion darauf? Was war so wichtig an dieser Wiedergutmachung? Es war ja ganz klar, den Holocaust kann man nicht wiedergutmachen. Selbst das geraubte Vermögen der Juden kann man nicht zurück erstatten. Das ist überhaupt nicht machbar. Er sagte, die Deutschen hätten eine moralische Pflicht. Auch wenn sie, was geschehen war, nicht wiedergutmachen können, können sie zumindest dazu beitragen, dass die wenigen Überlebenden, die mit den tiefsten Narben in ihrer Seele und in ihrem Körper zu uns gekommen sind, ein neues Leben aufbauen können. Dazu könnten die Deutschen beitragen, und das wäre auch ihre moralische Pflicht. Er hat es ernst gemeint. Darüber hinaus gab es aber auch die Realpolitik. Und was war damals die Realpolitik?

Man muss ja sehen, was für einen Staat Israel wir damals hatten. Wir sind 1948 als unabhängiger Staat geboren worden, aber im Krieg geboren. Sobald Ben Gurion die Unabhängigkeit ausgerufen hatte, haben uns alle unsere Nachbarn angegriffen, und die Invasoren sagten ganz klar und ganz offen, dass es ihr Ziel war, den Staat Israel im Keim zu ersticken. Alle Nachbarstaaten gegen wen? Gegen 600.000 Israelis. Das waren wir damals. Die Bevölkerung des Staates Israel 1948 betrug 600.000 Einwohner und nicht mehr. 600.000, die kaum eine Volkswirtschaft hatten, die von den Engländern im Stich gelassen, ja als Feinde betrachtet wurden, die keine Industrie hatten, kaum ein wenig Landwirtschaft. Wie soll man unter solchen Umständen überleben? Um so mehr, nachdem man diesen Krieg zwar gewonnen hatte, aber die Nachbarstaaten die Niederlage nicht akzeptieren wollten und sofort erklärten, es würde weitere Runden geben, bis man den Staat Israel aus dem Nahen Osten weggefegt hätte. Also wie soll man eine solche Situation überstehen? Darüber hinaus brauchten wir vom Ausland Investitionen. Aber bekommen haben wir die nicht. Flüchtlinge haben wir bekommen, Hunderttausende von Flüchtlingen, zunächst einmal die Überlebenden aus den KZs und dann die Flüchtlinge aus der arabischen Welt, aus der islamischen Welt. Wie sollte der Staat eigentlich diese Flüchtlinge, die in

Wirklichkeit so gut wie nackt zu uns gekommen sind, sie hatten ja überhaupt kein Besitztum, wie sollte man die aufnehmen? Wie sollte man denen ein neues Leben gewähren, neue Möglichkeiten bieten? Und sich dann gleichzeitig auch noch verteidigen?

Waffen mussten wir haben, Munition. Also brauchte man unbedingt und sofort Investitionen, um eine Volkswirtschaft aufzubauen. Diese Investitionen, sagte Ben Gurion, wären die moralische Pflicht der Deutschen und ihre Lieferungen wären für Israel unentbehrlich. Sie wären für Israel vielleicht sogar die Rettung, weil die ganze Welt damals Israel nicht als einen lebensfähigen Staat betrachtete. Deshalb investierte man nicht bei uns. Wenn der Staat nicht als lebensfähig erscheint, wer soll dort investieren? Ein Privatmann schon gar nicht, aber auch Staaten nicht, auch Regierungen nicht. Meistens boykottierten sie uns damals noch, übrigens auch die Amerikaner. Das Wiedergutmachungsabkommen, das vielleicht die Mehrheit der Israelis damals nicht verstehen konnte, das zum Teil auf Widerstand stieß, in Israel Ausschreitungen gegen die Regierung zur Folge hatte, konnte den Staat Israel tatsächlich zumindest eine Zeit lang retten. Ich behaupte, dass die moderne israelische Wirtschaft mit dem Wiedergutmachungsabkommen begonnen hat. Das waren die Investitionen, die uns eine neue Wirtschaft ermöglicht haben. Wir bekamen von den Deutschen ja kein Bargeld. Das wollten wir auch nicht. Ich glaube auch nicht, dass Adenauer Bargeld zur Verfügung gehabt hätte. Wir wollten Investitionen, d. h. Maschinen, Ersatzteile, Schiffe, Lokomotiven, solche Sachen. Und das entsprach dem Kalkül Adenauers, der damals starkes Interesse daran hatte, die deutsche Industrie wieder anzukurbeln.

Also hat ein Teil der deutschen Industrie damals für Israel gearbeitet. Zwar hat das die Bundesregierung bezahlt, aber damit konnte man auch teilweise die Industrie ermutigen, wenn nicht gar ankurbeln, und für Israel war das die Grundlage der neuen Wirtschaft. Also war das Realpolitik für Deutschland wie für Israel. Sie hat genau das Ziel, das sie anstrebte, erreicht. Freilich konnte man dann die Frage stellen, ob sich gute deutsch-israelische Beziehungen darauf bauen ließen? Das war zumindest nicht selbstverständlich. Zunächst einmal, weil die meisten Israelis sich dem widersetzen. Sie sagten, na gut, wenn die Deutschen uns ein bisschen helfen wollen, dann tun sie viel weniger als das Minimum. Sie sind uns ja so viel schuldig. Das bisschen Wiedergutmachung kann unsere Haltung gegenüber Deutschland nicht ändern. Und vor allem beschloss selbst das israelische Parlament damals, dass man kulturelle Beziehungen mit den Deutschen auf keinen Fall aufnehmen werde. Kulturelle Beziehungen sind schon Beziehungen zwischen Menschen, nicht nur zwischen Regierungen, zwischen kalten

Monstern. Übrigens hielt das Parlament an seiner Meinung selbst dann noch fest, als wir schon diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten.

Aber es entwickelte sich hier ein Phänomen, an das weder Ben Gurion noch Adenauer dachten. Wiedergutmachung, sagte ich, bedeutete damals Investitionen, Maschinen, Ersatzteile. Ja, aber wie macht man sich eigentlich mit der Handhabung der deutschen Maschinen vertraut, wenn man mit den Deutschen nicht sprechen will, wenn man Deutschland nicht besuchen will, wenn man die deutschen Fabriken nicht kennen lernen will? Wie macht man das, wenn man keine deutschen Ingenieure empfangen will? Es gibt keinen Kontakt mit den Deutschen. Deutschland ist ein weißer Fleck auf der Landkarte. Ja, wie sollen die Maschinen ankommen? Wie soll man sie anwenden? Und da gab es keine Alternative dazu, dass doch irgendwelche israelischen Fachleute nach Deutschland fahren mussten. Und es fanden sich mit Ach und Krach Leute, die sich freiwillig bereit erklärten, nach Deutschland zu fahren, natürlich mit der Erklärung, sie würden die deutschen Fabriken besuchen, aber mit den Deutschen nie sprechen, klar. Und es gab auch deutsche Freiwillige, die bereit waren, nach Israel zu kommen, obwohl sie große Angst hatten. Sie dachten, die Juden sind doch rachsüchtig. Man bringt mich ja um, wenn ich nach Israel komme. Aber es gibt immer mutige Leute, vielleicht weil sie Abenteuer lieben. Diese Freiwilligen, ob sie es wollten oder nicht, mussten mit den Partnern sprechen. Ich kann doch nicht einen Ingenieur in eine Fabrik setzen und er spricht nicht mit den deutschen Kollegen. Das geht nicht. Das geht vielleicht einen Tag oder zwei, aber dann geht es nicht mehr. Und da entwickelte sich ein Phänomen, an das keiner gedacht hatte. Es entwickelten sich zwischenmenschliche Beziehungen. Der Sinn der Sache, des Wiedergutmachungsabkommens, war nicht, zwischenmenschliche Beziehungen zu entwickeln. Die kamen von allein zustande, unter Druck, vielleicht sogar zwangsläufig, bestimmt widerwillig. Aber sie haben sich entwickelt. Wenn Menschen Menschen kennen lernen, unmittelbar miteinander sprechen, persönlich, dann verschwinden allmählich die Vorurteile und die Vorbehalte. Dann sieht man vor sich keinen Vertreter eines Gespenstes oder überhaupt irgendein Symbol oder überhaupt irgendeinen Vertreter. Man sieht einen Menschen, mit dem man sich anfreundet und den man kennen lernen will.

Dieses Phänomen hat zu einer allmählichen Entwicklung geführt, sehr langsam natürlich, sehr widerwillig, welche aber die Situation radikal verwandelt hat. Und wenn wir die Beziehungen zwischen Israelis und Deutschen von vor 20 Jahren, vor 30 Jahren, vergleichen mit den Beziehungen zwischen Juden in aller Welt und Deutschen, da werden wir den Unterschied sehen. Als ich noch vor zehn Jahren in Amerika vor jüdischen

Gemeinden sprach über deutsch-israelische Beziehungen, haben die Leute protestiert, manche haben geweint. Was soll das, solche guten Beziehungen zu den Deutschen? Für mich war das schon längst eine Tatsache. Die Frage, ob man mit den Deutschen normale Beziehungen haben soll oder nicht, war für mich längst überholt. Und in Amerika wurde ich noch beschimpft. Warum? Weil die Juden in Amerika keine Gelegenheit hatten oder nicht gezwungen waren, zwischenmenschliche Beziehungen mit den Deutschen zu entwickeln. Die Israelis mussten es, dank des Wiedergutmachungsabkommens. Ich glaube, dass diese Beziehungen dazu geführt haben, dass wir 1965 schon so weit waren, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen, obwohl das auch dann noch nicht selbstverständlich war, bei weitem nicht. Aber man konnte sich dieser Idee schon irgendwie annähern. Die großen Schwierigkeiten lagen damals übrigens nicht nur auf Seiten der Israelis, sondern auch auf Seiten der Bundesregierung. Es gab schon damals Probleme mit der Anerkennung der DDR durch die arabischen Länder. Also war es nicht so einfach, mit den Israelis diplomatische Beziehungen zu knüpfen. Tatsache war aber, dass man auf beiden Seiten reif geworden war, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Seitdem haben sich die Beziehungen entwickelt, wie selbst 1965 niemand vorhersehen konnte. Wenn ich sage, dass Deutschland nach den Vereinigten Staaten unser wichtigster Partner in der Welt ist, dann ist das für jeden Israeli heute selbstverständlich. Vor 30 Jahren, vor 40 Jahren hätte so etwas kein Mensch behaupten, ja noch nicht einmal daran denken können. Das wäre unvorstellbar gewesen. Deutschland ist unser großer Partner in jedem Bereich, im politischen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, auch im militärischen Bereich, auch im Geheimdienst, überall. Aber vor allem in Sachen Wissenschaft, Forschung, Jugendaustausch, Städtepartnerschaften, also dort, wo wirklich zwischenmenschliche Beziehungen entstehen.

Nun ist die Frage, wie geht es weiter? Das war Ihre Frage, Herr Brumlik. Eigentlich hätte ich sagen können: Warum soll es weitergehen? Es geht ja sehr gut. Was soll ich mir da Sorgen machen. Es geht wunderbar. Man kann ab und zu politische Meinungsverschiedenheiten haben. Aber unter Freunden ist das doch normal. Nein, es geht weiter auch in Sachen Europäische Union. Israel hat wenig Verständnis für die Europäische Union. Wir haben uns von den Europäern im Laufe der Jahre allmählich entfernt, haben Augen nur noch für die Vereinigten Staaten. Europa, ja, wir sind da ein wenig argwöhnisch. Europa ist ein bisschen feindselig gegenüber Israel und zumindest nicht sehr freundlich. Zumindest würde Europa Israel eher kritisieren und die Palästinenser unterstützen. Das ist die allgemeine Meinung in Israel. Und abgesehen davon ist Europa auch nicht so wichtig. Die Europäer haben ja keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Und Amerika ist wirklich entscheidend, also Amerika, Amerika und nichts anderes. Das ändert sich mit der Zeit. Allmählich versteht man, dass diese Sicht zumindest ein bisschen oberflächlich ist. Europa entwickelt sich, hat immer mehr Gewicht und wird darüber hinaus unser Partner, unser Nachbar. Wir befinden uns heute lediglich 250 km von der Europäischen Union entfernt, nachdem Zypern Mitglied der Europäischen Union geworden ist. Handel betreiben wir mit der Europäischen Union zweimal soviel wie mit den Vereinigten Staaten. Und wenn ich von der großen Kooperation zwischen Israel und Deutschland spreche, dann geht es hier auch um eine europäische Zusammenarbeit, selbst wenn die meisten Israelis das nicht wahrnehmen wollen.

Wir wissen, dass Deutschland unser Fürsprecher in der Europäischen Union ist und bleiben wird. Vor etwas über zehn Jahren, unter deutscher Präsidentschaft, hat der Europäische Rat auf dem Gipfeltreffen in Essen beschlossen, dem Staat Israel einen privilegierten Status einzuräumen. Das haben die Europäer einstimmig beschlossen, aber jedermann wusste, dass es eine deutsche Errungenschaft war. Die Deutschen haben daran gearbeitet. Sie haben das erreicht. Sie haben die anderen Europäer überzeugt und überredet. Die Beziehungen haben sich dank der zwischenmenschlichen Beziehungen tiefgreifend entwickelt. Diese Beziehungen sind weder oberflächlich noch vorübergehend und sie haben ein weiteres Ziel, und das Ziel heißt die Europäische Union. Wir werden mit Deutschland rechnen müssen. Wir werden uns auf Deutschland verlassen. Ich hoffe, dass wir auch die Europäische Union ein bisschen besser verstehen lernen.

Das ist das Gedächtnis. Ressentiments gibt es vielleicht immer noch. Die Diplomatie hat die Oberhand gewonnen, auch die Realpolitik. Aber ich wiederhole: ausschließlich dank der Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Micha Brumlik:

Vielen Dank, Herr Primor. Ich darf gleich Herrn Posener um seinen Kommentar bitten.

Alan Posener:

Avi Primor is a hard act to follow. Und dieser Subtext Ihres wunderbaren Referats ist die große Leistung der zionistischen Revolution, der einzigen

neben der amerikanischen, die eine vollkommene Erfolgsgeschichte ist. Es fällt mir wirklich sehr schwer, ein bisschen Wermut in den Wein zu gießen, aber ich mache es trotzdem. Dies ist ja Aufgabe eines Kommentars. Aber leider bin ich auch wirklich davon überzeugt, dass Ihr Optimismus nur eine Seite der Medaille ist. Jedenfalls gilt, wo viel Licht ist, ist ganz sicherlich auch viel Schatten. Und ich möchte das aufhängen an einer Formulierung, die immer wieder von den Offiziellen in Deutschland gebraucht wird, ganz gleich welcher Couleur. Deutschland habe eine besondere Verantwortung für Israel. Das wird begründet mit der deutschen Geschichte, wobei auch gesagt wird, Deutschland hat keine Schuld, aber Verantwortung. Und da wird Israel mit einbezogen. Gleichzeitig – soviel zu den zwischenmenschlichen Beziehungen – halten etwa 60% der Deutschen (das liegt über dem europäischen Durchschnitt) Israel für die größte Gefahr für den Weltfrieden, noch vor Iran und Nord-Korea, diesen beiden Schurkenstaaten auf der Achse des Bösen. Und 70%, die Bielefelder Studie wurde vorhin zitiert, 70% der Deutschen – ich zitiere – sind es leid, ständig mit den deutschen Verbrechen konfrontiert zu werden. Das heißt, 70% der Deutschen sagen, dass sie in Wahrheit die Grundlage für diese besondere Verantwortung ablehnen bzw., wenn man das interpretieren will, sie sind es leid, auf Grund einer Verantwortung, die sie ohnehin nicht tragen wollen, einen Staat unterstützen zu müssen, den sie als eine Gefahr für den Weltfrieden ansehen. Ich fürchte, das wird man in Rechnung stellen müssen. Wir haben einen Versuch gehabt in der deutschen Politik, und nicht irgendwie von ganz rechts, von der NPD/DVU, sondern von der Freien Demokratischen Partei, Stichwort Herr Möllemann, dieses Gefühl zu instrumentalisieren. Und obwohl er damit auf eine grandiose Art und Weise gescheitert ist, war die Führung dieser Partei zumindest einige Wochen lang nicht in der Lage, mit dieser diffusen Mobilisierung zu brechen. Die Rede ging so: Herr Friedmann sei schuld am Antisemitismus in Deutschland, weil er so unkritisch sei gegenüber der israelischen Regierung, die ja bekanntlich die Palästinenser wie Dreck behandle. Dass also diese Rede eine Partei der Mitte, nach den Grünen die bürgerlichste Partei Deutschlands, derart aus der Bahn werfen konnte, finde ich bedenklich. Und ich frage mich ganz einfach, wann kommt die nächste Versuchung, in welcher Partei und in welcher Form? Kommen wird sie, und ich bin keineswegs sicher, wie die Parteien reagieren werden. Die Versuchungen werden kommen, und ich bin keineswegs sicher, dass sie so glimpflich abgehen werden wie in Sachen Möllemann, wobei man ja auch noch heute überall, wenn die Mikrofone ausgeschaltet sind, hören kann: „Wer hat nun wirklich Möllemanns Fallschirm falsch eingepackt?“ usw. Ich frage mich dann auch, worin eigentlich diese besondere Verantwortung sich ausdrückt. Trotz der beeindruckenden Handelszahlen mit der EU, die Sie genannt haben: Es ist ja nicht so, dass Deutschland, insbesondere finanziell,

Israel am meisten unterstützte, geschweige denn militärisch, noch dass es so etwas gäbe wie eine deutsche Garantie für den Bestand Israels. Und wenn es hart auf hart kommt, und die Frage gestellt wird, ob wir Panzermotoren liefern, lehnen wir dies ab, weil das ein Spannungsgebiet ist, gerade so, als ob es unerheblich wäre, wer die Spannungen dort hervorruft. Aktuell geht es um Fuchs-Personentransporter, die Deutschland nicht liefern will, weil es ja sein könnte, dass israelische Soldaten damit in die besetzten Gebiete fahren würden, um dort Terroristen zu bekämpfen. Also liefern wir sie nicht in ein Spannungsgebiet. Ich sehe da nichts von besonderer Verantwortung. Ich sehe da eine besondere Verantwortungslosigkeit. Und schließlich, um abzurunden, glaube ich, dass wir möglicherweise in Deutschland die Frage falsch stellen, weil wir sagen, wir haben eine besondere Verantwortung für Israel, denn wen haben die Israelis sonst? Konstruktiver wäre es, andersherum zu fragen: Wen haben wir im Nahen Osten außer Israel? Gut, wir haben die Türken möglicherweise, wenn wir sie nicht noch einmal so vor den Kopf stoßen wie beim letzten Mal in der NATO, als wir gesagt haben, wir unterstützen euch nicht für den Fall, dass der Irak euch angreift. Wir haben aber sonst niemanden. Und die Begründung, glaube ich, für die besondere Verantwortung gegenüber Israel sollte lauten, für Israel einzutreten heißt, für das Prinzip Selbstbestimmung der Völker, liberale Demokratie im Nahen Osten eintreten. Und dafür sind wir, weil wir seit dem 11. September 2001 wissen, dass es ohne dieses Prinzip im ganzen Nahen Osten einfach keine Sicherheit für uns geben wird. Dies ist sicherlich eine Argumentation, die kontraintuitiv ist in der deutschen Debatte. Aber ich glaube, wenn nicht auch von regierungsamtlicher Seite der Diskurs umgekehrt und nicht mehr gesagt wird: Ja, wir müssen diesem armen bedrohten Volk helfen oder ihm beiseite stehen aus der Verantwortung für den Holocaust, was sicherlich richtig ist, sondern: Hier ist ein Vorposten dessen im Nahen Osten, was wir allen Völkern der Region wünschen aus wohlverstandenen eigenen Interesse, wenn nach 40 Jahren diese Umkehrung der Argumentationslast nicht erfolgt, dann fürchte ich, wie gesagt, dass aus der Mitte der Gesellschaft Dinge kommen können, die die Partnerschaft mit Israel, trotz allem, was Sie gesagt haben, Herr Botschafter, doch gefährdeter erscheinen lassen, als es am Ende Ihrer Rede klang.

Micha Brumlik:

Ich darf gleich Herrn Herzinger bitten.

Richard Herzinger:

Was Sie vorgetragen haben, Herr Primor, war sehr überzeugend. Ich hoffe auch, dass Sie Recht haben. Das will ich vorweg schicken. Dennoch sehe ich auch Veränderungen in der deutschen Gesellschaft, die mir doch Anlass zu Bedenken geben. Was ist an dieser stehenden Rede von der besonderen Verantwortung für Israel so tückisch? Sie wird vielfach aufgenommen als Signal, ungewollt wohlgermerkt: Aha, hätten wir das nicht gemacht damals, dann würden die Politiker anders reden. Dann würden sie auch anders umgehen mit Israel. Es gibt also in dieser Formulierung eine Ambivalenz, die sie unehrlich erscheinen lässt. Wir sollten deutlicher machen, und ich fürchte auch, dass das in den letzten Jahren doch in Vergessenheit geraten ist, dass wir Israel unterstützen, weil es eine liberale Demokratie ist, mehr noch, weil es eine pluralistische Gesellschaft ist, eine offene Gesellschaft, eine multiethnische Gesellschaft, wenn man so sagen darf, Amerika vielleicht ähnlicher als jedes andere Land der Welt. Dieses Bewusstsein ist doch sehr stark verloren gegangen. Diese stehende Rede von der besonderen Verantwortung für Israel ist so vergangenheitsbezogen, sie kommt auch oft sentimental daher. Ich sage nicht, dass man das nicht auch sagen muss, denn es stimmt ja. Aber es wird nach meinem Eindruck zunehmend anders gelesen: Ja, die müssen da ihre Verpflichtungen, Erklärungen abgeben, aber die würden auch anders reden, die würden auch mal Tacheles reden, wenn die dürften. Herr Posener hat die Umfragen erwähnt, wonach gesagt wird, man sei es leid, ständig an die Naziverbrechen erinnert zu werden. Das stelle ich auch als Stimmung in der Bevölkerung fest, ohne jetzt selber Zahlen vorweisen zu können. Es liegt daran, glaube ich, dass die Geschichte der Judenverfolgung, wir haben das ja heute schon ausführlich diskutiert, doch mittlerweile in einer gewissen Weise von den Deutschen selbst als Teil ihrer Nationalgeschichte eingearbeitet worden ist. Also plakativ gesagt, diese 70%, die da sagen, wir wollen daran nicht mehr erinnert werden, die kommen, das muss man sehen, nicht unbedingt zustande durch Antisemitismus. Sondern sie kommen eben auch dadurch zustande, dass man sagt, ja, wir haben doch schon so viel getan. Wir haben doch vorbildlich unsere Geschichte aufgearbeitet. Wir können geradezu stolz sein darauf. Kein anderes Land in der Welt hat so viel getan. Wir sind einzigartig in unserer Vergangenheitsbewältigung. Es ist schon zu einem Teil des Nationalstolzes geworden in Ansätzen und daraus können wir jetzt auch größeren Handlungsspielraum in der Weltpolitik ableiten. Wir können daraus vielleicht sogar ableiten, dass wir jetzt prädestiniert sind, besonders friedfertige Politik zu machen im Gegensatz zu Amerika z.B. Und es kommt eben auch wieder diese komische Drehung rein, dass man sagt, wir müssen nicht mehr an unsere Verantwortung erinnert werden, weil wir schließlich absolute

Spezialisten und Kapazitäten auf diesem Gebiet sind. Diese bedenkliche Drehung ist nicht so leicht auszumachen wie ein offenes Ressentiment. Ich sehe auch die Gefahr von Interessenkonflikten. Man sieht Israel doch weniger als Verbündeten an, denn als Problem, als Risikofaktor. Man hat dann den Eindruck, Israel treibt uns oder zwingt uns in Konflikte, mit denen wir eigentlich nichts zu tun haben. Das entspricht eigentlich dem Affekt, der gegenüber Amerika sehr weit verbreitet ist. Ich glaube, dass das unterhalb der Schwelle irgendeines Antisemitismus ein Grundgefühl ist, dass wir uns eigentlich nicht beteiligt fühlen. Sonst könnte ich mir gar nicht erklären, dass man gegenüber einer möglichen Nuklearrüstung Irans so ruhig bleibt. Und wenn man diese Ruhe vergleicht mit der Aufregung, die es in den 80er Jahren gab wegen der Nachrüstung, ist das schon sehr merkwürdig. Dies liegt daran, dass man die Entwicklungen im Nahen Osten verdrängt oder vielleicht auf einen Interessenausgleich setzt, und alles, was da geschieht an Gewalt nicht wirklich verstehen will, sich jedenfalls da nicht involvieren lassen will. Und obendrein wird Israel sehr häufig als die eigentliche Ursache dieser Unruhe angesehen. Das wären meine Bedenken, die das positive Bild trüben könnten, das Herr Primor gezeichnet hat.

Micha Brumlik:

Es gab schon die ersten Wortmeldungen. Aber wir wollen vorher noch Herrn Ross hören. Bitte.

Jan Ross:

Ich bin insofern in der glücklichen Lage, als ich eine Mittelposition einnehme zwischen dem Primor'schen Optimismus und den sehr nachgedunkten oder eingedüsterten Perspektiven der vorigen Kommentatoren. Ich habe das Gefühl, dass das deutsche Verhältnis zu Israel sich gewissermaßen dem europäischen Normalzustand annähert. Dieser europäische Normalzustand ist im Augenblick nicht günstig. Er ist aber auch nicht fixiert. Er kann sich verändern. Ich glaube, dass die Europäisierung dieses deutsch-israelischen Verhältnisses wahrscheinlich ein zweiseitiger Prozess ist. Ich habe den Eindruck, dass auch von israelischer Seite, übrigens auch von Juden sonst in aller Welt, Europa zunehmend als Einheit wahrgenommen wird. Es ist gar nicht so sehr die Besonderheit der deutschen Geschichte mehr, sondern Europa als Ganzes, das in den Blick kommt, natürlich auch dann in der negativen Erinnerung als Verfolgerkontinent und als Kontinent, von dem man geflohen ist. Umgekehrt scheint mir die

deutsche Perspektive auf Israel sich einer gemeineuropäischen anzunähern, die ich für kritisch, manchmal für ungerecht kritisch, in der Regel aber nicht für antisemitisch oder antisemitisch grundiert halte. Das besondere Charakteristikum dieser Situation scheint mir, das ist auch schon angeklungen, die Identifikation von Israel mit Amerika und von Amerika mit Bush zu sein. Also wenn es früher so war, auch in Deutschland, dass Israel weitgehend für sich oder unter dem Gesichtspunkt der jüdischen Geschichte in Deutschland und des Verbrechens der Deutschen an den Juden betrachtet wurde, ist die Perspektive heute bestimmt von dem Bushschen Antiterror-Krieg, in dem Israel ein enger Verbündeter ist und in dem die Abneigung, ja der Hass, die Bush vielfach in Europa entgegen schlagen, gewissermaßen auf Israel übertragen werden, sekundär, was nicht heißt, dass das weniger dramatisch sein müsste. Aber das ist, glaube ich, der Prozess, der da stattfindet. Im Augenblick wird im öffentlichen Bewusstsein Israel mit in Haft genommen und abgestraft für eine gegenwärtige amerikanische Politik, oder das, was für eine gegenwärtige amerikanische Politik gehalten wird.

Wenn man diese berühmte Robert Kagansche Unterscheidung von Mars und Venus nimmt und Europa eben als den Venus-Kontinent, der sich mit diesen Mars-Werten und den Mars-Ländern besonders schwer tut, dann erscheint Israel aus dieser Perspektive als ein besonders extremes Mars-Land. Was ja übrigens mit den durchaus zivilen Zügen der israelischen Gesellschaft gar nicht übereinstimmt. Und das ist ein wesentlicher Punkt, Herr Botschafter Primor hat ihn angesprochen. Es hängt schon sehr viel von persönlicher Bekanntschaft mit dem Land ab. Ich weiß das von Leuten, die den Nahost-Konflikt bisher nur aus dem Fernsehen kannten. Wenn die da mal gewesen sind, kommen sie in der Regel mit ganz anderen Eindrücken zurück. Doch die universale CNN-isierung oder BBC-isierung unserer Nahost-Wahrnehmung, die prägt eben eine bestimmte, letztlich gegen Israel gerichtete Perspektive auf den Konflikt. Wenn es stimmt, dass das im Grunde genommen ein europäisch-israelisches oder israelisch-europäisches Phänomen ist, dann ist es auch veränderbar. Ich bin nicht sicher, ob das Verhältnis so gespannt bleiben wird, wie es jetzt ist. Ich glaube, dass auch Israel eine andere Perspektive auf die Europäische Union gewinnen könnte in dem Augenblick, in dem der Friedensprozess mit den Palästinensern weiter ist, wo der Konflikt sozusagen einen Grad an Zivilität erreicht, in dem die typisch europäischen Möglichkeiten des Engagements mehr zur Geltung kommen und diese Perspektive einer Einbeziehung, vielleicht nicht in die EU, aber doch eben in einen europäischen Raum, sich realisieren wird. Der Scharon'sche Sperrzaun ist ja doch letztlich das Symbol dafür, dass man nicht Teil des Nahen Ostens sein wird. Wo gehört man dann hin? In diesen mediterranen Raum, der irgendwie doch ein europäischer Raum ist. Und dann könnten

sich die Perspektiven auch wieder verändern und die deutschen Perspektiven gleich mit. Ich habe sogar das Gefühl, dass die Art und Weise, wie die deutsche Öffentlichkeit auf Israel schaut, schneller wieder freundlich werden wird, als die Art mit der sie auf die Vereinigten Staaten schaut.

Micha Brumlik:

Vielen Dank. Es gibt bereits eine Redeliste.

Elke Gryglewski:

Also zum einen möchte ich mich Herrn Ross anschließen. Ich hänge auch ein bisschen zwischen Baum und Borke. Ich glaube schon, dass wir uns im Moment fragen müssen, ob es einen Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur in Deutschland gibt. Aber das ist eine Frage, die man, glaube ich, noch nicht beantworten kann. Aus meiner Arbeit kann ich ein Kriterium anführen, das auch Herr Primor genannt hat: die Intensität der Jugendbegegnungen. Und wenn man sich die letzten Jahre anschaut, ist es eben leider so, dass zumindest die Reisen von Deutschland nach Israel aufgrund der Situation in Israel sehr zurückgefahren wurden, was wiederum die negative Konsequenz hatte, dass viele israelische Gruppen ganz zu Recht gesagt haben, warum sie nach Deutschland kommen sollten, wenn in vielen Fällen der deutsche Begegnungspartner dann gar nicht mehr nach Israel kommen wird? Ich habe eine Frage an Herrn Posener und an Herrn Herzinger. Sie haben beide diese Befragung zitiert, die ergeben hat, dass 70% glauben, von Israel gehe Gefahr für den Weltfrieden aus. Ich lasse mich da gerne korrigieren, aber ich hatte gehört, es seien 50% oder 60% gewesen. Wie dem auch sei, die Antwort hängt immer auch davon ab, wie gefragt wird. Und wenn die Leute gefragt werden, ob sie glauben, dass aufgrund der Situation im Nahen Osten oder des Konflikts von Israel mit Palästina im Nahen Osten eine Gefahr für den Weltfrieden ausgeht, und die Leute dann „ja“ sagen, und so hatte ich es verstanden, dann ist das etwas völlig anderes, als wenn die Leute gefragt werden: „Glauben Sie, dass Israel den Weltfrieden gefährdet?“

Avi Primor:

Dazu möchte ich schon etwas sagen. Es ist klar, dass diese Meinungsumfrage ganz falsch formuliert wurde. Es geht in diesen Meinungsumfragen ja darum,

von wo Gefahr für die Welt oder den Weltfrieden ausgeht. Aber in der Umfrage werden weder die Palästinenser erwähnt noch der Weltterrorismus, noch Islamismus, noch Fundamentalismus, noch die Nahost-Krise. Einzig Israel wird erwähnt. Viele Leute sagen sich da, ja, ich wähle unter den Möglichkeiten, die mir zur Verfügung stehen, Israel aus, weil das der einzige Vertreter des Nahost-Konflikts in dieser Meinungsumfrage ist. Sie war falsch formuliert, und ich glaube, dass die Europäische Kommission dies auch eingestanden hat. Und insofern finde ich diese Meinungsumfragen nicht sehr maßgebend.

Micha Brumlik:

Ich glaube, es gehen ein paar Meinungsumfragen im Moment durcheinander. Ich kenne diese Umfrage von 2003, die die EU gemacht hat, in der gesagt wurde, Israel bedrohe den Weltfrieden und die dann als unpräzise wohl auch zurückgezogen wurde. Und wir sprachen gleichzeitig von einer jüngst gemachten Umfrage des Bielefelder Instituts von Heitmeyer. Da kenne ich aber die Zahlen so, dass 51% gesagt haben sollen, Israel mache gegenüber den Palästinensern eine mit den Nazis vergleichbare Politik oder begehe vergleichbare Verbrechen wie die Nazis. Und ungefähr 62% sagten, die Israelis führten einen Vernichtungskrieg gegen Palästina.

Richard Herzinger:

Ich will hier auch meine Skepsis anmelden gegenüber diesen Umfragen. Trotzdem glaube ich, dass die Ergebnisse nicht von ungefähr kommen, dass es sich nicht nur um ein Missverständnis handelt. Ich glaube, dass sich in der letzten Zeit doch erhebliche Veränderungen zeigen, die leider in diese Richtung gehen. Und ich glaube auch nicht, dass das nur mit der aktuellen Situation mit Präsident Bush und dieser zugespitzten Situation mit Sharon usw. zu tun hat, wie Herr Ross andeutete. Das wirkt als Katalysator, weil beides ja keine besonders sympathischen Figuren sind, verglichen mit dem, was wir unter Politikern hier verstehen. Und ich glaube schon, dass sich hier grundlegende Veränderungen abzeichnen, die, um noch einmal auf Herrn Ross zu kommen, man auch so umkehren könnte: Man verdächtigt Amerika, sich von Israel in Kriege treiben zu lassen, die es von sich aus gar nicht führen würde. Vielleicht eine extreme Konsequenz, die ich aber öfter gehört habe. Ich will jetzt nicht weiter darüber spekulieren, aber es scheint mir so tiefgehend zu sein, dass man doch sagen kann, hier werden vergangenheitspolitische, sehr weit reichende eigene Identitätsfindungsprozesse ausgetra-

gen, die sich nicht zufällig an Amerika entzünden, dem Land, das uns die Demokratie „aufgedrückt“ hat. Wir haben, so könnte diese Argumentation lauten, jetzt so eine schöne Demokratie, die aber noch mit dem Makel behaftet ist, dass wir sie nicht selber machen konnten. Wir wollen jetzt Amerikas Rolle relativieren, damit wir am Ende sagen können: Ja, wir haben da doch mehr Anteil daran als dieser große Lehrmeister. Bei Israel erübrigen sich weitere Ausführungen zum identitätspolitischen Zusammenhang. Ich glaube, hier werden eigene Identitätsfindungsprozesse ausgetragen an diesen Projektionsflächen.

Ralf Fücks:

Ich gehöre auch eher zu denjenigen, die es nicht für ausgemacht halten, dass diese besonderen partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, die ja fast ein historisches Wunder sind, auch in der Zukunft standhalten. Ich will Indikatoren dafür nennen, die man ernst nehmen muss. Nach meiner Wahrnehmung und nach allem, was ich gelernt habe in den letzten Jahren, gibt es doch eine starke politisch-kulturelle Ungleichzeitigkeit im israelischen und deutschen öffentlichen Bewusstsein. Ich will das an zwei Begriffen festmachen. Das eine ist die Rolle der politischen Gewalt als Mittel des Konflikts. Es gibt wenig Verständnis in der Bundesrepublik, obwohl wir uns in den letzten Jahren zu humanitären Interventionen durchgerungen haben, für die Art von Selbstverteidigung, die Israel praktiziert. Das andere ist das Verständnis von Nation. Die Bundesrepublik ist in ihrer Mentalität, zumindest scheint es so, bereits im postnationalen Stadium. Die bundesdeutsche Linke ist es insbesondere. Es gibt wenig Verständnis für dieses Insistieren auf Israel als dem jüdischen Nationalstaat, bis hin zum Kampf um Land, was in unseren Augen ziemlich anachronistisch ist. Diese Ungleichzeitigkeit schlägt inzwischen bis in die akademische Welt durch, in die akademische Intelligenzia und damit in das Bildungswesen.

Wenn es denn stimmt, wovon wir fast alle ausgehen, dass der Holocaust die eigentliche Klammer zwischen Israel und Deutschland war und ist, was bedeutet dann die Historisierung des Holocausts für die deutsch-israelischen Beziehungen? Historisierung bedeutet auch emotionale Distanzierung. Ich kann die Frage nicht beantworten. Das ist vor allem eine, die die junge Generation beantworten muss. Aber ich beobachte auch, dass es zunehmend Vorbehalte gibt unter Jugendlichen, nach Israel zu reisen. Ich kann das in meiner eigenen Kindergeneration beobachten, zum einen wegen der berühmten „German Angst“, dass es also furchtbar gefährlich

wäre, nach Israel zu reisen, zum anderen aber auch wegen politischer Vorbehalte, wegen einer politischen Distanz. Und das berührt den Kern, den Avi Primor zu Recht als eigentliches Agens dieser deutsch-israelischen Beziehung genannt hat, nämlich die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Was bedeutet die Europäisierung der deutschen Außenpolitik? Und damit auch die Europäisierung der Nahostpolitik für das Verhältnis zu Israel? Jedenfalls keine größere Nähe. Wenn es zu einem nachhaltigen Friedensschluss kommt zwischen Israel und den Palästinensern und den arabischen Nachbarn, dann ist alles gut. Dann kann man nämlich mit beiden Seiten gut leben. Aber wie wird sich die Europäische Union verhalten, wenn der Prozess nicht weiter kommt und man vor eine Konfliktentscheidung gestellt wird?

Hajo Funke:

Dann reden wir doch einen Moment lang über die Konflikte. Joschka Fischer war vor zwei Tagen bei uns im Institut und hat auf die Frage, wie lange man in der Frage der Iran-Kompromissfindung noch Zeit hat, ausweichend geantwortet. Er hat darauf verwiesen, dass man sich, wenn die Verhandlungen ohne Erfolg bleiben, an das frühe 20. Jahrhundert erinnern möge, d.h., wir sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass es diese Konflikteskalation nicht gibt. Und das ist eine Frage an die politischen Akteure in Europa, in Amerika und auch in Israel. Es kann nicht im Interesse Israels sein, dass hier eine Eskalation, die nicht kontrollierbar ist, in Gang kommt. Es liegt in der Hand von mindestens drei Akteuren: der amerikanischen Administration, den europäischen Verhandlungspartnern und womöglich auch den Akteuren in der Region. Das macht es so kompliziert. Noch fehlt es wohl an einer Strategie, wie man tatsächlich diesen Konflikt im Griff hält oder sogar deeskaliert. Eine solche Strategie ist auch im Interesse Israels. Die Regelung des Nahost-Konflikts wäre natürlich Teil einer möglichen Deeskalation. Wenn wir schon über Gefühle und Befindlichkeiten in Deutschland reden, dann gehört eine Analyse der politischen Konstellation, der Gefahren und der Notwendigkeit der Eindämmung dieser Konflikte dazu. Das ist das eine, was ich gerne sagen wollte. Das andere ist: Ich glaube, noch besteht der Elitenkonsens, der ein Aufkommen des Rechtspopulismus aus den zentralen Parteien auf Dauer ausschließt. Möllemann war ein Versuch, der gescheitert ist, auch wenn es ein paar Wochen gedauert hat. Sie haben völlig Recht, aber es gab dann auch innerhalb der Partei einen, wenn sie so wollen, liberalen Aufstand gegen die Linie, die oben gefahren wurde. Ich kenne keine Konstellation, in der dieser Elitenkonsens bewusst und absichtsvoll

gebrochen werden könnte. Insofern haben wir da noch eine spezifische Selbstverständigung als Nachgeschichte der NS-Zeit gegenüber Israel.

Martin Eberts:

Wir haben viel gut begründeten Pessimismus gehört oder gut begründete schlechte Aussichten. Aber ich denke, es gibt auch dieses andere Element, das man nicht aus dem Auge verlieren darf. Wenn ich mich zurückerinnere, wie ich als junger Heranwachsender das deutsch-israelische Verhältnis erlebt habe, ist zunächst mal zu sagen, dass mit Ausnahme des deutsch-amerikanischen, vielleicht auch des deutsch-französischen keines eine solche Bedeutung gehabt hat. Das waren die drei Sonderverhältnisse, mit denen ich aufgewachsen bin. Ich erinnere mich deutlich an 1967, als der Sechstagekrieg ausbrach, habe ich meinen Vater gefragt: „Wer sind die Guten?“ und es kam wie aus der Pistole geschossen: „Israel natürlich“. Das war selbstverständlich. Das war auch begründet aus einer Situation des Kalten Krieges, die wir natürlich jetzt nicht mehr haben. Das darf man, glaube ich, nicht vergessen, dieses Element, dass Israel im Kalten Krieg eindeutig unser Verbündeter war. Die Araber, die haben es alle mit den Sowjets gehalten. Dieses Element ist jetzt natürlich weggefallen. Es gibt auch viele Palästinenser in Deutschland, die ihre Geschichte erzählen und die dann natürlich einen negativen Einfluss auf das Israel-Bild ausüben. Es gibt auch nicht mehr so viele gute Helden. Ben Gurion und Golda Meir waren irgendwie auch unsere Helden, Netanjahu und Scharon sind das in geringerem Maße. Das sind Elemente, die man sehen muss und die natürlich die positive Grundstimmung beeinflussen und beeinträchtigen. Aber ich bin relativ sicher, und da will ich mich ganz eindeutig auf die Seite von Herrn Primor stellen, dass wir die kritische Masse längst überschritten haben, die dieses positive Sonderverhältnis erhält. Die Klammer ist doch nicht nur der Holocaust, sondern sind eben diese zwischenmenschlichen Beziehungen, die wir aufgebaut haben. Ich habe in Frankreich erlebt, wie tief das gehen kann und wie relativ sicher man damit auch durch das Auf und Ab der Tagespolitik kommt. Diese Klammer ist nicht immer sichtbar, aber ich bin relativ zuversichtlich, dass sie weiter existiert. Noch eine Bemerkung zu den Meinungsumfragen. Bei jeder Umfrage muss man immer die Gegenfrage mitdenken. Wenn man nämlich dieselben Leute fragen würde: Nennt das Land in der Region Nah-, Mittel-Ost, das euch am sympathischsten ist. Dann glaube ich nicht, dass da Syrien genannt würde oder der Iran. Solche Paradoxien sind aber eher die Regel als die Ausnahme. Ich erinnere mich daran, dass wir im Planungsstab ein Gespräch mit einem israelischen Kommunikationswissenschaftler hatten, der über Meinungsumfragen in Israel unter Israelis und Palästinensern berichtete. Da hatte

man Zweidrittel-Mehrheiten für einen Palästinenser-Staat und gleichzeitig sehr negative Urteile über die Palästinenser. Bei den Palästinensern waren die Anteile nicht ganz so. Aber auch da gab es oft eine solide Mehrheit von über 50% für einen dauerhaften Ausgleich mit Israel, einen echten Frieden. Und gleichzeitig eine gleich hohe Anzahl von Leuten, die Selbstmordattentate und ähnliche Verbrechen guthießen. Diese Paradoxien entspringen der Gesamtkonstellation einer solchen Umfrage und dem politischen Kontext, in dem sie durchgeführt wird.

Ein letzter Punkt vielleicht noch zu den Waffenlieferungen. Dass bei der Lieferung von Radpanzern andere Kriterien gelten als bei der Lieferung von U-Booten ist, glaube ich, relativ leicht zu erklären. Man muss ja die Öffentlichkeit irgendwie mitnehmen. Aber wenn man genauer hinschaut, sieht man natürlich, dass gegenüber Israel ganz andere Dinge möglich sind als gegenüber anderen Konfliktzonen.

Idith Zertal:

Nur ein paar Bemerkungen zu dem, was Avi Primor zur Rolle Ben Gurions gesagt hat, der sich so sehr für ein Reparationsabkommen eingesetzt hat. In der Tat hat dieses Abkommen die Grundlage für die Infrastruktur der israelischen Wirtschaft in den fünfziger Jahren gelegt. Doch möchte ich noch einen Aspekt erwähnen, der vielleicht noch wichtiger ist. Ben Gurion hat, indem er das Abkommen mit Deutschland so früh gezeichnet hat, möglicherweise unbewusst den Holocaust wieder in die Geschichte zurückgeholt. Als eine von Menschen gemachte Katastrophe, nicht mehr als eine kosmische Katastrophe, sondern als historisches Phänomen, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Und auch wenn es nicht ungeschehen gemacht werden kann, so sollte man doch jede Anstrengung unternehmen, um dafür wenigstens ansatzweise einen Schadensausgleich zu erhalten. Dies macht die Bedeutung des Reparationsabkommens aus, weil es bis heute eine Tendenz gibt, den Holocaust zu mystifizieren, ihn aus der Geschichte zu nehmen, über seine Undarstellbarkeit, seine Unbeschreiblichkeit und Unsagbarkeit zu sprechen. Gegen diese Tendenz hat Ben Gurion einen Kontrapunkt gesetzt.

Wir haben vorhin über die Lehren aus dem Holocaust gesprochen und ich denke, das ist ein Fehler. Es gibt zu viele Lehren und zu wenig Wissen über den Holocaust. Das ist einer der Gründe für das Ressentiment von so vielen in Europa, in Deutschland, gegenüber Israel, gegenüber den Lehren des Holocausts. Ich gebe einen Kurs über die „Endlösung“ an der Universität,

und die Unwissenheit darüber ist sogar in Israel riesig. Der Holocaust wurde in Israel bis vor kurzem ausschließlich in seiner direkten Verbindung zur Errichtung des Staats Israel dargestellt und behandelt. Als ob der Holocaust ein notwendiges Stadium für die Errichtung des Staats Israel gewesen wäre und nicht schon an sich ein enormes historisches Ereignis, jüdisches Ereignis, europäisches Ereignis, deutsches Ereignis. Ich denke, wir sollten uns wirklich mit der Besonderheit dieses Ereignisses auseinandersetzen, mit der Spezifität aller Ereignisse im Zusammenhang mit dem Holocaust und nicht mit den Lehren. Und dies führt mich zu der Frage der universellen Bedeutung des Holocausts und anderer Ereignisse. Ich denke, dass die universelle Bedeutung in der Besonderheit des Geschehnisses liegt, der Orte, in der möglichst detaillierten Geschichte und Geschichtlichkeit des Ereignisses. Und das führt mich zurück zu der Notwendigkeit, die Geschehnisse, über die wir sprechen, im Detail zu studieren und keine Lehren daraus zu ziehen.

Avi Primor:

Ich würde gerne Ihre Aussage über Ben Gurion und den Holocaust ergänzen. Natürlich haben Sie recht und wir konnten den Beweis dafür sehen in den intensiven Bemühungen, Eichmann zu fassen und ihn vor Gericht zu stellen, nicht irgendeinen Naziverbrecher, sondern genau Eichmann, da er den Eichmann-Prozess zur Festigung der Erinnerung an den Holocaust einsetzen wollte. Als eine Art Abschluss der Arbeit an einer historischen Deutung des Holocausts und um der Welt zu zeigen, was der Holocaust wirklich war, wahrscheinlich allen Juden, in erster Linie aber dem israelischen Volk. Das entspricht also Ihrer Schilderung. Aber es gibt dabei ein interessantes Element. Als Eichmann gefasst wurde und bekannt gegeben wurde, dass er in Israel vor Gericht gestellt würde, war Adenauer besorgt, dies könne in eine Kampagne gegen Deutschland im Allgemeinen münden, gegen die Bundesrepublik im Besonderen. Und Ben Gurion versprach ihm, das würde nicht geschehen. Sie zitierten Arendt, dieser Prozess sei eine Inszenierung von Ben Gurion. Ich denke nicht, dass es so war, aber trotzdem hat er die Akzente gesetzt. Auf der einen Seite den Leuten zu zeigen, was der Holocaust wirklich war, und auf der anderen zu unterscheiden zwischen dem Holocaust und Nazideutschland einerseits und der Bundesrepublik andererseits. Das war ihm sehr wichtig.

Micha Brumlik:

Ich möchte in einem Punkt Herrn Posener und Herrn Herzinger widersprechen und im zweiten Punkt Herrn Primor kommentieren. Also, Herr Herzinger, Herr Posener, gerade weil ich mir Sorgen um die deutsch-israelischen Beziehungen mache und weil ich dafür bin, dass diese Beziehungen sich auch in Zukunft weiter vertiefen, glaube ich, müssen wir aufpassen, dass wir keine Behauptungen aufstellen und Illusionen nähren, die der Realität nicht entsprechen. Und in diesem Sinne muss ich Ihnen sagen, dass ich beim besten Willen Ihre Einschätzung, Israel sei eine liberale Demokratie, nicht teilen kann. Ich gebe Ihnen vier Beispiele. In liberalen Demokratien kann man üblicherweise eine Zivilehe schließen. Das kann man in Israel nicht. Da muss man entweder in die Palästinensische Autonomie oder in die EU nach Zypern fliegen. In einer liberalen Demokratie gibt es üblicherweise keine verschärfte Militärzensur. In einer liberalen Demokratie würde man gerade als Wirtschaftsliberaler wünschen, dass alle Güter einschließlich Grund und Boden frei konvertierbar sind. Es ist erst ein paar Wochen her, dass nun ein israelischer Araber das Recht bekommen hat, jüdischen Boden zu kaufen. Und vor allem haben in einer liberalen Demokratie alle Bürgerinnen und Bürger, sofern sie erwachsen sind, die gleichen Rechte und Pflichten. Die israelischen Araber haben nicht die Pflicht, ins Militär zu gehen. Jetzt können wir das alles aus der sehr bedrängten Lage Israels heraus sehr gut verstehen, erklären und auch in einem bestimmten Ausmaß rechtfertigen, nur eine liberale Demokratie im Schul- und Bilderbuchsinne ist das einfach nicht. Und deswegen sollten wir es auch nicht behaupten. Man kann alles entschuldigen, aber es ist keine liberale Demokratie.

Zu Herrn Primor: Ich glaube, es ist kein Zufall, dass Herr Herzinger Sie missverstanden hat. Sie haben am Ende wirklich so etwas gesagt: Unser Ziel ist die Europäische Union. So etwas habe ich in den letzten Jahren öfters gehört, entweder von israelischen Linken oder von ehemaligen deutschen Juden. Ich finde, die Idee hat Charme. Man muss sie einmal ausbuchstabieren. Ich persönlich war da immer skeptisch, weil ich mir gesagt habe, die Grundentscheidung des Zionismus war eine andere. Die Grundentscheidung war, sich im arabischen Mittleren Osten niederzulassen, woraus die Verpflichtung folgte, sich mit diesen Gesellschaften auch auseinander zu setzen. Wenn nun in absehbarer Zeit die Türkei Mitglied der EU sein wird, dann ist beim besten Willen nicht mehr einzusehen, warum Israel das im Grundsatz nicht auch sein könnte. Nun gebe ich Herrn Herzinger recht: Das ist natürlich relativ unwahrscheinlich. Aber es könnte doch eine Reihe von Vorteilen haben. Es könnte Israel selbst ein Gefühl auch der militärischen Sicherheit

verleihen, das es bisher vielleicht nicht hatte, was vielleicht dazu geführt hat, sich in einer bisweilen übermäßigen Art und Weise an die USA anzuschließen. Allerdings darf man auch hier die Rechnung nicht ohne den Wirt machen. Sie würde vermutlich nicht aufgehen, wenn man nicht gleichermaßen den künftigen Palästina-Staat in die EU aufnehmen würde. Und da wären vermutlich auch in diesem Raum schon sehr viel weniger dafür. Aber allein schon aus Sicherheitsgesichtspunkten glaube ich, dass eine EU-Perspektive mittelfristig ein befriedendes Element sein könnte. Vielleicht muss es ja keine Vollmitgliedschaft sein, aber die EU könnte ja mittelfristig Israel und dem Palästina-Staat so etwas wie eine privilegierte Partnerschaft einräumen.

Avi Primor:

Also zunächst noch einmal zum Thema Israel/EU. Ich glaube nicht, dass jemals jemand bei uns ernsthaft gemeint hat, dass wir Mitgliedstaat der EU sein können oder sein wollen. Es wäre auch für die EU verfassungswidrig, weil wir kein europäisches Land sind. Die Türkei ist ein europäisches Land. Wie Sie wissen, liegt sie in Europa. Israel nicht, also das ist ein großer Unterschied. Wir streben eine enge Partnerschaft mit der Europäischen Union an. Und das habe ich mit der Essener Erklärung vom Dezember 1994 unter deutscher Präsidentschaft angesprochen. Da hatte uns die EU einstimmig einen privilegierten Status zugesprochen. Was bedeutet das eigentlich? Ich dachte, wir würden uns sehr darüber freuen. Als ich von der Bundesregierung damals gefragt wurde, was wir unter Privilegiertenstatus verstehen würden, habe ich einen Text formuliert, den ich meiner Regierung zugeschickt habe mit der Bitte um Genehmigung, ihn der Bundesregierung zu überreichen. Das hat sich zehn Monate hingezogen. Es gab zehn Monate lang Debatten in Israel, bis mehr oder weniger der Text, den ich entworfen hatte, gebilligt wurde. Ich hatte geschrieben, wir würden einen Status anstreben, der mehr oder weniger dem Status der EFTA-Staaten ähnele, das heißt, dieselben Privilegien gewähre wie sie die EFTA-Staaten bei der EU hatten, ohne dass wir als Endergebnis eine Mitgliedschaft anstreben. Die Mitgliedschaft können wir nicht anstreben, aber die vier Freiheiten und alle anderen Privilegien schon. Warum hat es bei uns so lange gedauert, bis man das akzeptiert hat? Weil wir dazu gar nicht reif sind. Sie haben von einem zionistischen Staat gesprochen, einem Staat für das jüdische Volk. Was geschieht mit den vier Freiheiten, wenn wir immer noch das Rückkehrrecht für die Juden aufrechterhalten wollen? Das ist gar nicht so einfach. Auch unsere Wirtschaft ist dem nicht gewachsen. Übrigens haben wir den privilegierten Status bis heute nicht verwirklicht. Als ich den Brief, den ich

dann der Bundesregierung überreichen durfte, dem Bundeskanzler am 2. November 1995 übergab, wurde zwei Tage später Ministerpräsident Rabin ermordet. Und dann fragte mich der Kanzler, was für einen Staat Israel werden wir jetzt als Partner haben? Sechs Monate später, als Netanjahu an die Macht gekommen ist, sagte er: „Schauen Sie, ich, Helmut Kohl, bleibe mir treu. Ich stehe immer noch hinter dem privilegierten Status. Aber erwarten Sie heute nicht mehr von mir, dass ich meine europäischen Partner davon überzeugen kann. Die werde ich nicht mehr hinter mir haben“. Und seitdem liegt das Ganze auf Eis. Also wenn wir den privilegierten Status erreichen, wird das schon sehr weitgehend und für Israel sehr bedeutend sein. Mehr streben wir wirklich nicht an.

Zur Schlussstrich-Frage: Herr Herzinger, ich möchte Ihnen sagen, ich habe einmal in einem Archiv einen Artikel gelesen in einer deutschen Zeitung von 1946 unter dem Titel, wann kommt endlich der Schlussstrich? Es ist schon ein Jahr her seit dem Krieg, und immer noch spricht man mit uns über Nazi-Verbrechen und so weiter und so weiter. Ich kann das verstehen, das ist menschlich. Das gab es aber immer. Ich glaube, dass die Erinnerungskultur in Deutschland sich ununterbrochen entwickelt hat, jahrelang haben wir den Deutschen vorgeworfen, sie würden die Vergangenheit verdrängen. In den 70er Jahren hat das nachgelassen, und die Erinnerungskultur hat sich ununterbrochen entwickelt. Und je jünger die Generation, desto interessierter ist sie. Sie mag sagen, sie will einen Schlussstrich, sie mag sagen, was wirft man uns noch vor? Wie lange wird man von uns Geld verlangen, usw. usw. Das mag alles wahr sein. Man verdrängt aber nicht. Und das ist eigentlich die Hauptsache. Wissen Sie, was ich den Israelis sage, wenn ich über Deutschland spreche? Ich sage, das deutsche Verbrechen war präzedenzlos. Es gab nie so ein Verbrechen in der Geschichte der Menschheit wie die Nazi-Verbrechen. Aber Deutschland ist im Bereich der Erinnerungskultur, Gewissensforschung usw. vorbildlich. Zeigen Sie mir irgendein Land auf der Welt, das Mahnmale errichtet zur Verewigung der eigenen Schande. Wo haben Sie so etwas jemals erlebt, wo? Man errichtet Mahnmale zur Glorifizierung des Staates, von Helden oder auch, um das eigene Leiden zu verewigen, aber nie die eigene Schuld, die eigene Schande. Das gibt es ausschließlich in Deutschland. Da können sie sagen, das ist Ritual. Damit man aber so ein Ritual hat, muss die Bevölkerung in großen Teilen dahinter stehen, irgendwie. Etwas ist da. Das haben Sie nirgendwo sonst auf der Welt.

Darf man Israel kritisieren? Können die Deutschen Israel kritisieren? Jemand hat gesagt, dass die Deutschen jetzt mehr oder weniger die gleichen Meinungen oder die gleichen Analysen über den Nahen Osten haben

würden, wie die anderen Europäer. Das ist zweifellos der Fall. Ich sehe keinen Unterschied zwischen der Analyse, die man in Deutschland über den Nahen Osten macht, und der, die man in anderen europäischen Ländern macht. Nur sind die Deutschen zurückhaltender wegen der Vergangenheit. Man kann auch sagen, wegen der besonderen Verantwortung sind die Deutschen zurückhaltend. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie eine andere Meinung hätten oder dass sie die Situation im Nahen Osten anders analysierten. Heute wird sehr viel daran gearbeitet, eine gemeinsame europäische Haltung gegenüber dem Nahen Osten zu bilden. Allerdings wird bei uns die Tatsache, dass man Israel kritisiert, oft sofort als Antisemitismus interpretiert: Die sprechen gegen Israel, gegen das, was die Israelis in den besetzten Gebieten tun. Das ist Antisemitismus. Damit macht man es sich bequem. Anstatt sich mit der Kritik auseinander zu setzen, anstatt die Thesen der Kritik zu widerlegen, sagt man, diese Kritik ist nicht rational, sie ist rassistisch, antisemitisch, und insofern müssen wir uns mit dieser Kritik nicht auseinander setzen. Und solange wir diese Kritik nicht von den Amerikanern hören, ist alles in Ordnung. Aber ich kann mich erinnern an Zeiten, in denen Frankreich am Pranger stand in aller Welt wegen des Algerien-Kriegs und da hat man von antifranzösischem Rassismus gesprochen. Sobald das Problem erledigt war, sobald es keinen Algerien-Krieg mehr gab, stand Frankreich nicht mehr am Pranger. Oder Amerika während des Vietnam-Kriegs. Wir müssen ein bisschen erwachsener werden, um Kritik in einer souveränen Art und Weise zu akzeptieren, uns mit ihr auseinander zu setzen. Man muss dieser Kritik nicht zustimmen, aber man muss nicht sofort, ich weiß nicht welche Gespenster dahinter sehen. Herr Ross, Sie haben gesagt, weil man Amerika kritisiert, kritisiert man, da wir mit Amerika verbunden sind, uns gleich mit. Das stimmt natürlich. Umgekehrt loben wir heute in Europa besonders die Briten, weil sie mit den Amerikanern verbunden sind. Die Briten sind wunderbar. Die dürfen uns kritisieren, weil sie mit den Amerikanern im Irak kämpfen. Das geht auf beiden Seiten so. Das ist doch menschlich.

Ob wir ein Teil des Nahen Ostens sein werden? Herr Brumlik, Sie haben das angesprochen. Ich sage Ihnen eines, ich bin fest davon überzeugt, dass wir irgendwann Frieden mit unseren Nachbarn schließen werden, schlicht und ergreifend, weil es keine Alternative dazu gibt. Wir können die Palästinenser nicht besiegen. Sie können uns nicht besiegen. Und irgendwann werden wir einen Kompromiss finden müssen. Nicht nur mit den Palästinensern, mit den anderen auch. Aber ein echter Teil des Nahen Ostens werden wir nicht sein. Weil der Nahe Osten anders als Europa sehr einheitlich ist. Die Länder, die Völker des Nahen Ostens haben alle eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Religion, eine gemeinsame Geschichte,

eine gemeinsame Kultur. Wir sind nicht Teil davon. Und wenn wir überleben wollen, als ein jüdischer Staat in diesem Nahen Osten, und besonders nach dem Friedensschluss, werden wir immer ein fortschrittliches Land sein müssen, im wirtschaftlichen, im wissenschaftlichen und im technologischen Bereich. Und dazu müssen wir mit einem Riesen der Welt verbunden sein. Und das kann nur die EU sein, nicht die Vereinigten Staaten. Die werden unser Freund bleiben, glaube ich, hoffe ich. Aber sie werden uns nicht in ihren Wirtschaftsbereich einbeziehen, was die Europäer vielleicht tun werden, vielleicht widerwillig, aber sie werden es tun.

Rudi-Karl Pahnke:

Herr Eberts hat vorhin davon gesprochen, dass Israel in seiner Biographie zur guten Seite gehörte. Und da muss ich einfach darauf hinweisen, dass das für einen Teil Deutschlands, für den östlichen Teil, so nicht stimmt. Da war Israel immer ein Problemfall. Da war Israel ein Aggressor und Brückenkopf des amerikanischen Imperialismus usw. Das sollten Sie nicht ausblenden. Ich möchte den positiven Aspekt, den Avi Primor noch mal genannt hat, verstärken gegen die Skepsis. Es gibt in der jungen Generation wirklich ein Interesse an Israel. In Brandenburg sind in den letzten Jahren ca. 20 Schulpartnerschaften entstanden. Dass es ein Interesse weiterhin gibt, zeigt sich auch in meinem Arbeitsbereich. Da haben in den letzten vier Jahren 40 Leute eine Qualifizierung gemacht für Jugendbegegnungsmaßnahmen, die sie leiten werden. Auf israelischer Seite haben sich 20 Leute qualifiziert. Einen letzten wichtigen Punkt will ich ansprechen: Holocaust und Shoa sind ein Thema in allen Begegnungen und werden ein Thema bleiben, aber nicht das einzige Thema, das junge Leute aneinander bindet. Sie verbindet die Neugier auf die andere Situation. Der Holocaust ist wirklich nicht das einzige Thema, das wir miteinander zu besprechen haben.

Elke Gryglewski:

Aus meiner Berufserfahrung kann ich sagen, dass es bei jungen Leuten ein großes Interesse, aber durchaus auch ein Problem gibt. Die deutsche Gesellschaft hat sich verändert. Wenn ich an Berliner Schulklassen denke, gibt es so und so viele Schulklassen mit einem Migrantenanteil von bis zu 80%. Dann funktioniert es einfach nicht mehr zu sagen, hier, ihr beschäftigt euch mit Nationalsozialismus, weil das eure Geschichte ist und weil das wichtig ist usw. Trotzdem kann ich auch bei diesen Gruppen ein sehr starkes Interesse feststellen. In der Historisierung liegt auch die Chance einer neuen Form des Herangehens.

Jens Jessen:

Ich bin Herrn Primor sehr dankbar, dass er die Möglichkeit eines Regierungswechsels erwogen hat in Demokratien, und dass dieser Regierungswechsel, also in diesem Fall der Wechsel von der Regierung Kohl zu Schröder, eben auch Konsequenzen haben kann in der Außenpolitik. Denn bis dahin war ich doch einigermaßen bestürzt, wirklich bestürzt, dass man die Frage des deutsch-israelischen Verhältnisses diskutieren konnte, ohne Bemerkungen über die beteiligten deutschen bzw. israelischen Regierungen zu machen. Und es liegt doch völlig auf der Hand, dass die Regierung Scharon ein anderes Bild von Israel erzeugt hat als andere israelische Regierungen. Ich will damit nicht sagen, dass Scharon schlechte Politik macht, vielleicht macht er sogar sehr gute Politik. Das wird man dann noch sehen. Jedenfalls hat das Regierungshandeln eines Landes einen Einfluss auf die bilateralen Beziehungen. Das kann man nicht ausblenden. Und wenn man von einem deutsch-israelischen Verhältnis verlangte, dass es nur dann gut ist, wenn man jede beliebige Regierung des anderen Landes gut findet, dann hätten wir überhaupt nichts erreicht. Dann wäre von dem Antisemitismus nichts verschwunden, sondern hätten wir nur das, was Robert Neumann, ich hoffe, einige erinnern sich an diesen großen Schriftsteller, den „gewendeten Handschuh“ genannt hat. Er hat in den 50er Jahren mal gesagt, dieser verlogene, seinerseits diskriminatorische Philosemitismus sei nur der gewendete Handschuh des Antisemitismus. Und wenn wir uns schon selbst misstrauisch umschauen, dann sollten wir vielleicht weniger kritisch betrachten, wie das Regierungshandeln in Israel bewertet wird, als vielmehr diese merkwürdigen Anwendungen von manchen christlichen Eltern, die ihren Kindern einen Davidstern umhängen und sie Esther taufen. Ich sehe dort vielmehr Unrat und Dinge, vor denen man sich fürchten muss.

Natan Sznajder:

Der Standortvorteil der Deutschen, was die Erinnerungskultur angeht, ist in der Tat eine Gegebenheit. Ich würde das meinem israelischen Publikum nicht als etwas Tugendhaftes vorführen, weil dieser Standortvorteil oder diese weltmeisterliche Leistung im Bereich der Erinnerung ja auch etwas mit der Größe und der Art des Verbrechens zu tun hat. Und damit, dass hier in gewissem Sinn das Verbrechen, das an Vertretern eines Kollektivs begangen worden ist, nur aus dem Grund, weil sie eben zu diesem Kollektiv gehörten, natürlich ganz automatisch auf das Täterkollektiv zurückfallen muss. Dass sich das dann auch in einer Erinnerungskultur ausdrücken muss, ist nicht unbedingt etwas Tugendhaftes, sondern etwas, was sich aus der Tat

selbst ergibt. Ich möchte mich jetzt nicht mit Micha Brumlik über Demokratietheorie streiten, aber ich glaube, seine Intervention hier ist Teil der Problematik, die wir ansprechen. Natürlich ist Israel keine liberale Demokratie, weil es außerhalb der USA so gut wie keine liberalen Demokratien gibt. Israel ist eine ethnische Demokratie. Das kann man natürlich als etwas Undemokratisches delegitimieren, aber es ist die eigentliche Essenz des Staates Israel. Als eine ethnische Demokratie und ein ethnonationales Projekt strebt Israel auch ethnische Homogenität an, was auch in seiner Einwanderungspolitik klar zum Ausdruck kommt. Der Friedensprozess ist ja auch ein ethnischer Homogenisierungsprozess. Was ist denn die Teilung des Gebietes in einen jüdischen Staat und einen palästinensischen Staat, wenn nicht ein ethnonationales Projekt? Die progressiven Seiten in der israelischen Politik sind also auch diejenigen, die ein ethnisches nationales Projekt als das Projekt ansehen, in dem sie leben möchten. Das ist, glaube ich, sehr, sehr wichtig. Ich glaube nicht, dass man den Begriff der liberalen Demokratie irgendwie in den Raum werfen sollte, um Israel im Endeffekt zu delegitimieren. Wahrscheinlich ist Israel pluralistischer als viele Gesellschaften in Europa, auch eine offenerere Gesellschaft. Das Demokratieprinzip Israels jedoch ist ein ethnisches Demokratieprinzip. Und das sollte hier noch mal festgehalten werden. Noch eine kurze Bemerkung zu dem, was Idith Zertal über die Lehren aus und dem Wissen um den Holocaust gesagt hat. Ich glaube nicht, dass man, wenn man die 1.000 Seiten von Hilberg „Die Ermordung der europäischen Juden“ gelesen hat, automatisch zu einem besseren Menschen geworden ist. Es stimmt, dass auch die israelischen Jugendlichen – und nicht nur die Jugendlichen – kaum Bescheid wissen über das, was passiert ist. Aber ich glaube, sie wissen etwas, was sehr, sehr wichtig ist, sie wissen, dass die jüdische Existenz in dieser Welt keine garantierte Existenz ist. Und das ist, glaube ich, eine Lehre, die nicht so ganz von der Hand zu weisen ist. Diejenigen, die ihre Probleme mit der Regierung von Scharon haben, sollten wir vielleicht daran erinnern, dass es die erste israelische Regierung ist, die beschlossen hat, Siedlungen in den besetzten Gebieten zu räumen.

Christine Mähler:

Ich leite die Bundeszentrale für den deutsch-israelischen Jugendaustausch. Wenn es um die Zukunft der Beziehungen geht, geht es häufig um die junge Generation und wird der Jugendaustausch hochgehalten. Jugendkontakte sind älter als die diplomatischen Beziehungen. Die letzten zwei, drei Jahre waren aus zwei Gründen schwierig. Das Eine ist die Sicherheitssituation. Und das Andere ist, dass sich eine Form von Müdigkeit in der Auseinander-

setzung mit der Vergangenheit in unschöner Weise gekoppelt hat mit der schwierigen politischen Situation im Nahen Osten. Die Zahlen zum Jugendaustausch sind aber nicht das Maß aller Dinge. Das Maß der Dinge sind die Strukturen, die existieren. Der außerschulische Jugendaustausch basiert auf den Strukturen der Jugendverbände. Und diese Kontakte bestehen nach wie vor und sind sogar in den letzten Jahren intensiviert worden. Die deutsche Sportjugend hat die Kontakte enorm intensiviert. Sie ist der größte Verband. Die evangelische Jugend, die katholische Jugend, die Pfadfinder, die Gewerkschaften, die politischen Jugendverbände pflegen ihre Kontakte. Sie sind über die Jahrzehnte gewachsen. Wenn ich mir dann anschau, dass von 200 Anträgen, die aus Bundesmitteln in diesem Jahr gefördert wurden, 39 neue Projektpartner sind, dann ist auch das ein Zeichen dafür, dass es weiter geht. Das sollten wir im Blick haben. Einen Satz nur noch zur Bedeutung der Geschichte in den Begegnungen. Einer der großen Anreize des deutsch-israelischen Austausches im Unterschied zur Begegnung mit anderen Ländern liegt in der Auseinandersetzung mit der Geschichte, nicht intentional und von vornherein, sondern im Verlauf der Begegnung. Irgendwann kommt man darauf, und dann wird daran gearbeitet. Und das ist das, was bleibt.

Richard Herzinger:

Ich finde es interessant, dass wir sehr viel über Israel und die EU gesprochen haben. Wir haben aber gar nicht über eine mögliche Mitgliedschaft Israels in der NATO gesprochen, obwohl ja die NATO das Bindeglied wäre, das es Israel nicht aufnötigen würde, zwischen Amerika und Europa zu wählen.

Ein weiterer Punkt: Es war sicherlich beruhigend gemeint, dass Israel für Amerika in Mithaftung genommen wird. Mich hat das nicht so richtig beruhigt, wenn man sagt, das muss man verstehen, dass man Amerika nicht leiden kann. Da kommt Israel irgendwie mit. Ich glaube es übrigens nicht, weil, wenn man mit Leuten spricht, die sozusagen Anti-Bushisten sind, dann haben sie meistens nicht viel gegen den Präsidenten, den sie für einen nützlichen Idioten halten. Aber dann sagen die: Ich sage nur, Wolfowitz. In Amerika sagt man, das Wort Neocon hat zwei Bedeutungen und die Vorsilbe Neo bedeutet Jude. Immer wieder ist in der Berichterstattung über die Neocons die Idee von einer jüdischen Kabale angeklungen, die sich im Interesse Israels der Administration bemächtigt und Israels wichtigsten Feind in der arabischen Welt, den Irak, ausgeschaltet habe. Dazu muss man nicht abtauchen in die Untiefen der NPD, um solche Sachen zu hören. Und wer Ohren hat, der möge da schon hören. Herr Zülch hat vorhin gefragt, wie

es dazu kommt, dass niemand Anstoß nimmt an Darfur und auf die Straße geht. Wenn man beweisen könnte, dass hinter der Regierung im Sudan nicht die Chinesen stecken würden mit ihren Ölinteressen, sondern die Amerikaner, dann hätten Sie jede Menge Leute auf der Straße. Beweisen Sie, wenn Sie ein Volk retten wollen, dass der Feind des Volkes die Amerikaner sind.

Herr Eberts sagte, die Israelis waren damals in den 60ern die Guten. Das hatte auch so ein Geschmäcke, nicht wahr. Sie hatten ja auch ihren Moshe Dayan. Der ritt mit dem Panzer und zeigte den Eingeborenen, was 'ne Harke ist, sozusagen der Wüstenfuchs auf Jüdisch. Das war so eine Art doppelte Identifikation, die ein bisschen schwierig war. Der war von der Arbeitspartei, nicht wahr, der war ja nicht von der rechten Seite. Bei den Radpanzern haben Sie gesagt, müsse man die Öffentlichkeit mitnehmen. Was, wenn man die Öffentlichkeit nicht mitnehmen kann? Sie erzählen ja auch nicht der Öffentlichkeit, ich weiß warum man die israelischen U-Boote mit Atomraketen bestückt, um gegebenenfalls eine Zweitschlag-Kapazität zu haben, weil man die Öffentlichkeit schon dabei nicht mitnehmen kann. Man tut so, als wüsste man nicht, was mit den U-Booten passiert. Wenn Deutschlands Israelpolitik zunehmend europäisch wird, dann ist die Frage, wie Europas Israelpolitik wird. Ich weiß, dass selbst in den Reihen der jetzigen Opposition die Rolle von Außenminister Fischer in dieser Hinsicht sehr hoch geschätzt wird. Aber es kommt wirklich darauf an, ob dieses Europa ein französisches Europa wird oder ein neues Europa.

Jan Ross:

Es wird kein französisches Europa werden, es wird kein deutsches, kein britisches. Es wird sich halt irgendwie zusammenraufen. Wie war das noch mit diesem Brecht-Gedicht, mit dem Hass auf das Böse, der die Züge verzerrt. Auch der Hass auf den Anti-Amerikanismus verzerrt natürlich die Züge, ebenso wie der Anti-Amerikanismus selbst. Was mich jetzt etwas beunruhigt hat, war das Ausmaß, bis zu dem das Verhältnis Deutschlands zu Israel und Israels zu Deutschland gewissermaßen zur Funktion so vieler Gefühle wurde, die sich auf die Vereinigten Staaten beziehen. Letztlich verbinde ich mit einer Europäisierung der Israelpolitik die Hoffnung, dass sie zu einer Rationalisierung führt. Israel wird entdecken, dass Europa nicht das ist, was es aus reiner Likud-Perspektive ist. Und Europa wird vielleicht entdecken, dass Israel kein Annex dieser amerikanischen Militanz ist. Und vielleicht stellt sich dann auch die amerikanische Militanz irgendwann wieder ein bisschen anders dar.

Avi Primor:

Damit ich nicht missverstanden werde: Ich habe nicht behauptet, und ich hoffe, dass es auch niemand so verstanden hat, dass es keinen Antisemitismus gibt, weder in Deutschland noch in Europa. Ich weiß nicht, wie viel Antisemitismus es gibt. Die Glaubwürdigkeit der Meinungsumfragen wurde schon erörtert. Sie sind ziemlich unterschiedlich. Eines weiß ich, es gibt Antisemitismus. Die Frage ist nicht, wie viel Antisemitismus es gibt, sondern, was für einen Antisemitismus es gibt. Religiöser Antisemitismus, rassistischer Antisemitismus oder vielleicht nur „Vorbehalte“. Wie entwickelt sich das? Was nimmt zu? Was geht zurück? Das Wichtigste ist, wie die Mehrheit, die nicht antisemitisch ist, reagiert. Und da die Deutschen wirklich eine Gewissensforschung betrieben haben, ernsthaft und langjährig, glaube ich, dass sie heute nicht gleichgültig sind. Und das ist die Hauptsache. Wenn die NPD das macht, was sie macht, oder wenn es einen Möllemann oder einen Hohmann gibt, dann löst dies sofort eine Debatte in Deutschland aus. Es gibt keine Gleichgültigkeit. Man kann die richtigen oder die falschen Sachen sagen, aber Gleichgültigkeit gibt es nicht mehr. Vergessen wir nicht, dass die Nazis in den 20er Jahren auch nur eine kleine Minderheit waren. Aber es gab zu viel Gleichgültigkeit ihnen gegenüber. Deshalb konnten sich die Nazis so entwickeln, wie sie sich entwickelt haben. Die Tatsache, dass es eine Gewissensforschung in Deutschland gab, hat dazu geführt, dass es keine Gleichgültigkeit gibt. Ich glaube, das ist an sich schon ein Gewinn.

Micha Brumlik:

40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, die Rolle des Gedächtnisses, meine Damen und Herren, das war, Gott sei Dank, keine Jubelveranstaltung, denn Jubelveranstaltungen bringen uns nicht weiter. Frau Zertal, Herr Primor, meine Damen und Herren, die Sie hier referiert haben, ich darf Ihnen sehr herzlich danken. Ebenso den konzentrierten Zuhörerinnen und Zuhörern und jenen, die zur Diskussion beigetragen haben.

Gesellschaftliche und pädagogische Perspektiven

Eine Denkschrift

Micha Brumlik

5

In Beziehungen, die von der Vergangenheit determiniert bleiben, Zukunftsperspektiven zu entfalten, ist nicht nur deshalb schwierig, weil solche Perspektiven mehr bieten müssten als bloße Wünschbarkeiten, sondern vor allem auch deshalb, weil die in Rede stehende Vergangenheit auch bei Übereinstimmung in den historischen Tatsachen zu zum Teil radikal divergierenden Wertungen zwischen Deutschen und Israelis führt.

Daher beginnen diese Empfehlungen mit einer Analyse der in diesem Fall unüberspringbaren Perspektivität und ihrer praktisch-politischen Bedeutung (1), um dann eine denkbare gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (2) und Israels (3) zu skizzieren. Abschließend werden (4) – aus der Sicht des Erziehungswissenschaftlers – einige bildungsbezogene politische Strategien vorgeschlagen.

1. Die Perspektivität der historischen Betrachtung bietet im Fall der deutsch-israelischen Beziehungen eine Erkenntnischance.

Nicht erst die symbolische Weitung des neuen Yad Vashem Museums in Jerusalem auf die Berge von Judäa hat deutlich gemacht, dass Jüdinnen und Juden in aller Welt und in Israel diesen Staat – unabhängig von der, im engeren Sinn historischen Haltbarkeit dieser These – in erster Linie als Antwort und Reaktion auf die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland betrachten, schätzen und verteidigen. Wenn von den weltweit mehr als dreizehn Millionen Juden bereits heute etwas mehr als die Hälfte eine israelische Staatsangehörigkeit besitzen, während umgekehrt das „genuine“ Diasporajudentum aus Gründen mangelnder eigener Identität und schrumpfender demographischer Größe auf den substantiellen Bezug auf den Staat Israel nicht verzichten können, ist die Deutungsperspektive des jüdischen Staates als Bewahrer und Retter vor Antisemitismus vorgegeben und wird allen anderen Perspektiven übergeordnet bleiben.

Diese jüdisch-israelische Perspektive überschneidet sich mit einer deutschen Perspektive. In Deutschland wird einerseits – aus politischen Zwängen oder gewachsener moralischer Einsicht angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit heraus, rituell und auch im Ernst – „Verantwortung“ für den Staat Israel übernommen. Andererseits wird jedoch aus ökonomischen und europapolitischen Interessen sowie moralisch-menschenrechtlichen Prinzipien, zumal gegenüber der „arabischen Welt“, in einer Weise agiert, die den Interessen israelischer Regierungen durchaus widersprechen mag.

Anstatt jedoch diese divergierenden Politiken und die fast unvermeidlichen Instrumentalisierungen der Massenvernichtung der europäischen Juden (der „Shoah“, des „Holocausts“) zu skandalisieren, sollte verstanden werden, dass eine politisch geprägte Geschichtsbetrachtung, jedenfalls in Großgruppen, stets zwischen „Selbstbehauptung“ und Partikularismus hier, sowie „menschenrechtlicher“ Sensibilisierung und Universalismus dort oszilliert. Divergierende Geschichtsverständnisse können so, gerade weil sie radikal unterschiedliche Perspektiven aufweisen, als Motor wechselseitiger Lern- und Bildungsprozesse angesehen werden. Geschichtsbetrachtung wird jedenfalls in westlich-demokratisch geprägten Gesellschaften unaufhebbar pluralistisch bleiben: Öffentlichkeit sowie die prinzipielle Offenheit und Revidierbarkeit aller Geschichtsbilder durch historische Forschung wird – ob das nun jeweils gewünscht ist oder nicht – jede Dogmatisierung von Geschichtsbildern verhindern.

Als Beispiel lässt sich die gegenwärtige – auch in Israel und den USA geführte – Armeniendebatte ansehen. Aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen weigern sich US-amerikanische Administrationen, israelische Regierungen und auch deutsche Parlamentsmehrheiten seit Jahren, das historische Faktum des jungtürkischen Genozids an etwa einer Million Armeniern „anzuerkennen“ – ein Akt, der anderen europäischen Regierungen und Parlamenten offensichtlich leichter gefallen ist. In der hier besonders interessierenden gedächtnispolitischen Perspektive scheint damit ein weiteres Mal zwar nicht die Singularität des Holocausts auf dem Spiel zu stehen, wohl aber eine Geschichtsbetrachtung, die den Begriff des Genozid erst aus dem Holocaust gewinnt.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass geschichtspolitische Grundsatzdebatten nicht zu vermeiden, sondern als Motor von Lern- und Bildungsprozessen der beteiligten deutschen und israelischen Gesellschaften zu fördern sind.

2. Deutschland: Wachsender Antisemitismus der Mittelschichten und die Verschärfung der sozialen Krise als Demokratie gefährdende Faktoren

Die Trends einer – oberflächlichen Einwänden zum Trotz – methodisch unangreifbaren soziologischen Einstellungsforschung sind unbezweifelbar: Obwohl judenfeindliche Einstellungen seit Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die neunziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich auf etwas mehr als 20% gesunken sind und sich vor allem in bildungsfernen

Personengruppen mit ungünstiger Beschäftigungslage zu konzentrieren schienen, ist – ausweislich der Untersuchungen der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer – spätestens seit der Jahrtausendwende in Deutschland ein deutliches Anwachsen antisemitischer Einstellungen auch und gerade in gebildeten Mittelschichten aller politischer Couleur – von konservativ bis linksliberal – zu verzeichnen. Gerade die auf den Staat Israel bezogenen Einstellungssitemen weisen dabei eine erstaunliche, ja schockierende Verbreitung von mehr als 50% auf.

In nicht vorwerfbarer Weise verändert sich auch das Geschichtsbild der künftigen Staatsbürger, handele es sich nun um eingeborene ethnische Deutsche oder Nachkommen von Immigranten, aus denen sich mittelfristig – jedenfalls in den großen Städten – etwa 50% der Jugend rekrutieren wird. Während es bei den „ethnischen Deutschen“ der Geburtsjahrgänge ab 1990 mit Sicherheit nicht mehr die Eltern, immer weniger die Großeltern, sondern die Urgroßeltern waren, die den Nationalsozialismus entweder nur erlebten oder auch aktiv mittrugen, lassen sich bei Nachkommen von Immigranten, zumal aus dem mediterranen Raum, überhaupt keine familiengeschichtlichen Verbindungen zum Schicksal der europäischen Juden vorfinden, wohl aber feindselige, durch islamistische Propaganda erzeugte Haltungen zum Palästina-Konflikt, die einem jetzt nicht mehr religions- oder gruppen-, sondern staatsbezogenen Antisemitismus folgen.

In welcher Weise diese Einstellungen, die kurzfristig weder in den tonangebenden Mittelschichten noch – bei den gegebenen bildungspolitischen Rahmenbedingungen – in der nachrückenden Jugend veränderbar sein werden, sich bei anhaltender Arbeitslosigkeit und politischer Perspektivlosigkeit auf das herrschende demokratische Geschichtsbild auswirken und zu einer Wiederbelebung nationalistischer Haltungen führen wird, ist derzeit offen.

Fest steht allenfalls, dass wachsender Antisemitismus und eine antisemitisch grundierte Kritik an Politiken israelischer Regierungen den Staat Israel und seine Interessen zunächst nicht betreffen werden. Langfristig freilich ist – ceteris paribus – damit zu rechnen, dass solche Stimmungen und Haltungen in den tonangebenden Mittelschichten die Parteien und Fraktionen und damit auch die operative Außenpolitik erreichen. Zunächst bedrohen der Antisemitismus und Antiisraelismus tonangebender Mittelschichten in Deutschland vor allem Sicherheit, Wohlbefinden und Vertrauen der sich nach sechs Jahrzehnten allmählich wieder konsolidierenden jüdischen Minderheit. Damit gefährden diese Einstellungen unter Bedingungen einer sozialen Krise die demokratische Entwicklung des Landes.

Sogar wenn man zynischerweise die steigende Zahl von anonymen Drohungen und namentlichen Schmähungen von Jüdinnen und Juden und die vereinzelt tödlichen Angriffe gegen Personen und Gebäude herunterspielt, steht doch fest, dass wachsende Judenfeindschaft allemal den politischen Extremismus fördert.

3. Israel: Gesellschaft unter Stress

Die Auseinandersetzung mit dem Massenmord an den europäischen Juden dienten sowohl im jüdischen Jischuw des britischen Mandats Palästina als auch im jungen Staat Israel vor allem der innenpolitischen ideologischen Integration gerade auch jener jüdischen Bevölkerungsteile, die nicht aus Europa, sondern aus dem Maghreb sowie dem arabischen Osten nach Israel immigrierten. Von den ersten Gesetzen zur Gründung einer Gedenkstätte über den Jerusalemer Eichmannprozeß und der in Israel und in der jüdischen Welt außerhalb empfundenen Angst vor einem zweiten Holocaust am Vorabend des Junikrieges 1967 bis zur schon beinahe blasphemisch zu nennenden Darstellung innenpolitischer Gegner in nationalsozialistischen Uniformen heute, wird die „Shoah“ als Mittel einer vernichtenden Delegitimation gegnerischer Positionen bemüht. So wird jede Kompromissbildung von vornherein als unmöglich erklärt.

Der israelische Staat befindet sich auch unabhängig vom Palästina-Problem in einer massiven, hierzulande wenig vermerkten Krise. Hohe Arbeitslosigkeit verbindet sich mit einem hohen Staatsdefizit, für das Rüstungskosten ebenso verantwortlich sind, wie die horrenden offenen und verdeckten Kosten für die Siedlungspolitik. Die russische und äthiopische Immigration, die keineswegs geringe nichtjüdische Arbeitsimmigration sowie die ungeklärte Frage der vollen Inklusion der arabischen Staatsbürger komplizieren die Lage.

Parallel dazu haben sich in den letzten Jahren Fronten eines Kulturkampfes zwischen nationalreligiösen sowie ultraorthodoxen Fundamentalisten einerseits und einer von säkularen Nationalisten bis zu linksliberalen, zivilgesellschaftlich gestimmten Kreisen reichenden Bürgerschaft andererseits ausgeprägt, die bei Rückgang der „außenpolitischen“ Spannungen in höchster, womöglich gewalttätiger Art ungehemmt aufeinander treffen können. Im Kampf um die geistige Hegemonie zwischen Falken und Tauben, zwischen Fundamentalisten und säkular gestimmten Bürgerlichen spielt der Kampf um die Deutung der „Shoah“ eine nicht unerhebliche Rolle. Generell lässt sich das auf diesen Nenner bringen: Während die außen-

politische Rechte die „Shoah“ als Hauptargument für eine pessimistische Geschichtsphilosophie, die von der Unaufhebbarkeit des Antisemitismus als einem geschichtlichen Naturphänomen ebenso ausgeht wie sie auf eine auf Exklusion bedachte Geschichtstheologie des jüdischen Volkes und des jüdischen Landes zielt, betrachtet, sehen die historisch interessierten Teile der zivilgesellschaftlichen Linken in der „Shoah“, ein zwar durch die europäische, speziell die deutsche Geschichte systematisch vorbereitetes, letztlich jedoch kontingentes Phänomen, das sich weder wiederholen muß noch wiederholen wird, und daher auch nicht als Argument für außenpolitische Bewegungslosigkeit oder gar Expansionismus missbraucht werden darf.

Im Unterschied zu Deutschland tendiert in Israel die „Linke“ dazu, sich von der Geschichtspolitik allmählich zu verabschieden. In diesem Kontext könnte in deutsch-israelischen Gesprächen thematisiert werden, ob und wie eine Auseinandersetzung mit der Massenvernichtung der europäischen Juden möglich ist, die universalistischen Kriterien im Sinne der Erklärung von Stockholm ebenso genügt wie legitimen Selbstbehauptungs- und Selbstverständnisinteressen Israels. Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass das Interesse an Israel in Deutschland – im Guten wie im Schlechten – deutlich stärker ausgeprägt ist als in Israel das Interesse an Deutschland, seiner Geschichte und Kultur. Das liegt nicht nur daran, dass das wissenschaftliche und kulturelle Leben in Israel sich seit den späten sechziger Jahren von seinen Wurzeln in Europa weg und auf die USA zu bewegt, sondern auch daran, dass Deutschland in der öffentlichen Meinung Israels, außer auf Grund seiner Geschichte, auch wegen seiner gegenwärtigen, eng mit Frankreich verbundenen, US-kritischen Außenpolitik eher als Gegner angesehen wird.

4. Praktische Vorschläge aus bildungspolitischer Sicht

Weiterentwicklung der zeitgeschichtlichen Bildung im deutschen Schulwesen

Warum hat der Geschichtsunterricht – wie die Heitmeyerstudie zeigt – trotz jahrzehntelanger Bemühungen mindestens in Westdeutschland, trotz tausender engagierter Lehrer, vieler Projektstage, Besuchen von Zeitzeugen und Besuchen in KZ-Gedenkstätten, trotz gut gemeinter Lehrpläne so wenig genutzt? Hört man auf die Erfahrung von Studierenden sowie von älteren Schülerinnen und Schülern, so sprechen gerade die Aufgeschlossenen von einem Überfütterungseffekt: Vielfach haben sie den Eindruck, dass „Auschwitz“ und die Judenverfolgung einfach immer „dran“ sind. Andererseits zeigt

die Analyse der durchaus unterschiedlichen Lehrpläne in sechzehn Bundesländern, dass das von den Studentafeln her schlicht nicht der Fall sein kann. Was die Schüler vortragen, ist gleichwohl nicht falsch: Der gefühlten – auch medialen – Allgegenwart des Themas Nationalsozialismus entspricht die dem Stoff allein angemessene intensive Durchdringung in keiner Weise. Besuche in Gedenkstätten werden in vielen Fällen weder vor- noch nachbereitet. Gespräche mit Zeitzeugen wirken zwar oft beeindruckend, zeitigen jedoch wegen mangelnder Vertiefung keine nachhaltige Wirkung. Schließlich zeigt die empirische Unterrichtsforschung, dass es im einschlägigen Fachunterricht keineswegs immer um die abschreckende und furchtbare Sache selbst geht, sondern anlässlich des „Holocausts“ ganz anderes – vom nationalen Selbstverständnis über Probleme des multikulturellen Zusammenlebens bis hin zu sozialen Fragen – besprochen wird.

Hat man sich einmal darüber verständigt, dass für die künftigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eine solide, zu politischer Urteilsfähigkeit und demokratischem Selbstbewusstsein führende historische Bildung mindestens so wichtig ist wie eine Fremdsprache oder Mathematik, kann die Folgerung nur lauten, dem zeitgeschichtlichen Unterricht ebenso viel Bedeutung einzuräumen wie diesen Fächern. Das muß insgesamt keineswegs mehr Stunden erfordern als bisher. Eine didaktisch sinnvolle Bündelung des gleichen Stundenquantums tut es auch: An Stelle des sporadisch immer wieder auftauchenden Themas „NS“ wäre das Fach „Zeitgeschichte. Voraussetzungen und Folgen von Drittem Reich, Zweitem Weltkrieg und Holocaust“ anzubieten. Es umfasste den Zeitraum von 1913 bis 1989 und könnte in zwei Halbjahren hintereinander mit drei Wochenstunden behandelt werden. Dabei sollten 25% des Stoffes der Vorgeschichte des Dritten Reiches, 50% dem Nationalsozialismus und dem Holocaust selbst sowie 25% dem geteilten Deutschland nach 1945 gelten. Dieser Zeitgeschichtsunterricht in Epochen sollte in allen Schulformen in sämtlichen neunten Klassen, wenn noch alle jungen Leute über die Schule zu erreichen sind, angeboten werden. Die sechzehn Kultusminister müssten freilich über ihren föderalen Schatten springen und sich wenigstens hier auf bundeseinheitliche Lehrpläne einigen. Es ist von vitaler Bedeutung für die künftige Demokratie in Deutschland, dass die Staatsbürgerschaft diesen folgenreichen Tiefpunkt der deutschen Geschichte von gleichen, auf historischer Wahrheit beruhenden Voraussetzungen aus beurteilen kann.

Die Arbeit der deutsch-israelischen Schulbuchkommission stärken

Die Arbeit der seit 1985 am Georg Eckert Institut in Braunschweig angesiedelten „Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission“, die äußerst verdienstvolle Beiträge geleistet hat, ist verstärkt zu fördern. Sofern in der Vergangenheit ein starker Akzent auf der Geschichte des europäischen, speziell des deutschen Antisemitismus lag, sollte es nun um die Betrachtung der NS-Zeit, der Darstellung des Palästina-Konflikts sowie der Dynamik der deutschen und israelischen Gesellschaften gehen.

Konsultationen deutscher und israelischer Bildungsminister fördern

Der vorrangigen Bedeutung einer auf Menschenrechte bezogenen historischen Bildung sollte eine sehr viel engere Kooperation und Konsultation der in Deutschland und Israel für die Bildungspolitik zuständigen politischen Gremien – über die in dieser Hinsicht seit Jahren eng kooperierenden einschlägigen Gewerkschaften hinaus – entsprechen. Zu denken wäre nicht an Konferenzen zwischen dem israelischen Unterrichtsministerium und deutschen Kultusministerien, sondern an die Einrichtung einer kontinuierlich tagenden Arbeitsgruppe.

Ein „Deutsch-Israelisches Jugendwerk“ gründen

In der Neubegründung des deutsch-französischen Verhältnisses hat das „Deutsch-Französische Jugendwerk“ mit seinen Begegnungen, Austausch- und Förderprogrammen eine Rolle gespielt, die nicht hoch genug geschätzt werden kann. Ein derartiges Jugendwerk wäre angesichts der auseinanderdriftenden Gesellschaften und politischen Kulturen Deutschlands und Israels von Anfang an noch nötiger gewesen. Bisher ist nichts erfolgt. Nur ein vergleichbar systematisches und kontinuierliches Kennenlernen künftiger wissenschaftlicher und politischer Führungskräfte beider Staaten wird am beobachtbaren Auseinanderdriften etwas ändern können.

Eine „deutsch-israelische“ Akademie

Wenn – wie immer wieder behauptet – das deutsch-israelische Verhältnis für das politisch-moralische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland von zentraler Bedeutung ist, dann sollte diesem Verhältnis in seinen gedenkpolitischen, aber auch gegenwartsbezogenen und kulturpolitischen Aspekten besondere Förderung eingeräumt werden. Kirchen und Gewerkschaften haben hier wegweisend gewirkt – etwa durch das seit Jahren mit großem

Erfolg auf den Weg gebrachte theologische Programm „Studium in Israel“ und die regelmäßig stattfindenden deutsch-israelischen Schriftstellertreffen. Am Beispiel des Aspen Instituts oder auch der American Academy in Berlin wird deutlich, welche institutionelle Form eine derartige Förderung haben könnte. Die Stipendiaten und Fellows sollten hälftig aus deutschen und israelischen Teilnehmern zusammengesetzt sein und ähnlich wie beim Berliner Wissenschaftskolleg ein Jahr lang auf spezifische bilaterale Forschungs- und Projektvorhaben bezogen arbeiten. In ihrer wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit könnten sie die Konturen einer deutsch-israelischen Zukunft im Gravitationsfeld Europas und eines demokratischeren Nahen Ostens antizipieren.

Liste der Teilnehmer

6

Gastgeber, Referenten, Kommentatoren und Moderatoren

Götz Aly	Fritz-Bauer-Institut Frankfurt
Micha Brumlik	Direktor des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt
Georg Dick	Leiter des Planungsstab Auswärtiges Amt
Richard Herzinger	Weltwoche
Jens Jessen	Die ZEIT
Rudi-Karl Pahnke	Institut Neue Impulse Berlin
Alan Posener	Welt am Sonntag
Avi Primor	1993–1999 Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland; Leiter des Instituts für Europastudien an der IDC-Universität Herzliyya
Jan Ross	Die ZEIT
Joscha Schmierer	Planungsstab Auswärtiges Amt
Natan Sznaider	Academic College Tel Aviv
Idith Zertal	Universität Tel Aviv
Tilman Zülch	Gesellschaft für bedrohte Völker

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussion

Martin Eberts	Planungsstab Auswärtiges Amt
Ralf Fücks	Heinrich-Böll-Stiftung
Hajo Funke	Freie Universität Berlin
Elke Gryglewski	Haus der Wannsee Konferenz
Christine Mähler	Koordinierungszentrum des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs (ConAct)



Impressum

Herausgeber:

Auswärtiges Amt

Planungsstab

Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland

Werderscher Markt 1

10117 Berlin

Tel.: 018 88/17 28 58

Fax: 018 88/17 37 43

Internet: www.auswaertiges-amt.de

Fritz Bauer Institut

Grüneburgplatz 1

60323 Frankfurt/Main

Erscheinungsjahr: 2005

Redaktion:

Joscha Schmierer, Auswärtiges Amt/Planungsstab

Ulrich Ernst, Auswärtiges Amt/Referat Öffentlichkeitsarbeit Inland

Graphic design:

Atelier Hauer + Dörfler, Berlin

Druck und Verarbeitung:

Bonifatius Druck. Buch, Verlag GmbH, Paderborn